

Beiträge zur Geschichte der
Sozialdemokratie in Sachsen-Anhalt

Heft 5

Historische Kommission
des SPD-Landesverbandes
Sachsen-Anhalt (Hrsg.)

**SPD-Geschichte in
Sachsen-Anhalt
Neugründungen 1989/1990**

Inhalt

Dr. Rüdiger Fikentscher (und die Mitglieder der Historischen Kommission) Vorwort	4
Geleitwort der Landesvorsitzenden Katrin Budde Wir haben unsere Welt aus den Angeln gehoben! – Ein Kapitel selbstbewusster sozialdemokratischer Geschichte	6
Jens Bullerjahn Erinnerungen zur Neugründung der SPD im Mansfelder Land	9
Joachim Volger/Dessau Die Gründung der Sozialdemokratischen Partei in Dessau	13
Christel und Rainer Löhr/Magdeburg Streiflichter	15
Tilman Tögel/Stendal Herbst 89 – Beginn einer neuen Zeitrechnung	29
Rosemarie Hajek/Wittenberg SPD-Geschichte in der Region Wittenberg, Roßlau und Coswig	34
Bianka Kachel/Quedlinburg Gründungsgeschichte des Ortsvereins und Kreisverbandes (Unterbezirk) Quedlinburg	37
Friedel Meinecke/Bernburg Neugründung der SPD in Bernburg	41
Ralf Mattern/Siegfried Siegel/Wernigerode Wiedergründung des SPD-Ortsvereins Wernigerode	45
Ernst Franke/Harz Januar 1990: Gedanken bei einem Besuch in Hamburg	47
Hans-Joachim Becker/Gardelegen Namen und Daten zur Wiedergründung der SPD im Kreis Gardelegen	51
Dietrich Rosenbaum/Gommern Die Neugründung der SPD 1990 in Gommern	52
Wilfried Obermüller/Achim Dähnn/Ilseburg Die Wiedergründung der Ilseburger SPD	66

Udo Krause (Magisterarbeit) Die Entstehung der SDP/SPD in den Bezirken Magdeburg und Halle. Die Entwicklung der Ortsvereine in Dessau, Halle, Magdeburg und Stendal bis zur Gründung des SPD-Landesverbandes Sachsen- Anhalt	71
Till Fischer/Halle 20 Jahre SPD-Landesverband – Bericht von einem Forschungspraktikum.....	80
Gründungsdaten der SPD-Ortsvereine und Kreisverbände in Sachsen-Anhalt.....	82
Mitgliederentwicklung des SPD-Landesverbandes Sachsen-Anhalt 1990 - 2009.....	83
Inhaltsverzeichnisse der Hefte 1 – 4 zur Geschichte der Sozialdemokratie in Sachsen-Anhalt.....	84

V.i.S.d.P.:
 SPD Landesverband Sachsen-Anhalt
 Historische Kommission
 Bürgelstr. 1
 39104 Magdeburg
www.spd-sachsen-anhalt.de
 Druck: Druckerei Gottschalk, Aken

Vorwort

20 Jahre – wer das Glück hatte, in dieser Zeit aktiv sein zu können, wird spontan sagen, sie sei wie im Fluge vergangen. Wer dagegen in Ruhe darüber nachdenkt, was seither alles geschehen ist, wird feststellen, es war mehr als bei anderen während ihres ganzen Lebens. Betrachtet man wiederum die fast 150-jährige Geschichte der Sozialdemokratie, so sind 20 Jahre eine vergleichsweise kurze Zeit. Aber für unseren Landesverband ist es alles, was wir bisher hatten – also viel.

Das war für die Historische Kommission Grund genug, den bisherigen vier Heften zur Geschichte der Sozialdemokratie Sachsen-Anhalts ein Jubiläumsheft hinzuzufügen. Es konzentriert sich auf die Anfänge des Landesverbandes, die Wege einzelner Personen zur Sozialdemokratie, Ortsvereins- und Kreisverbandsgründungen, das Zusammenfinden ganz allgemein, also den schwierigen Anfang. Denn aufgebaut werden konnte damals weder auf bestehenden Strukturen noch gestützt auf ehemalige Mitglieder, sondern nur auf eine Idee, weil über vier Jahrzehnte, während der die Sozialdemokratie erneut und nun schon zum dritten Mal in ihrer langen Geschichte verboten und beinahe ausgelöscht worden war, eine zu lange Zeit waren. Das Problem der historisch Interessierten, die Quellen aufspüren und Material sichten wollten, bestand darin, dass während der Anfänge kaum jemand daran gedacht hatte, dergleichen festzuhalten oder gar zu ordnen. Doch dieses Jubiläumsheft zeigt, dass nachträglich noch vieles gelungen ist. Aufgerufen und gebeten wurden alle. Das Ergebnis ist höchst unterschiedlich, wie bereits der erste Blick auf die Titel und Umfänge der einzelnen Beiträge zeigt. So nehmen die intensiven Forschungen der Genossen aus Dessau einen sehr umfangreichen Raum ein, ähnlich die persönlichen Erlebnisse und Betrachtungen aus Magdeburg und Gommern. Andere lieferten nur kurze Berichte, evtl. nur Zahlen und Namen. Aber alles ist wichtig und wertvoll. Wir jedenfalls nahmen, was wir bekamen und griffen möglichst wenig in die Texte ein. Manches wurde ein wenig geglättet oder mit Hinweisen versehen. In das Heft aufgenommen wurden die Inhaltsverzeichnisse der bisherigen Hefte und verwiesen wird auch auf das Sonderheft „Wende.punkt“ der halleschen SPD, das mehr enthält, als hier hätte aufgenommen werden können, weswegen es nur als zusätzliche Lektüre empfohlen werden kann.

Die Befragung von Zeitzeugen und die aus dem Gedächtnis heraus gefertigten Berichte zeigen erneut die Schwierigkeiten aller historischen Forschungen. Doch im Vergleich und bei wechselseitiger Bestätigung können wir dennoch ein wirklichkeitsnahes Bild von der Entwicklung unseres Landesverbandes zeichnen.

Hervorzuheben ist die Magisterarbeit von Udo Krause, deren Inhaltsverzeichnis, Vorwort und Zusammenfassung hier abgedruckt sind. Eine solche Arbeit hat es bisher nicht gegeben. Sie kann in Kürze von allen Interessierten nachgelesen werden und sollte Veranlassung für weitere historische Untersuchungen sein, denn das Phänomen einer Parteigründung unter Bedingungen wie 1989/90 ist einmalig und ein wertvoller Teil unserer Geschichte. Wir Sozialdemokraten sollten immer wissen, woher wir kommen, warum wir von dort kommen, ob die Gründe, die für die damalige Entwicklung maßgebend gewesen sind, noch heute gelten und wie sie sich weiterentwickelt haben.

Falls dieses Heft ein Beitrag zur Beantwortung solcher Fragen liefern kann, so hat sich die Arbeit gelohnt. Die Historische Kommission bedankt sich beim SPD-Landesverband für die Möglichkeit, dieses Heft erscheinen zu lassen sowie bei allen, die mitgewirkt haben und uns mit ihrem Beitrag Einblicke in ihre Gründungsgeschichte, ihre Beweggründe und ihr persönliches Leben gestatten.

Dr. Rüdiger Fikentscher

Die Historische Kommission ist offen für alle daran Interessierten.

Bisher mitgearbeitet haben:

Ingeborg Arnold, Walter Baudisch, Dr. Hans-Joachim Becker, Ulrich Benne, Dr. Rüdiger Fikentscher (Vors.), Ernst Franke, Jürgen Glietsch, Helmut Hartmann, Robert Hartmann, Christian Hausmann, Chris Henze, Dr. Beatrix Herlemann, Dr. Tilo Heuer, Udo Krause, Oliver Lindner, Christel Löhr, Rainer Löhr, Ralf Mattern, Friedel Meinecke, Wilfried Obermüller, Dietrich Rosenbaum, Andreas Schmidt, Andrej Stephan, Paul-Gerhard Stieger, Heinz Wilke, Stefan Zeitz.

Geleitwort der
SPD-Landesvorsitzenden Katrin Budde

Wir haben unsere Welt aus den Angeln gehoben! – Ein Kapitel selbstbewusster sozialdemokratischer Geschichte

Die 20 Jahre der ostdeutschen Sozialdemokratie und damit die 20 Jahre, die es die SPD in Sachsen-Anhalt gibt, sind ein Teil der fast eineinhalb Jahrhunderte dauernden stolzen Geschichte unserer Partei – der vorliegende Band der Historischen Kommission dokumentiert das in eindrucksvoller Weise. Sie sind aber auch ein ganz eigenes, selbstbewusstes Kapitel sozialdemokratischer Historie, das aus der friedlichen Revolution 1989/90 entspringt. Die SPD in Sachsen-Anhalt ist nicht nur ein Kind dieser Revolution, ihre Mütter und Väter haben den Sturz des Systems durch ihre Arbeit vielmehr überhaupt erst ermöglicht und später den Wandel gestaltet. Die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Osten können selbstbewusst sagen: Ohne die SPD, ohne die Sozialdemokratie wären weder die friedliche Revolution, noch die Einheit möglich gewesen. Im Ergebnis haben wir die Sozialdemokratie im Osten zweimal gegründet. Einmal 1863 in Leipzig und einmal eben 1989.

Dabei war diese Revolution nicht das Werk Einzelner, sondern das Ergebnis eines solidarischen Handelns vieler. Die vielen Revolutionen in den Ländern des Ostblocks, die Entspannungspolitik im Westen, allen voran die Ostpolitik Willy Brandts oder der KSZE-Prozess mit der Helsinki-Schlussakte waren die Voraussetzung für ihr Gelingen. In der historischen Rückschau kann man sagen, dass die Beendigung des Kalten Krieges das erste wirkliche gesamteuropäische Projekt war. Einer der geistigen Väter und der Väter der Einheit war ein Sozialdemokrat, war eben Willy Brandt. Seine Verständigungspolitik mit dem Leitgedanken „Wandel durch Annäherung“ hat die starren Grenzen zwischen den Systemen überhaupt erst aufgeweicht. Das war eine der Weichenstellungen sozialdemokratischer Politik in der alten Bundesrepublik, deren Folgen die wenigsten erahnen, aber die meisten nur wünschen konnten.

Die DDR hat diese Annäherung nicht überlebt. Die Mauer wurde 1989 als letztes und größtes Symbol des Kalten Krieges hinweggefegt, als sie dem Ansturm der vielen Tausend Menschen, die in die Freiheit drängten, nicht mehr standhalten konnte. Das gilt für die physische Mauer aus Stacheldraht und Beton, die unter vielen kleinen und großen Hämmern zerbrach. Das gilt aber auch und besonders für die ideologische Mauer aus Repression und Unterdrückung, die ein System errichtet hatte, das bis zum Schluss den perfekten Menschen formen wollte, anstatt die Menschen so zu nehmen, wie sie sind. Daran ist der real existierende Sozialismus am Ende wirklich gescheitert und wird auch jede Diktatur in Zukunft scheitern. Die Sozialdemokratie hat diese Ideologie in den beiden deutschen Diktaturen schmerzhaft durchleben müssen. Das Scheitern eines sozialistischen Experiments war daher eine Erleichterung, bei all der Ungewissheit darüber, was folgen würde.

Für mich persönlich begann die eigentliche Wendezeit im Betrieb. Ich hatte im Frühjahr 1989, gerade 24 Jahre alt und frisch vom Studium, als Diplom-Ingenieurin im VEB Forschung, Entwicklung und Rationalisierung angefangen. Ich sollte dann als Jüngste der Abteilung zur großen Veranstaltung zum 40. Jahrestag der DDR gehen.

Ich weigerte mich teilzunehmen. Ich wollte dieses marode System einfach nicht bejubeln müssen. Stattdessen bin ich am 9. Oktober – es war ein Montag – dem Aufruf in den Dom gefolgt. Die Betriebsleitung hatte noch gewarnt: „Geht nicht, heute schießen sie!“ Die Angst ist mitmarschiert. Wenn man auf der Straße ging, sah man die verstohlenen Blicke hinter den Gardinen. Man wusste, dass Polizei und Staatssicherheit vor dem Dom warteten. Man wusste, dass in Leipzig und Berlin Panzer in Bereitschaft standen. Aber wir wussten nie, ob sie zum Einsatz kommen würden. Wirklich sicher habe ich mich nur im Dom gefühlt. Trotzdem habe ich mich in den nächsten Tagen gemeinsam mit meinem Mann und meinem Vater einigen Leuten angeschlossen, die die Gründung der SDP im Bezirk Magdeburg vorbereiteten. Wir haben Flugblätter und Aufrufe verteilt. Die Flugblätter habe ich damals heimlich im Computerkabinett des FER gedruckt. Das Ganze mag heute wie ein aufregendes Abenteuer klingen, aber damals war das gefährlich. Die Konsequenzen waren bekannt. Mich haben diese Wochen für mein weiteres – auch politisches – Leben bis heute tief geprägt.

Es ist dabei nicht nur ein historischer Glücksfall, dass damals kein Blut geflossen ist, es ist eben auch das Ergebnis der Art und Weise, wie wir diese Revolution „gemacht“ haben. Wir wissen heute, dass es Manöver gab, Demonstrationen und breitere Aktionen gegen den Staat gewaltsam zu beenden. Das Regime war vorbereitet und hatte den Arm zum Schlag erhoben. Es hätte auch zugeschlagen, wenn jemand den ersten Stein geworfen hätten – aber niemand hat das getan! Damit haben die nicht gerechnet, die das System verkörperten, denn das widersprach zutiefst ihrem eigenen Selbstverständnis. Wer nur mit Waffengewalt Menschen in ein System zwingen kann, der kann sich eben nicht vorstellen, dass sich Menschen ohne Waffen daraus befreien können. Horst Sindermann (SED), zu DDR-Zeiten Präsident der Volkskammer, hat später den entlarvenden Satz gesagt: „Wir hatten alles geplant. Wir waren auf alles vorbereitet, nur nicht auf Kerzen und Gebete.“

Viele von denen, die 1989/90 den Weg in die Sozialdemokratie gefunden haben, haben diese Kerzen gehalten und die Gebete gesprochen, und viele von denen, die im Herbst 1989 auf die Straße gegangen sind, an so vielen Orten im Lande, waren Sozialdemokraten. Das war eine Zeit, in der viele derjenigen, die sich heute die Deutsche Einheit auf ihre Fahnen schreiben, noch hinter den Gardinen gewartet haben. Auch wenn sich die SPD diese Revolution nicht allein auf die Fahnen schreiben kann, war sie doch ein elementarer Teil dieses historischen Prozesses und so können wir mit Fug und Recht sagen: Die SPD ist die eigentliche Partei der deutschen Einheit! Die Geschichte selbst liefert den Beweis. Als die SDP/SPD in Schwante gegründet wurde, war sie die erste organisierte demokratische Partei in der DDR. Sie hat damit als Partei die Verantwortung für die Gestaltung der Demokratie in der neuen Zeit ebenso übernommen wie die einzelnen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten an den Runden Tischen – in Berlin und vor Ort. Sie waren dabei, als der Runde Tisch in Ost-Berlin am 28. Januar 1990 die Entscheidung zur Bildung einer „Regierung der nationalen Verantwortung“ traf, als er den Termin der Volkskammer-Wahl auf den 18. März 1990 vorzog und als er als Termin für die Kommunalwahl auf den 6. Mai festlegte und damit den Weg zu den beiden ersten freien Wahlen in der DDR eröffnete.

Die Ostdeutschen haben sich damit selbst befreit. Sie haben sich Freiheit und Demokratie selbst erkämpft. Das ist ihr eigenes Verdienst. Das ist ihre historische

Leistung – die Sozialdemokratie war dabei. Den Ostdeutschen ist die Freiheit nicht geschenkt worden, sondern erst durch die Selbstbefreiung haben sie die Einheit überhaupt möglich gemacht. Wir haben uns die Freiheit genommen, nach der Einheit zu streben. Und die Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990 mit dem Inkrafttreten des Grundgesetzes in den fünf neuen Bundesländern war die Institutionalisierung dessen, wofür Tausende Menschen auf die Straße gegangen waren. Denn mit der freiheitlich-demokratischen Grundordnung galten Freiheit, Gleichheit und Menschenwürde nun für alle Deutschen.

Trotz dieser euphorischen Erinnerung wird zwei Jahrzehnte später ein nachdenklicher Rückblick die Erkenntnis bringen, wie mühsam es damals war. In der Nachbetrachtung mag alles folgerichtig erscheinen, aber damals war noch nicht klar, wohin die Reise geht. Wir haben Freiheit und Demokratie hart erkämpft und müssen das auch heute noch tun. Freiheit und Demokratie sind nichts Selbstverständliches, sondern müssen täglich neu verteidigt werden. Wer wüsste das besser als wir Sozialdemokraten?

Freiheit ist kein Geschenk und sie ist kein Selbstzweck. Das gilt 20 Jahre nach der Revolution genauso wie es in 50 oder 100 Jahren gelten wird und sie muss stets aufs Neue gestaltet werden. Zum einen in der persönlichen, individuellen Entscheidung über die Gestaltung des eigenen Lebens. Das ist schwer, schwerer vielleicht, als Manche nach der Wiedervereinigung gedacht haben. Freiheit ist eine Chance, sie ist aber auch unbequem und macht Mühe. Das ist jedoch eine Mühe, die sich wirklich lohnt. Freiheit ist zum anderen aber auch eine gesellschaftliche und damit eine politische Aufgabe. Es ist Aufgabe der Gesellschaft, die Freiheit, die die Verfassung garantiert, auch Wirklichkeit werden zu lassen. Es ist Aufgabe der Gesellschaft, dafür zu sorgen, dass Freiheit gelebt werden kann, dass möglichst jeder die persönlichen Entscheidungen für sein Leben treffen kann, die er will. Dazu gilt es, Schranken in der Gesellschaft zu beseitigen und mit der Herstellung sozialer Gerechtigkeit wirkliche Freiheit zu ermöglichen. Dabei ist die Erkenntnis, dass wirkliche Freiheit ohne soziale Gerechtigkeit nicht möglich ist, dass nur der frei sein kann, der ohne Angst um seine blanke Existenz sein Leben gestalten kann, der Kern der sozialdemokratischen Definition von Freiheit.

Das Wirken der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, die ihre Erinnerungen in diesem Band niedergelegt haben, wird uns dabei Ansporn und Vorbild sein.

Jens Bullerjahn

Erinnerungen zur Neugründung der SPD im Mansfelder Land

Schritte in eine neue Zeit

Geschichte hat mit Zeit zu tun, mit vergangener Zeit. Manchmal allerdings kann sie sich erheblich beschleunigen. Zeitgenossen spüren Geschichte dann als schieres Tempo. So geschehen in der DDR in den Jahren 1989/90.

Manchmal sitzen wir heute - nach zwanzig Jahren - mit Freunden, im Familienkreis, im Ortsverein zusammen und erinnern uns an jene atemlose Zeit. Namen tauchen auf, Ereignisse, Daten, wichtige Situationen, unterschiedliche Erinnerungen. Manches geht inzwischen durcheinander, wird vergessen, muss aus Bruchstücken rekonstruiert werden, wurde von unterschiedlichen Menschen anders erlebt. Jedenfalls waren wir damals so vom alltäglichen Geschehen in Anspruch genommen, dass an eine Dokumentation niemand gedacht hat. Zunächst wäre sie zu gefährlich gewesen, später hatten wir alle Wichtigeres zu tun.

Die SPD hat den Aufbau und die Entwicklung Sachsen-Anhalts in den vergangenen beiden Jahrzehnten entscheidend mit geprägt. Da lohnt sich die Erinnerung, denn wir sind einen weiten Weg gegangen. Dieser Weg begann überall im Osten, aber eben auch im Mansfelder Land.

Das Kombinat ...

Das „Rote Mansfeld“. Das war 1989 nicht nur die hoch gehaltene Tradition der Märzkämpfe 1921, die Tradition des Bergbaus und der Hüttenwerke, die harte Arbeit über Generationen - das war auch eine relativ wohlhabende Ecke, ernährt und strukturiert durch das Mansfeld Kombinat. Das waren gute Löhne für Bergleute und Hüttenarbeiter, große Vergünstigungen, Jahresdeputat und den Schnaps „Kumpeltod“; das war bis in die Familien hinein ein vielfach verflochtenes System von Partei, Verbänden, FDGB; zwei Kreisleitungen (Eisleben und Mansfeld Kombinat) und ein außergewöhnlich hoher Prozentsatz an SED-Mitgliedern – Mansfeld war nicht rebellisch; sozialdemokratische Strukturen gab es natürlich keine mehr.

Das Mansfeld Kombinat war ein Staat im Staate – sein Kupfer wurde an der Londoner Börse gehandelt. Die Mansfelder waren nicht diejenigen, die zuallererst alle Nöte erlebt haben. Ich fühlte mich dazu gehörig.

... und ich mittendrin.

Als junger Ingenieur arbeitete ich in der Prozessautomatisierung. An einer P 8000 Maschine. Es gab auch neue Technik von Siemens. Nebenher ein Fernstudium, um mich für ein Informatikstudium an der TU Dresden weiter zu qualifizieren.

Aber ich war – und das war für mich eine sehr bewusste Entscheidung – kein Mitglied der SED. Damit war auch klar, dass man bestimmte Dinge nicht machen konnte. Das Kombinat hätte mich als Parteilosen zwar noch an die TU gebracht, aber als es wegen der Rohstoffbeschaffung um ein Projektierungsbüro in Kasachstan

ging, hieß es sehr deutlich: „Du würdest Dir bestimmte Dinge sehr viel leichter machen, wenn Du in der Partei wärest.“

Und dann war da noch die Kaderakte. Vor meinem Ingenieurstudium war ich bei der Marine, Grenzbrigade Küste. Danach wollte ich weiter zur See fahren, bei der Handelsmarine. Bei der Marine bin ich gefragt worden, ob ich für die Stasi werben wolle. Ich war einer der wenigen, die schriftlich abgelehnt haben. Insofern findet sich in meiner Akte eine von mir unterschriebene Erklärung, nach der ich „aus egoistischen Gründen“ diesem Staat nicht dienen wolle und das natürlich Konsequenzen nach sich ziehen würde. Erste Konsequenz: bei der Handelsmarine konnte ich nicht mehr landen.

Wohlgemerkt: Ich war kein Opfer, ich war auch kein heroischer Oppositioneller. Ich war z.B. – auch das gab es – in der FDJ aktiv, ohne Parteimitglied zu sein. Gleichzeitig war mir immer klar, wie schnell es problematisch werden konnte, wenn man bestimmte Diskussionen aufmachte oder für bestimmte Anforderungen nicht zur Verfügung stand. Im Mansfeld Kombinat hatte ich mich damit zurechtgefunden.

Diejenigen, die die SPD (oder zunächst die SDP) aufgebaut haben, waren Leute aus der Kirche. Aufgrund von Herkunft und Erziehung hatte ich zu ihnen keine Beziehung und bis zum Sommer 1989 auch keinen Kontakt.

Verschiedene Welten: Ich war Ingenieur. Ich war im Kombinat. Ich hielt nichts von Parteien. Ich war „fachlich geprägt“.

Im Sommer 1989 wurde ich in der „Mansfeld Zeitung“ in einem Artikel über die neue – und ganz und gar unrentable – Brikettierungsanlage sehr kritisch zitiert. Das gab Ärger – als Systemopposition wird man das sicher nicht bezeichnen können. Immerhin: die Anlage wurde direkt nach der Wende wieder abgebaut und ins Ausland verkauft.

Frischer Wind

Aber ich war politisch interessiert. Nicht nur Westfernsehen – ich hatte das Spannungsfeld in der Familie: Verwandtschaft in Westberlin, die uns regelmäßig besuchte. Diese Verwandten waren aktive Sozialdemokraten. Ein Großonkel war einer der ersten jüdischen Stadtverordneten. Ein anderer Onkel dagegen war Oberstleutnant der NVA. Ich hatte die beständige Debatte in meiner Familie, in der es auch SED-Mitglieder gab: was ist gut, was weniger gut? Wir hatten Kenntnis vom Westen und von der SPD und es ging munter zu am Küchentisch.

Was wir alle nicht hatten: die Weitsicht für den wirtschaftlichen Zusammenbruch der DDR. Es mag sein, dass es an anderen Stellen in der DDR (in Ministerien, Planungsstäben etc.) diese Klarheit gab – wir hatten sie nicht. An dieser Stelle warne ich auch immer sehr vor nachträglicher Legendenbildung. Die meisten DDR-Bürger hatten diese Weitsicht nicht, weil sie die Informationen dazu nicht hatten.

Meine Frau, Kerstin, bewegte sich in Kirchenkreisen. Ihr ist es zu verdanken, dass ich im Herbst 1989 an sog. Friedensgebeten in der Petrikirche in Eisleben teilnahm und so auf Pfarrer Ingo Rockmann stieß. Ingo Rockmann führte die Diskussionen um

die Zukunft der DDR schon lange. Im Zusammenhang mit den Kommunalwahlen im Frühjahr war es zu ersten energischen Protesten gekommen. Ingo Rockmann hatte Kontakt zum Gründerkreis der SDP in Schwante, kannte Markus Meckel, Martin Gutzeit, Arndt Noak. Und - Ingo Rockmann hatte ein Telefon.

Es wurden viele Diskussionen geführt in diesem Herbst. Da waren meine Frau und unsere Freunde aus dem Kirchenkreis; da waren meine Verwandten, die sich jetzt trauten, Bücher, Programme, Papiere mitzubringen. Da war Ingo Rockmann. Da war auch ein Besuch beim „Neuen Forum“, aber die dortigen Diskussionen waren mir nicht strukturiert genug. In diesen Gesprächen fand ich den entscheidenden Zugang zu sozialdemokratischem Denken. Wie auch in anderen Zirkeln und Parteien wurde zunächst viel über einen „dritten Weg“ diskutiert. So gehörte ich auch zu denen, die nach der Maueröffnung nicht gleich hinüber gefahren sind; „Westgeld“ war uns eigentlich zunächst nicht das Wichtigste. Aber auch darüber ging die Geschichte mit erheblichem Tempo hinweg.

Ich habe mir meine Entscheidungen nicht leicht gemacht. Aber nach intensivem Studium der SPD-Programmatik war klar: Wenn Du Dich jetzt parteipolitisch engagierst, dann mach es richtig. Beschäftige Dich mit dem Programm. Insofern habe ich eine sehr bewusste Wahl getroffen.

Im April 1989 war der erste Aufruf zur Gründung der SDP formuliert worden, im September fand sich ein Kreis zur Gründung der SDP Mansfelder Land zusammen, am 7. Oktober 1989 wurde die SDP in der DDR formell gegründet. Noch im Oktober trat ich ein.

Die Gründungssitzung der SDP Ortsgruppe Eisleben fand am 2. November 1989 statt. Tagesordnung, handschriftlich: 1. Fragen zum Statut vom 7.10. 1989, 2. Grundzüge der Parteilarbeit in unserer Stadt, 3. Verschiedenes. Darauf folgte die 2. Sitzung am 9.11. Tagesordnung: 1. Reisegesetz, 2. Demonstrationen, 3. Verschiedenes.

Unsere Tagesordnungen waren, rückblickend gesehen, von erfrischender Kürze; ein Schulheft für die 9. - 12. Klasse reichte uns als Protokollbuch, ich selbst kam mit einer Arbeitskladde im A5-Format aus.

Ein kleines Häufchen im Mansfelder Land: knapp zehn Mitglieder. Um nur einige zu nennen: Alfred Böttge, Frank Beier, Otto Röver, Jörg Lützmann, Katrin Konschak, Karl-Friedrich Piesnock und andere. Manche sind uns inzwischen verloren gegangen – das war damals in vielen gesellschaftlichen Bereichen so. Aber es ändert nichts an ihrem Engagement, ihrem Idealismus und ihrer Leistung. Ich bedaure diese Verluste noch heute. Viele andere sind dazu gekommen, um weiter für unsere sozialdemokratischen Ziele zu kämpfen.

Sozialdemokratische Netzwerke

In der Zeit zwischen Oktober und Dezember 1989 wurden in verschiedenen Städten Regionalgruppen der SDP gegründet. Die SDP bekam zwei Sitze am Zentralen Runden Tisch der DDR. Ab dem 13. Januar 1990 führte die Partei nach einem Beschluss der 1. Delegiertenkonferenz in Berlin die Abkürzung SPD, was eine Hinwendung zur westdeutschen Sozialdemokratie verdeutlichte. In diese Zeit fällt die Gründung der Bezirks- und Regionalverbände der Partei. Am 29. Januar entsandte die SPD der DDR mit Walter Romberg einen Vertreter als Minister ohne Geschäftsbereich in die Regierung von Hans Modrow.

In diesem Herbst saßen auch wir am Runden Tisch in Eisleben; die CDU musste sich damals noch auf der Gegenseite rechtfertigen. Wir lösten die örtliche Stasi-Zentrale auf, entsandten Ingo und mich als Sprecher in den Stadtrat von Eisleben, suchten Kontakt zu anderen Ortsvereinen. Der spätere Landesparteivorsitzende schildert diese Kontaktaufnahme so: „Wir schickten von Halle aus jemanden über die Dörfer, der an den Kirchentüren Veranstaltungshinweise und Kontaktadressen gesammelt hat.“ – So lernte ich Rüdiger Fikentscher eines Tages in den Franckeschen Stiftungen kennen.

Bei aller Aufbauarbeit ist mir aus jener Zeit ein Anruf noch sehr in Erinnerung geblieben. Das Büro des Bundestagsvizepräsidenten Westphal meldete sich. Heinz Westphal hatte seinen Wahlkreis im Ruhrgebiet. „Genossen, ihr seid Bergleute und wir auch. Wir wollen Euch am Wochenende besuchen und sehen, ob wir nicht eine Partnerschaft der Ortsvereine hinbekommen.“ – Am kommenden Wochenende enterten die Kumpel aus dem Ruhrpott Eisleben, brachten Papiere, Unterlagen, vor allem ihre Erfahrung mit. Wir mussten die Gäste aufteilen, bei uns übernachtete der NRW-Landtagsabgeordnete Helmut Hellwig und stellte mir nach langen Diskussionen unvermittelt die Frage: „Warum geht so einer wie Du nicht in den Landtag?“ – Im Januar 1990 waren Ingo Rockmann und ich auf dem Weg zu einem Parteitag der SPD im westfälischen Herne und hielten unsere erste Rede.

Die Herner Genossinnen und Genossen haben uns auch im Wahlkampf zur Volkskammerwahl am 18. März 1990 sehr unterstützt. Sie reisten mit Bussen und Blaskapelle an und veranstalteten gemeinsam mit uns ein spektakuläres Bürgerfest in Eisleben. Wir alle waren optimistisch, die Wahl zu gewinnen. Schließlich hatten wir viel geleistet in den zurückliegenden Monaten.

Die Volkskammerwahl am 18. März 1990 brachte uns allen eine herbe Enttäuschung. Die SPD hatte 21,7 Prozent der Stimmen erhalten – weit entfernt von der erhofften Mehrheit. Wir waren erschüttert. Die Aussicht auf die deutsche Einheit war am stärksten von Helmut Kohl bedient worden. Dagegen waren die Bedenken des damaligen SPD-Kanzlerkandidaten Lafontaine wie die Äußerungen eines Spielverderbers angekommen. Auch die anfängliche Debatte über einen langsamen Übergang wurde fortgespült. Schon damals wurde deutlich, dass im Mansfelder Land der Bergbau seinem Ende zugehen würde. Viele Leute hatten Angst, viel zu verlieren. Gegen die Perspektivlosigkeit hatte Hans-Dietrich Genscher auf dem Marktplatz von Eisleben Autobahnen als probates Mittel angeboten, Helmut Kohl an gleicher Stelle die D-Mark. Blühende Landschaften sollten entstehen. - Wir hatten unsere erste politische Niederlage erlebt. Wir erlebten aber auch einen beeindruckenden Johannes Rau auf dem Marktplatz in Eisleben und den engagierten Wiederantritt der Mansfelder SPD zu den Landtagswahlen im Herbst.

Vom 12. April bis zum 20. August 1990 war die SPD der DDR an der Spitze des Christdemokraten Lothar de Maizière mit sechs Ministern beteiligt, die bekanntesten Namen waren dabei Markus Meckel (Äußeres), Regine Hildebrandt (Soziales) und Walter Romberg (Finanzen). Reinhard Höppner wurde Vizepräsident der Volkskammer.

In diesem Sommer 1990 forderte mich mein Chef im Betrieb auf, eine Entscheidung zu treffen. Ich habe mich entschlossen, mich beruflich der Politik zuzuwenden. Zunächst für kurze Zeit als Regionalgeschäftsführer in Eisleben, dann zur Kandidatur für die Landtagswahlen am 14. Oktober 1990.

Der Aufbau des Landes sollte voran gehen. Und zwar mit klarer sozialdemokratischer Handschrift. Dafür hatten wir die SPD im Mansfelder Land ja schließlich gegründet.

Die Gründung der Sozialdemokratischen Partei in Dessau Chronologie der Jahre 1989 und 1990

Vorwort

Bei dieser Chronologie handelt es sich um eine gekürzte Fassung eines anlässlich unseres am 25. Oktober 2009 gefeierten 20-jährigen Gründungsjubiläums verfassten Textes. Dieser verfügt über zahlreiche Anlagen in Form von Kopien der in der Zeit der friedlichen Revolution entstandenen Dokumente. Die Kürzungen beziehen sich hauptsächlich auf Darstellungen von Randereignissen und Rahmenbedingungen, welche einem besseren Verständnis der Ereignisse dienen sollten. Vor allem aber können hier nur wenige der fast 300 Anlagen gezeigt werden, da diesen den vorgegebenen Rahmen deutlich sprengen würden.

Im Jahre 1989 entstand die Partei noch unter den Bedingungen der Illegalität und unter Beobachtung des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS/Stasi) unter dem Namen SDP (**S**ozial **D**emokratische **P**artei) zuerst für die gesamte DDR in Schwante und nachfolgend in den Städten und Gemeinden je einzeln als Orts- oder Basisgruppen. Aus diesem Grunde kann sich das 20-jährige Jubiläum der Dessauer SPD auch nur auf den Teil der Stadt Dessau-Roßlau beziehen, welcher heute das Stadtgebiet von Dessau umreißt. In Roßlau entstand inzwischen eine eigene textliche Fassung.

Zwanzig Jahre nach der friedlichen Revolution geraten viele Ereignisse jener Zeit in Vergessenheit. Wichtige Dokumente gehen verloren und einige Zeitzeugen leben bereits nicht mehr. Es wurde also höchste Zeit, die noch vorhandenen Notizen, Protokolle, Streitschriften, Plakate und Flugblätter zu systematisieren, auszuwerten und unter Zuhilfenahme der Erinnerung der Akteure jener bewegten und bewegenden Tage zu einer Chronologie der Ereignisse zusammenzufassen. Entsprechende Versuche wurden schon kurz nach der so genannten „Wende“ und auch 10 Jahre danach von Horst Leischner und Joachim Volger unternommen, konnten aber wegen einer zu geringen Resonanz auf den Aufruf zur Bereitstellung der Quellen nicht fortgesetzt werden. Das änderte sich nun unter dem Druck der Zeit. Trotzdem ist es nicht gelungen, die Gründungsgeschichte der Dessauer Jungsozialisten zu recherchieren.

Die tabellarisch aufgebaute Chronologie kann in Anbetracht der auch heute noch eingeschränkten Mitwirkung der „Basis“ nicht den Anspruch auf Vollständigkeit erheben. Auch wenn sie wegen ihres Bezugs auf nur wenige Quellen aus der Sicht des einen oder anderen „Aktivisten der ersten Stunde“ etwas „einseitig“ oder subjektiv gefärbt sein sollte, ist sie sicher geeignet Erinnerungen aufzufrischen und das Bedürfnis zu deren Vervollständigung zu wecken. Unabhängig von den genannten Einschränkungen ist jedoch festzustellen, dass auf eine objektive Darstellung der Ereignisse sorgfältig geachtet wurde, indem immer Belege genutzt und (in der vollständigen Fassung) auch beigebracht werden. Darüber hinaus wurde zu Referenzzwecken das Buch „Die friedliche Revolution in Dessau vom Herbst 1989 bis zur Vereinigung Deutschlands am 3. Oktober 1990“ von Alfred W. Radeloff genutzt.

Die Chronologie behandelt insbesondere den Teil der Gründungsgeschichte, welcher nicht „aktenkundig“ nachvollziehbar ist und endet mit einer weniger differenzierten Darstellung der Ereignisse mit der Zeit der Vereinigung der beiden deutschen Staaten.

Viele Menschen aus der ehemaligen DDR sagen, dass die Friedliche Revolution das in ihrem gesamten Leben bewegendste Ereignis war, welches ihren Horizont erweitert hat und sie befähigte, die oftmals schwere Zeit des nachfolgenden Umbruchs leichter zu verkraften. Die Erinnerung an diese Zeit halten sie deshalb für sehr wichtig und möchten diese Erfahrung nicht missen, selbst wenn diese mit einem vorherigen Leben in der ungeliebten DDR verbunden war. Deshalb würde eine rein chronologische Darstellung der Ereignisse unser Anliegen und die Gründe unseres Handelns nicht hinreichend beschreiben können. Die Chronologie wird deshalb durch einige Reflexionen von Mitgliedern des ersten Sprecherrates der SDP ergänzt.

Christel und Rainer Lühr, Magdeburg

Streiflichter

So fing es an in Magdeburg

Für meine Frau Christel und mich begann die friedliche Revolution mit einer Ouvertüre. Während wir im August 1989 in Weimar das Zimmer unserer Tochter renovierten, hörten wir im Radio über den Deutschlandfunk eine kurze Meldung, die uns aufrührte: Es gibt in der DDR Bestrebungen, eine sozialdemokratische Partei zu gründen. Das war etwa am 13. August. Am 26.8. gab es in der Berliner Golgatha-Gemeinde den direkten Aufruf zur Gründung.

Für uns als Lehrer gingen die Ferien dem Ende zu. Die Ausreisewilligen in den bundesdeutschen Botschaften in Prag, Budapest, Warschau und Ostberlin machten in den westlichen Medien Schlagzeilen, die Stimmung heizte sich in der DDR merklich auf – und am Schuljahresbeginn am 1. September wurde diese Problematik von Schulleitung und Parteileitung ignoriert oder heruntergespielt. Die allen bewusst gewordene miese Stimmungslage wurde wie üblich auf westliche Infiltration und gezielte Unterwanderung geschoben. Das glückliche DDR-Volk konnte ja nicht unzufrieden sein!

Auch der 7. Oktober sollte der Regel entsprechend, aber als 40. Jahrestag der DDR besonders festlich begangen werden. Für die FDJler gab es den Anreiz, bei den Jubelnden in Berlin dabei sein zu dürfen.

In Magdeburg erlebten wir am 7. Oktober die Repressalien gegen Ausreisewillige (Kennzeichen weißes Band) und andere Unwillige auf dem Breiten Weg und Alten Markt mit und waren erregt und empört – so etwas hatte es bisher noch nicht gegeben, solch offenen Protest und derartig brutale, aber auch hilflos wirkende Versuche der Niederwerfung eines Aufstandes, gar einer Revolte, eines Putsches ... Besonders fielen uns neben den Polizeikräften die vielen jungen Männer auf, Zivilisten, die energisch und sichtlich geübt erst „zugriffen“ und dann „zuführten“.

In den Schulen gab es am Montag, dem 9. Oktober, in der ersten Stunde in den Klassen durch SED-Parteigenossen eindringliche Warnungen davor, am Abend in den Dom zu den Friedensgebeten zu gehen, dort würden die Pfarrer gegen den Staat aufrührerische Reden führen. Die Staatsmacht würde sich diese Provokationen nicht länger bieten lassen und diesmal hart durchgreifen. Als Nicht-Parteimitglied durfte ich selbst solche Botschaften meiner 12. Klasse nicht überbringen. Der dafür verpflichtete Kollege kam erstmals bei den Schülern mit seinem Auftritt nicht gut an!

Meine Frau trat in ihrer Schule im Kollegenkreis eine heftige Diskussion los, als sie ihre Erlebnisse vom 7. Oktober schilderte und einen Volksstimme-Artikel und eine eigene Meinungsäußerung an das Schwarze Brett heftete. Sie wurde von einigen Kollegen geradezu beschimpft. Die meisten Lehrer waren, wie sich dann in der Folgezeit erwies, doch treue Staatsdiener (bzw. „Staatsfunktionäre“) oder hielten sich aus diesen Wirren heraus und duckten sich weg. Auch später fanden wir in unseren Kreisen nur wenige Mitstreiter.

Als am 9. Oktober am Ende der Friedensgebete die Domprediger Giselher Quast und Waltraud Zachhuber eindringliche Appelle an die etwa 4500 Besucher richteten, den Sicherheitskräften, die sich in großer Zahl rings um den Dom postiert hatten, keinen Anlass zum Eingreifen zu bieten und gleich in die bereitgestellten Straßenbahnen zu steigen, die Menge brav nach Hause fuhr und kein Knüppel zum Einsatz kam, war die Erleichterung (auf beiden Seiten) groß.

Provokationen und Aufruhr sehen wohl anders aus. Aber es kam nachträglich auch ein wenig Scham auf: in Leipzig hatten 70 000 demonstriert - und es hatte auch keinerlei Gewalttätigkeiten gegeben!

An diesem 9. Oktober hatte es einen Dambruch gegeben. Nun waren die Fronten klarer. Es gab große Mengen Bürger, die nach Veränderungen, Reformen und Bürgerrechten riefen und eine hilflose Staatsmacht, die vor den Massen kapitulierte. Darauf war sie nicht vorbereitet: aufrecht gehende, friedliche, mutige Demonstranten, republikweit.

Ich hatte in Leipzig eine Weiterbildung von einer Woche Dauer zu absolvieren und konnte daher am 16. Oktober an der zweiten Großdemo über den Innenstadtring teilnehmen. Ich war stark beeindruckt von der gelösten Atmosphäre dieser riesigen Menge Menschen, die weiter nichts unternahm, als „auf die Straße zu gehen“. An den Schwarzen Brettern der Universität und der Kunsthochschule gab es Diskussionspapiere, die den schon aufkommenden freien Geist der Auseinandersetzung in der „Heldenstadt“ Leipzig widerspiegeln.

In den Magdeburger Dom waren am 16.10 schon 7000 zum Fürbittgottesdienst gekommen, der sich nun auch zu einem Forum für Bürgerrechtler erweitert hatte. Da im Dom Gerüste in der Vierung standen, versammelten sich die Menschen, von denen viele sicher zum ersten Mal in dieser Kirche waren, die schon Monate lang Protestlern und Bedrängten ein schützendes Dach geboten hatte, vor der Ernst-Kapelle. Von hier aus wurden in den folgenden Wochen Gebete und Fürbitten gesprochen, Appelle gerichtet und Informationen gegeben. So nannte Konrad Elmer am 9.10. im Dom die Adresse von Markus Meckel in Niederndodeleben für die SDP – und am nächsten Tag fuhr Willi Polte zur ersten Kontaktaufnahme dort hin.

Die erste große Demo nach einem Fürbittgottesdienst (geschätzte 10 000) in Magdeburg fand am 23.10. statt. Meine Frau konnte mit demonstrieren, ich hielt einen Volkshochschulkurs, den ich nicht absagen konnte. In Leipzig gingen ca. 300 000 nun schon geübte und nicht mehr zu ängstigende DDR-Bürger um den Innenstadtring mit dem Ruf „Wir sind das Volk“.

Die Ereignisse überstürzten sich in diesen Oktober- und Novemberwochen. Honecker wurde von seinen bisher engsten Getreuen abgesetzt, von Krenz, der knapp einen Monat später von Modrow ersetzt wurde, einem sogenannten Hoffnungsträger.

Am 4.11. gab es auf dem Magdeburger Domplatz eine Kundgebung (ca. 50 000 waren gekommen), die nicht von der Beratergruppe Dom oder oppositionellen Gruppen veranstaltet wurde – die friedliche Revolution hatte sich ohne feste Organisation verselbständigt und die Volksmassen erreicht. Die hohen Funktionäre von Partei, Stadt und Bezirk wurden zur Rede gestellt, dann aber ausgepiffen. Ganz still dagegen hörte die riesige Menge Hans Jochen Tschiche zu, Pfarrer und

Mitbegründer des Neuen Forum und ließ sich von seiner Rede mitreißen. Danach zog die Menge zur zweiten Magdeburger Demo durch die Stadt, mit Rufen und witzigen Transparenten, von den Bewohnern aus den Fenstern der Häuser betrachtet, teilweise hinter den Gardinen. Abwarten war für viele Bürger nach 40 Jahren Reglementierung noch immer die wichtigste Lebensmaxime.

Schon 2 Tage später, am 6. November, nach dem Gebet zur gesellschaftlichen Erneuerung im Dom, gab es eine von der Beratergruppe Dom initiierte Kundgebung auf dem Alten Markt, bei der Domprediger Quast moderierte. Bei strömendem Regen versammelten sich ca. 50 000 Menschen und griffen vor allem den Oberbürgermeister Herzig an, der einige Tage später entnervt zurücktrat und Dr. Werner Nothe Platz machte, welcher sich allerdings auch nur einige Monate halten konnte (als sich heraus stellte, dass er ein OibE = Offizier im besonderen Einsatz des MfS gewesen war).

In Berlin trafen sich an diesem 4. November mehr als 500 000 Menschen auf dem Alexanderplatz. Künstler und Intellektuelle (im DDR-Sprachgebrauch „die Intelligenz“) redeten von einem Lastwagen aus, der als Rednertribüne fungierte. Auch hier wurden die Versuche von Politgrößen wie Markus Wolf (den Gerüchten zufolge möglicherweise der neue starke Mann) und Günter Schabowski, das Heft des Handelns wieder in die Hand zu bekommen, von der Menge wütend abgelehnt.

Nach den Rücktritten von Regierung und Politbüro am 7. und 8.11. (Krenz jedoch wurde als Generalsekretär der SED bestätigt) folgte am Abend des 9. November der Paukenschlag der Geschichte: die von einem verwirrt wirkenden Schabowski verlesene Regelung auf einem Zettel, dass die Grenzübergänge „sofort...unverzüglich“ ...benutzt werden könnten – seine eigene Lesart!

Diese Meldung, von den westdeutschen Medien sofort aufgegriffen und weiter interpretiert, löste einen Sturm auf die Checkpoints aus, dem die ahnungslosen Grenzwächter nicht gewachsen waren. Das Ventil war geöffnet, „Wahnsinn“ das tausendfach gejubelte Wort. Von Magdeburg aus machte sich in derselben Nacht eine Autokolonne via Marienborn nach Helmstedt auf den Weg. Viele trauten der unglaublichen plötzlichen Toleranz noch nicht ganz und „flüchteten“ gleich „richtig“ - wer weiß, wie es noch kommen würde.

Die eigentliche „Revolution“, von Krenz „Wende“ genannt (von der er damals noch meinte, die Richtung bestimmen zu können) geriet nun in der allgemeinen Euphorie über die grenzenlose Freiheit zunehmend zur Nebensache. Erst jetzt dämmerte der Gedanke von einer möglichen Vereinigung der beiden deutschen Staaten auf, als Konföderation oder so - oder doch gleich Deutschland, einig Vaterland? War der Wunsch nach Wiedervereinigung innerhalb einer europäischen Friedensordnung etwa kontraproduktiv oder könnte man innerhalb einer Zweistaatlichkeit dennoch eine Nation bilden? Würden die Nachbarstaaten nicht besorgt darüber sein, dass sich Deutschland wieder zu einem mächtigen Staat entwickeln könnte?

Aber ganz schnell wurden die Banane und die D-Mark zu den neuen Zielmarken.

Die sich formierenden oppositionellen Gruppen hatten noch immer um ihre offizielle Zulassung zu kämpfen (Neues Forum: 10.9. Gründungsbeschluss, 19.9. Antrag - abgelehnt!, erst am 8.11. zugelassen). Die Initiativegruppe um Martin Gutzeit und Markus Meckel hatte den 7. Oktober zum Gründungstag der SDP gewählt, um

möglichst unauffällig in dem kleinen Ort Schwante bei Berlin den formellen Gründungsakt mit 43 Unterzeichnern zu vollziehen. Vorsichtshalber hatte man dies schon am 2. Oktober getan und diese Urkunde sicher hinterlegt. Die beiden Gründungspioniere gingen schon seit Januar 1989 mit dem kühnen Wunsch nach einer SPD in der DDR schwanger. Sie sahen einen langen schwierigen Weg vor sich und waren dann selbst überrascht, wie rasend schnell dieser historische Prozess plötzlich ablief, zu schnell eigentlich. Zeit zur Besinnung gab es kaum, das Programm musste schnell bekannt gemacht werden und es musste zünden und mitreißen ... Und die Stasi, der exekutive Arm der SED, war auch hier dabei.

In Halle hatten sich 11 Streiter für die Sozialdemokratie entschieden, von Christel Hanewinkel „angestiftet“, die schon am 27. Oktober 1989 die SDP gründeten. In Dessau gilt ebenfalls der 27. Oktober als Gründungstag mit der Wahl der 5 Sprecher der Partei.

In Magdeburg hatte sich eine Initiativgruppe um Willi Polte im Keller seines Hauses versammelt mit dem Ziel, bald möglichst einen Stadt- und Bezirksverband zu gründen. Da Markus Meckel in Berlin zeitlich stark in die Parteiorganisation eingebunden war, verzögerte sich die Gründung um einige Wochen.

Auch wir hatten mal beim Neuen Forum reingeschaut, fanden aber ebenfalls (wie Christel Hanewinkel in Halle), dass außerparteiliche Bewegungen und Gruppen in diesem Staat mit seinem Alleinvertretungsanspruch der SED und den Blockparteien als Erfüllungsgehilfen nicht viel ausrichten konnten. Wir entschieden uns für die SDP als künftige politische Heimat und steckten unsere formlosen Anträge am Abend des 10.11. in Poltes Briefkasten. Schon eine Woche später unterschrieben 108 neue Sozialdemokraten die Gründungsurkunde des Regionalverbandes Magdeburg. Dieser Akt fand wiederum unter dem Dach der Kirche statt, im Gemeindehaus der Evangelischen Altstadtgemeinde in der Neustädter Straße. Markus Meckel, der wie Willi Polte, Hans Dieter Bromberg, Susanne Seils und Holger Saffier der Initiativgruppe angehörte, stellte das Programm vor. Willi Polte wurde einstimmig zum Vorsitzenden gewählt.

Vom Selbstbewusstsein der Gründer kündeten Markus Meckels Worte: „Wir bitten nicht um Zulassung, wir teilen mit, dass es uns gibt. Wir werden uns anfangs wohl konspirativ treffen müssen. Gesetze fragen wir an – auf ihre Legitimität hin. Es gibt keine legitimierte Regierung, auch die Volkskammer ist es nicht. Die Regierung muss durch Runde Tische kontrolliert werden.“ Diese Reden gefielen uns, sie waren für diese Zeit sehr kühn und harmonierten mit der Haltung der Demonstranten auf Magdeburgs Straßen.

Unverzüglich sollten die neuen Mitglieder Ortsvereine bilden und Themenfelder besetzen. Anfangs trafen wir uns als Ortsverein Sudenburg/Lemsdorf in Wohnungen, meist bei uns, später in wechselnden Gaststätten. Erst waren es 8, dann 14, dann 30 Mitglieder, im Laufe des Jahres wurden es (bis heute) maximal 60. Der Stadtteil Ottersleben kam mit wenigen Mitgliedern dazu. Von den Mitgliedern des ersten Jahres sind noch 7 dabei, davon 4 aktiv.

Nun begann eine Zeit von Aktivitäten und Aktionismus. Wir veranstalteten Foren, entwarfen und druckten Flugblätter, luden Veteranen ein und machten Straßenwahlkampf, nachdem der Termin der ersten freien Volkskammerwahl

feststand: der 18. März 1990. Wir machten uns tatsächlich Hoffnung auf einen Wahlsieg!

Reguläre Protokolle haben wir nicht mehr aus der Anfangszeit, ich finde nur Termine in den Kalendern mit einigen wenigen Notizen und Mitschriften von besonderen Veranstaltungen. Wir hatten zu viel mit der eigenen Orientierung zu tun, mit Aufarbeitung der Geschichte, mit Quellensuche und damit, uns bei starker Fluktuation überhaupt zu formieren. Und die Stasi war auch immer noch mit dabei und auch die Ungewissheit, ob die alten Kräfte nicht doch noch aus der zeitweiligen Deckung heraus losschlagen würden. Es kamen so viele Ungeheuerlichkeiten ans Tageslicht ...

Das Bürgerkomitee, das für die Auflösung der Staatssicherheit im Bezirk Magdeburg vom Rat der Stadt legitimiert worden war, war zornig mit den Umtrieben der Stasi beschäftigt. Auf Anweisungen von Modrow in 2 Telexen am 6.11.1989 an alle Dienststellen sollten die Akten vernichtet oder ausgelagert werden und am Kroatenweg war man am 7.11. bereits eifrig dabei, Befehl ist Befehl! Bürger bemerkten das irgendwie und stauten sich vor dem Tor. In zweitägigen Verhandlungen des Bürgerkomitees mit den Offizieren der Bezirksverwaltung in höchst angespannter Atmosphäre wurden die Aktionen gestoppt und Räume versiegelt. Jetzt konnte man sehen oder zumindest ahnen, was für eine gewaltige Dimension dieser Repressionsapparat hatte.

Im Untersuchungsgefängnis am Moritzplatz konnten bald die brutalen und auch subtilen Methoden des Unterdrückungsmechanismus einer Partei, die den Humanismus wie ein Banner vor sich her getragen hatte, von den Bürgern besichtigt werden!

Die Runden Tische

Aus Polen und Ungarn konnten die Bürgerbewegungen und neuen Parteien, die bereits am 4.10.1989 in Berlin gemeinsames politisches Handeln verabredet hatten, die Idee und die Erfahrungen zur Beteiligung an der politischen Macht übernehmen: den „Runden Tisch“. Die Zeit schien reif zum Fordern, wenn nicht der Dialog vom Regime verwässert werden sollte. Auch die SED hatte offensichtlich Interesse daran, die oppositionellen Kräfte einzubinden und dem Druck der Straße ein demokratisches Gremium entgegenzusetzen.

Das Vakuum nach den Rücktritten von Regierung, ZK und Politbüro war gefährlich. Die Chance, welche die SED sah, Machtanteile hinüberzuretten in ungewisse Verhältnisse, wenn man mit den Aufrührern friedlich an einem Tisch sitzen konnte, wurde genutzt. Auch war es der SED bewusst, dass eine Verweigerung zum Dialog den Volkszorn angeheizt hätte.

Am 10.11.1989 wurde ein „Runder Tisch“ gefordert, aber erst am 7.12. wurde erstmals der später „Zentrale Runder Tisch“ genannte in Berlin von der Modrow-Regierung einberufen. Wie schon bei den bisherigen Kontakten zwischen Opposition und Obrigkeit wurden Kirchenvertreter als Kontaktpersonen angerufen. Diese moderierten dann die Zusammenkünfte.

Nach dem Berliner Muster bildeten sich in den 15 Bezirksstädten der DDR gesondert „Runde Tische“ von Bezirk, Kreis, Stadt und einzelner Bereiche, wie in Magdeburg von Kultur, Bildung u.a., nicht überall von gleicher Intensität und Qualität, aber mit dem erklärten Interesse an realer Information und Mitgestaltung. Die SDP sah es als eine Möglichkeit an, sich organisatorisch zu festigen und zu ihrer Programmatik zu finden.

Wir waren im ersten halben Jahr der friedlichen Revolution in Gefahr, uns zu verausgaben, so begeistert waren wir von den Möglichkeiten der Einflussnahme und Mitwirkung in Initiativgruppen, Arbeitsgruppen, Partei und „Runden Tischen“. Mit unserem Tun, das wir anfangs noch als „konspirativ“ empfanden, waren wir auf das Finden von Lokalisationen für Zusammenkünfte angewiesen. Oft waren das Wohnungen und Kneipen, immer waren uns gewärtig, dass die „Firma“ auch dabei sein könnte und wer weiß, vielleicht sammelten die inzwischen bloß ihre Kräfte ... Heute entwickelt sich die Erkenntnis, dass viele SED-Mitglieder und IMs froh waren, dass sich die Dinge so entwickelten.

Nach der Gründung der SDP in Magdeburg am 18.11.1989 (Stadtverband 94 Mitglieder, Regionalverband 108, durch 2 Urkunden mit Unterschriften belegt) wurden 16 Arbeitsgruppen gebildet. Die AG Bildung traf sich mit wechselnder Interessentenzahl nach unseren Kalendernotizen erstmals am 7.12.1989, dann ab 24.1.1990 einige Male in unserer Wohnung. Wir erörterten zunächst, was wir uns an Stelle der ideologisch verkrusteten Margot-Honecker-Volksbildung für neue Modelle vorstellen könnten. Hilfreich waren dabei Papiere, welche die Kirchen bereits erarbeitet hatten.

Nicht erwartet hatten wir, dass die Gewerkschaft Erziehung und Bildung des FDGB mit fliegenden Fahnen zur GEW-West überlaufen würde, welche die riesige neue Mitgliederschaft freudig aufnahm, aber bis heute leider stark linkslastig ist. Zur Rechtfertigung der neuen Mitglieder bezüglich ihres hastigen Übertritts zur GEW (zu denen wir später auch zeitweilig gehörten) kann die Unsicherheit über die berufliche Zukunft geltend gemacht werden. Noch waren wir beide Lehrer.

Die neue (Reise)-Freiheit ermöglichte es mir nun, mit meinem Schuldirektor der EOS (Erweiterte Oberschule) „Otto von Guericke“ Kontakte zu einer gleichnamigen 10klassigen Schule in Westberlin aufzunehmen, die aber unter einem neuen Magdeburger Direktor bald wieder einschliefen. Das wiederholte sich später mit den Kontakten zum Gauss-Gymnasium in Braunschweig; nur auf privater Ebene blieben einige Kollegen in Verbindung. Hierbei zeigte es sich, welche Spuren die Obrigkeitshörigkeit im sozialistischen Schulwesen Honeckerscher Prägung hinterlassen hatte. Die Schulleitungen und der größte Teil der Lehrerschaft zogen den Kopf ein, warteten ab und öffneten sich nur zögerlich. Viele zeigten aber auch eine deutlich feindliche Haltung.

Auf einem Forum für Bildung im Gemeindesaal der Altstadtgemeinde (am selben Ort der Gründung der SDP am 18.11.1989) trafen sich die an grundsätzlichen Veränderungen im Bildungswesen Interessierten am 31.1.1990. Die Initiative eines katholischen Bildungskreises, an der Spitze Rosel und Rudolf Förster, verabredete mit dem Stadtschulrat für den 9.2.1990 eine Sitzung zur Gründung eines Beirats, so jedenfalls war es dessen Vorstellung. Wir funktionierten diese wöchentliche

Zusammenkunft allerdings nach kurzer Zeit in einen inoffiziellen „Runden Tisch“ um. Die Wucht des Willens nach grundlegenden Veränderungen überrollte den Schulrat bald. Die Vertreter der neuen politischen Gruppierungen und Parteien, der Kirchen, Gewerkschaft, Eltern, Schülerräte trafen sich mit der städtischen Schulverwaltung zu insgesamt 12 Sitzungen. Erst ab 13.3. wurde ein „Runder Tisch Bildung“ des Bezirks einberufen.

Es war der Kernmannschaft der Teilnehmer bewusst, dass dieses Gremium nur für die Übergangszeit bis zu den Kommunalwahlen arbeiten sollte. Auf die Tagesordnung kamen alle pädagogischen und strukturellen Probleme und wurden mit erfrischender Offenheit diskutiert. Es war eine Schule der Demokratie.

Um nur ein Beispiel zu nennen: Die Frage wurde aufgeworfen: „Inwieweit wird das Wagnis, eigene Schritte des neuen Denkens zu gehen, geachtet und respektiert – von Vorgesetzten, Eltern und Kollegen?“ Hier wird die Suche nach einer neuen Form des Miteinanders deutlich. Daneben gab es hyperdemokratische Vorstellungen wie die, ob künftig Pädagogen an der Auswahl ihrer Vorgesetzten beteiligt werden können. Wir haben das in praxi in etlichen Schulen in die Tat umgesetzt – es war einfach eine „wilde, gesetzlose Zeit“ ...

Im Auftreten der Teilnehmer gab es bemerkenswerte Unterschiede: offensichtliche Zurückhaltung der meisten Vertreter von Blockparteien (wenn sie denn überhaupt beteiligt waren) versus offene, zuweilen auch aggressive Einwürfe der neuen oppositionellen Kräfte.

Viele persönliche Schicksale waren in einer Entscheidungsphase, in der große Hoffnungen auf die SPD gesetzt wurden, welche als Hauptstütze im Kampf um Emanzipierung des Bildungswesens angesehen wurde. SPD-Mitglieder und Nahestehende arbeiteten für die Zeit nach den Kommunalwahlen eine Bildungskonzeption aus, abgeleitet von westdeutschen Schulmodellen, mit eigenen Vorstellungen erweitert und verändert (Wir gingen davon aus, dass die Bildungshoheit in kommunaler Hand bleiben würde.). Viele Impulse kamen auch aus kirchlichen Kreisen.

Viele Fragen betrafen Strukturen und Personal: Bewerbungen für die Schultypen, Leistungskurse, Lehrpläne, Schulnetz, Berufsausbildung, Zulassungen zu neu zu formierenden Gymnasien, Ferienbetreuung, Gehälter für Kindergärtnerinnen, Alternativen für Pionier- und FDJ-Arbeit u.a. Freizeitformen, Jugendweihe, Schülervertretungen, Unterricht in der Produktion, Betriebskindergärten, Jugendklubs und hundert andere Probleme wurden erörtert, beantwortet oder meist auf die Zeit nach Volkskammerwahl, Kommunalwahl und andere noch nicht absehbare politische Veränderungen verschoben.

Bereits am 16. 2.1990, in der 2. Sitzung dieses „Runden Tisches“, kam die Frage nach der Verwendung der Staatsbürgerkundelehrer auf und von Mitarbeitern des MfS, die in der Volksbildung untergekommen seien - man hätte davon gehört. Der Stadtschulrat behauptete, keinen „Stasilehrer persönlich zu kennen“, aber er wäre bereit, das zu überprüfen ...

Eine mehrfach diskutierte Frage war die nach der Umwandlung des Faches Staatsbürgerkunde in Gesellschaftskunde im 2. Halbjahr des Schuljahrs 1989/90 und der neue Lehrstoff.

Die Unsicherheit hinsichtlich der Vermittlung von politischen und soziologischen Themen zeigte sich in der Anweisung des Ministeriums für Volksbildung, jetzt von Herrn Abend geführt, dass Zensurierung „möglich“ wäre. Im Bezirk Magdeburg wurde entschieden: keine Noten! Und was würde geschehen, wenn Schüler aus Protest an diesem Unterricht (evtl. wegen des Lehrers) nicht teilnehmen wollten? Ein neuer Begriff von selbst bestimmter Freiheit hatte sich schon im November 1989 gezeigt, als die Schüler sonnabends nicht mehr zum Unterricht erschienen (man fuhr nun mal kurz `rüber). Der Zustand wurde hingenommen und die Stunden auf 5 Tage verteilt - dauerhaft, bis heute! Vertreter von SPD und Neuem Forum am Runden Tisch plädierten dafür, das Fach bis zum 1.9.1990 auszusetzen. Der Schulrat stellte ganz unschuldig die Frage, ob wir fordern würden, dass künftig alle Lehrer parteilos sein müssten ...

Die zum Runden Tisch erscheinenden Lehrer erhofften sich Entscheidungshilfen vom Stadtschulrat oder den Vertretern der „neuen Kräfte“, was jedoch vom Schulrat immer mit dem Verweis auf die neue Stadtverordnetenversammlung und die neue Stadtverwaltung beantwortet wurde. Wir konnten zwar Demokratisierungsprozesse befördern, Entscheidungsbefugnisse hatten wir natürlich nicht.

Der Stadtschulrat geriet auf den Dienstberatungen der Schulen, zu denen er manchmal weniger eingeladen als eingefordert wurde, in ein Kreuzfeuer von Kritiken, denen er oft nichts entgegenzusetzen hatte, auch weil er nicht alles eigenständig entscheiden konnte und Weisungen und Verordnungen „von oben“ ausblieben. An „meiner“ EOS „Otto von Guericke“ wurde von einigen Lehrern in einer Dienstbesprechung am 12.3.1990 die Erwartung ausgesprochen, dass er sich nicht selbst aus der Pflicht entlassen dürfe und bis zur Kommunalwahl am 6. Mai die Verantwortung wohl oder übel noch wahrnehmen müsste!

Im März und April stand die Einstellungspolitik der Schulverwaltung zunehmend im Mittelpunkt. Die schon am 16.2. aufgeworfene Frage nach dem Unterschlüpfen von Angehörigen des MfS und IMs (der Begriffe wurde erst allmählich publik) wurde ausweichend und hinhaltend beantwortet. Jetzt wurde der „Runde Tisch“ zeitweilig zum Tribunal. Hartnäckig bohrten wir weiter, ob gegen unsere Forderung und entgegen der Aussage des Schulrats doch Menschen in Schulen und anderen Bildungseinrichtungen Unterschlupf gefunden hatten, denen wir eine Einflussnahme auf Kinder und Jugendliche nicht zubilligten. Viele Lehrer wunderten sich über die Einstellung neuer Kollegen, die bisher nicht alle schon mal unterrichtet hatten und die auch überflüssig waren!

Schließlich wurde bekannt, dass im Pionierhaus 7 neue „pädagogische“ Kräfte eingestellt worden waren. Der Stadtschulrat äußerte sich indifferent, wahrscheinlich hatte er auch nicht aus eigenem Antrieb gehandelt, er unterstand ja dem Rat des Bezirks. Das konnte nie geklärt werden.

Jürgen Vogel vom Bürgerkomitee, das am 5.12.1989 vom Rat der Stadt benannt worden war, schreibt in seinem Buch „Magdeburg, Kroatenweg“ unter dem Datum vom 4.3.1990: „Obwohl das Bürgerkomitee und der große Runde Tisch des Bezirks eindeutig festgelegt hatten, kein MfS-Personal in die Schulen und Kindergärten der

Stadt Magdeburg zu übernehmen, hat es der SED-Schulrat Blüthgen doch fertig gebracht, sich über alles hinwegzusetzen und Stasi-Leute in den Schuldienst einzustellen. Sein oberster Dienstherr, Oberbürgermeister Dr. Nothe, ließ ihn seelenruhig gewähren. Der große Runde Tisch legte sein Veto ein. Herr Blüthgen, ein ganz Schlauer: „Die Arbeitsverträge sind arbeitsrechtlich nicht mehr anzufechten.“(S. 62/63)

Die Arbeitsverträge konnten später in den meisten Fällen doch aufgehoben werden, wenn die so untergebrachten „Kader“ keine pädagogische Ausbildung nachweisen konnten. Und der Stadtschulrat selbst wurde von der Schule, in der er im September 1990 als Pädagoge seinen Dienst aufnehmen wollte (v.a. von den Eltern), abgelehnt

Ich selbst hatte die unmittelbare Begegnung mit den „Untergetauchten“ im Pionierhaus, als ich (das Datum habe ich leider nicht vermerkt) bei einer Personalversammlung die Frage stellte, wer hier denn jüngst seinen Dienst angetreten hatte. Als sich niemand meldete, bat ich Herrn Müller zu einem Vier-Augen-Gespräch in ein Nebenzimmer. Ein bisschen eigenartig war mir schon zumute, diesem früher so mächtigen und gefürchteten Mann gegenüberzusitzen und ihn zu fragen, warum er sich nicht zu erkennen gegeben habe, denn er sei doch wohl der Generalmajor Wilfried Müller - und war dann doch erstaunt, mit welcher Gelassenheit er einfach sagte: „Ja, das wissen Sie doch“, und sich widerspruchslos als entlassen fügte.

Als Stadtrat für Kultur hatte ich vor, dieses Pionierhaus künftig wieder in seiner ursprünglichen Funktion als Gesellschaftshaus erstehen zu lassen. Entgegen meinen damaligen Erwartungen dauerte es allerdings 15 Jahre, bis es mit Rückbauten und Restaurierung wieder ein glanzvolles Veranstaltungshaus werden konnte.

Der „Runde Tisch Bildung“ des Bezirks Magdeburg tagte vom 13.5. bis 22. 5.1990 insgesamt neunmal. Die Versammlungsleitung wurde nach dem Rotationsprinzip festgelegt. Sechs der neun Protokolle liegen mir vor und geben ein Bild davon, wie die Noch-Funktionäre der staatlichen Volksbildung im Zusammenwirken mit einigen Vertretern der „alten“ Parteien und Organisationen es verstanden, entscheidende Forderungen abzuschwächen. Diese wurden dann an den „Runden Tisch des Bezirks“ oder auch an das Ministerium für Bildung in Berlin gerichtet. Die Hinhaltenaktik ist aus den Protokollen deutlich ersichtlich, obwohl diese sämtlich von Mitarbeitern der Volksbildung verfasst wurden. Die Moderatoren hingegen wechselten (Stv. Bezirksschulrat, FDJ, PDS, Katholische Kirche, Neues Forum, SPD, FDGB u.a., in dieser Reihenfolge. Meine Frau, Christel, war an beiden „Runden Tischen“ eine Vertreterin der SPD -Bildungs- AG, ich vertrat sie nur in der 6. Beratung am 17.4.1990.

Schon am 20.3. wurde die Einstellung von ehemaligen MfS-Mitarbeitern gerügt. Das Protokoll vermerkt allerdings: „Die Aussprache ... war anschließend von recht gegensätzlichen Auffassungen, besonders hinsichtlich der Tätigkeit der ehemaligen MfS-Mitarbeiter gekennzeichnet.“ Einem Antrag wurde mehrheitlich zugestimmt: „Der Runde Tisch hält es für erforderlich, dass die 14 Pädagogen in ihren Arbeitskollektiven ihre bisherige Tätigkeit im MfS offen legen und eine Vertrauensabstimmung in den Einrichtungen über die weitere Tätigkeit gesichert wird.“ Ob und wie dies erfolgte, ist nicht überprüft worden. Persönliche Sympathien

oder überkommendes Solidaritätsgefühl mögen die (geheimen?) Abstimmungen beeinflusst haben. Am 10.4. wurde in einem Brief an das Ministerium formuliert, dass der Runde Tisch Bildung „mit großem Unbehagen zur Kenntnis genommen hat, dass seit November 1989 14 ehemalige MfS-Mitarbeiter ... wieder in Einrichtungen der Volksbildung arbeiten“ mit der Bitte um „dringende Klärung“ dieses u.a. Probleme. „Unbehagen“ war also hier die stärkste Form der Entrüstung über diese vielleicht gar nicht – die Uhr war ja nun auch abgelaufen.

In zwei Artikeln hatten wir in der Volksstimme und im Neuen Weg die Einstellungen von Stasi-Mitarbeitern angeprangert, was in der Öffentlichkeit in Magdeburg Aufsehen erregt hatte. Der Reaktion einer Leserin, die uns Boshaftigkeit, Intoleranz und Kesseltreiben vorgeworfen hatte, wollten wir in einer Antwort begegnen, in der wir auf unseren Toleranzbegriff und einen Verweis auf die besondere Sensibilität im pädagogischen Bereich hinwiesen. Diese Antwort wurde allerdings nicht gedruckt und so stand die Anschuldigung im Raum. Solche Geplänkel bestimmten in diesen Monaten oft die öffentlichen Diskussionen. Abgesehen von willentlichem Missverstehen trug es doch zur Klärung der Standpunkte bei und zeigte den schwierigen Prozess der Demokratisierung auf.

Ende Januar 1990 sagte mir ein befreundeter Kollege, der Stadtrat für Kultur, Herr Dr. Huth, hätte zu einem Gespräch über Kulturentwicklung ins Rathaus geladen und ob ich ihn nicht begleiten wolle. Das war eine für mich folgenreiche Einladung. Als neue politische Kräfte waren das Neue Forum, die Grüne Partei und die Beratergruppe Dom vertreten, weiterhin die NDPD, DBD, FDGB, KB, VBK, PDS. Der Einladung offenbar nicht gefolgt waren CDU, LDP, DA, DJ... Der Stadtrat für Kultur schilderte kurz die Situation und die Unwägbarkeiten. Er zeigte sich stark verunsichert über die künftige Entwicklung. Die Diskussion wurde bestimmt von Wünschen und Erwägungen zu Erhalt oder Veränderung. Mein Diskussionsbeitrag wurde wohlwollend unterstützt, v.a. von der Grünen Partei, die der SPD eine führende Rolle als wohl künftig stärkste politische Kraft zumaß – damals rechneten wir selbst ja mit größeren Mehrheiten! Jedenfalls stärkte das mein Selbstbewusstsein in dieser frühen Phase ungemein.

In dieser Runde war ich also mehr zufällig anwesend. Vom Rat des Bezirks, Abteilung Kultur, bekam die SPD eine Einladung für den 9.2.1990. Herr Dr. Ziethen hatte schon etliche Kontakte gen Westen geknüpft und schmiedete recht zuversichtlich Pläne für die Zeit „danach“. Am 26.2. wurde das Thema Denkmalpflege erörtert. Anwesend waren Vertreter des VEB Denkmalpflege (der früheren Firma Paul Schuster, dem größten Denkmalpflegebetrieb des Bezirks), des Neuen Forum, Demokratischer Aufbruch u.a. Herr Dr. Ziethen äußerte sich erwartungsfroh zu Hilfen aus Niedersachsen, die Ministerpräsident Dr. Casseus versprochen hatte. Kontrovers war in diesem Gespräch nur die Erwartungshaltung der Vertreter des Denkmalpflegebetriebs, bald selbst verhandeln und entscheiden zu können. (Später konnte Herr Schuster den ehemaligen Familienbetrieb wieder reprivatisieren.) Am 1.3. war der Verband Bildender Künstler VBK zum Runden Tische des Bezirks geladen, Sitzungen gab es am 9.3. und 23. 3. In der letzten Sitzung (nach meinen Notizen) behandelten wir am 25.4. die Möglichkeiten zur Wiedereröffnung der traditionsreichen Magdeburger Kunstgewerbeschule als Werkkunstschule. Damals hatten wir alle noch solche Träume!

Am 20. 2.1990 wurde von Mitgliedern des Beirats für bildende Kunst und des Bundes der Architekten ein offener Brief an den Oberbürgermeister Dr. Nothe übergeben, von dem er sich persönlich angegriffen fühlte (nicht zu Unrecht, wie sich herausstellen sollte). Künstler und Architekten forderten vom Rat der Stadt öffentlich Informationen über Pläne zur Stadtentwicklung und zu den Verhandlungen über Verkäufe von Grundstücken und Immobilien. Beschwichtigend erklärte der Leiter der Abteilung Stadtentwicklung, Rudi Stein, dass man mit den vielen Interessenten doch wohl reden müsse, aber natürlich völlig unverbindlich und vor dem 6. Mai (Kommunalwahlen) werde es keine Entscheidungen geben! Der Runde Tisch der Stadt würde eine Auflistung der Unternehmen bekommen.

Die Immobilienhaie hatten also schon vorgefühl. Beim Büro des Stadtarchitekten wurden die einlaufenden Gerüchte heiß diskutiert und Stadtarchitekt Dr. Kirsch versicherte am 24.3. auch, dass keine Zusagen ohne den „Runden Tisch“ erteilt würden und dass das Ziel ein städtebaulicher Wettbewerb sei.

Aus Sorge um einen (nicht öffentlichen) Ausverkauf von Teilen der Stadt durch letzte Vertreter staatlicher Stellen und ihre (korrumpive) Schwäche gründete sich am 15.3. 1990 eine Initiativgruppe Stadtgestaltung. Die mehr als 20 Architekten, bildenden Künstler und künftigen Kommunalpolitiker wollten der Gefahr begegnen, dass dem desolaten Gesamtbild Magdeburgs durch gefällige Preisgabe von Objekten und Flächen endgültig der letzte Schlag versetzt würde.

Nachdem es vom 1. Stellvertreter des Oberbürgermeisters, Herrn Ernst Ullrich, abgelehnt worden war, einen Vertreter des „Runden Tisches“ mit Mitarbeiterstatus und Kontrollfunktion bei den Geschäftsanbahnungen zu Objekt- und Flächenvergaben aufzunehmen, beantragten die Grüne Partei und die SPD die Bildung eines Fachgremiums des Runden Tisches mit Entsendung je eines Vertreters der Parteien und Gruppierungen unter Einbeziehung der Initiativgruppe u.a. und forderte eine erste Zusammenkunft mit der städtischen Abteilung am 29.3. Den diesbezüglichen Beschluss fasste der Runde Tisch am 20.3. Die Sitzung fand statt, die Abstimmungen wurden verabredet. Dies wurde in einem offenen Brief am 22. 3. dem OB Dr. Nothe mitgeteilt. Mit dem gleichen Datum wurde eine bereitzustellende Summe (10000,- M mit Zustimmung des „Runden Tisches“) aus Mitteln des Städtebauförderprogramms für Raummieten, Vervielfältigungen und einen Workshop im April beantragt.

Die Sitzungen der Initiativgruppe waren prall gefüllt mit konkreten Zielvorstellungen der notwendigen Schritte zur städtebaulichen Neugestaltung der geschundenen Stadt. Es bestand zwar die Hoffnung auf ein faires Agreement mit der Abteilung „Wirtschaft und Stadtentwicklung“, aber auch die berechtigte Skepsis bezüglich der ehrlichen Absichten des Stadtrates Rudi Stein!

Wie sich herausstellte, gab es entgegen den Versicherungen, keine Entscheidungen zu treffen, bereits im April Verhandlungen und die Absichtserklärung am 19.4., mit der Fa. Willisch & Partner eine gemeinsame Baugesellschaft zu gründen. Am 3.5.1990, also wenige Tage vor der Kommunalwahl am 6.5., wurde die GmbH von OB Dr. Nothe und Herrn Willisch errichtet und am 10.5. notariell beglaubigt. 51 % des Stammkapitals hielt die Fa, Willisch, 49 % die Stadt Magdeburg, als Geschäftsführer wurden Firmenchef Hannes Willisch und Stadtrat Dirk Zierau bestellt! Damit war der

drohende Ausverkauf der Stadt eingeleitet, zumal eine zweite, eine Stadtplanungs-GmbH, mit dem Geschäftsführer Stadtrat Rudi Stein gegründet wurde mit 70 % städtischen Anteilen. Die drei führenden Kommunalpolitiker des alten Rates hatten also am „Runden Tisch“ vorbei zu diesem Zeitpunkt Verträge geschlossen, die ihre Zukunft absicherten. Ein Ganovenstück, zumal die Gültigkeit der Verträge nicht berührt werden sollte, falls zukünftige vertragliche Bestimmungen nicht rechtswirksam seien (§ 19, Schlussbestimmungen)!

Am 4.5.1990 meldete die Volksstimme lapidar, dass die Grundag Westberlin mit Magdeburger Gesellschaftern eine GmbH gegründet habe.

Die Initiativgruppe stellte an den seit dem 7.5. amtierenden OB Ernst Ullrich Anfragen zur Vertragssituation und zur Berechtigung des Rates zu Abschlüssen, ohne von der Stadtverordnetenversammlung dazu legitimiert worden zu sein und forderte lückenlose Offenlegung aller Verbindlichkeiten.

Über den SPD-Vertreter am „Runden Tisch“, Peter Grigoleit, informierten Vertreter der Initiativgruppe (Weinreich, Olbricht, Löhr) am 15.5. über die Ungeheuerlichkeit der Vorgänge. Die Empörung war allgemein. Der amtierende OB Ullrich versuchte erst, die Vorteile solcher GmbH-Bildungen darzulegen, versicherte aber dann, dass noch nichts entschieden sei! Der „Runde Tisch“ verurteilte die Aktivitäten des alten Rates und sah darin einen Verstoß gegen die gemeinsame Verabredung, alle Entscheidungen vorzulegen. Die Forderung war: Anfechtung bzw. Rücknahme der Verträge. Peter Grigoleit (später Bau-Beigeordneter) informierte am 22.5. am „Runden Tisch“ darüber, dass beim Vertragsgericht noch keine Registrierung erfolgt sei. Dr. Thomaser vom Neuen Forum würdigte das Verdienst der Initiativgruppe: „... die Schweinerei bekannt gemacht zu haben.“

Aus Misstrauen gegenüber Lastminute-Entscheidungen des alten Rates wurden je ein Vertreter der CDU und der SPD vom „Runden Tisch“ zur letzten Ratssitzung delegiert. Der CDU-Vertreter nahm das allerdings nicht wahr; ich hatte die Ehre der Teilnahme - es war eine gespenstische Runde.

Die neue Stadtverwaltung – das „Selbstverwaltungsorgan“

Nach den Kommunalwahlen am 6. Mai trat die neue Stadtverordnetenversammlung (150 Köpfe stark!) am 31.5. zu ihrer konstituierenden Sitzung (übrigens in der ehemaligen Parteischule der SED) zusammen und wählte die Beigeordneten, die damals noch Stadträte hießen, aus den Reihen der Fraktionen SPD, CDU und Bündnis 90 nach Proporz. Die 10 Beigeordneten kamen aus den Reihen der Stadtverordneten, waren hauptamtlich tätig und sollten die politischen Köpfe sein, aber wegen meist mangelnder Verwaltungserfahrung Dezernenten an die Seite bekommen – ein Konstrukt mit praktisch Doppelspitzen, das nach einem Jahr von der Bezirksregierung als nicht akzeptabel und auch als zu teuer untersagt wurde. Wenn sie nicht allein ihr Ressort verwalteten, waren sie für die letzten 3 Jahre dann ehrenamtlich tätig.

Dieser Geburtsfehler einer neuen demokratischen Legislative brachte einige Unruhe in das erste Regierungsjahr, in dem auch von den Verwaltungsfachleuten aus der

Partnerstadt Braunschweig die Struktur des Verwaltungsapparates freundlich, aber bestimmt umgekrempelt wurde.

Learning by doing war die Devise, nach der zu handeln interessant war, aber schwierig zu gestalten: Zusammenführung von Verwaltungseinheiten zu Ämtern, Personalüberprüfung ohne rigorose Entlassungen, dennoch behutsamer, sozial verträglicher Personalabbau, Aufteilung des Finanzetats usw.

Mein Amtsantritt als Stadtrat für Kultur war am 1. Juni um 7.00 Uhr. Gleichzeitig war ich aber noch für einige Wochen im Schuldienst an einer Erweiterten Oberschule mit Unterrichtsverpflichtung, Klassenleiter einer Abiturklasse und ich musste Prüfungen in Geographie und Kunsterziehung abnehmen. Das Pendeln zwischen den recht weit auseinander liegenden Dienststellen wurde erschwert durch den Umstand, dass ich bereits seit längerer Zeit auf meinen Trabbi verzichten musste (die 13 Jahre Wartezeit waren noch lange nicht um).

Der erste Arbeitstag wurde bestimmt von Pressegespräch, Magistratssitzung und die Amtseinführung durch meinen Vorgänger, den loyalen und fachkundigen Dr. Huth. Dann kam Pfingsten, das liebevolle Fest. Schwer wiegende Entscheidungen, die bis dahin aufgeschoben worden waren, standen gleich in den ersten Tagen an.

Als erstes wurde die Trennung der verfeindeten Häuser des Theaters gegen den Widerstand des Generalintendanten beschlossen, in Großes Haus (3 Sparten) und Kammerspiele (Schauspiel). Wegen des Brandes des Großen Hauses am 20. Mai mussten aber beide Häuser in den Kammerspielen spielen dürfen. Dann formierte ich die Leitung der Museen neu, ohne Generaldirektor, der dagegen klagte, aber verlor, weil ich den Posten aufgehoben und 3 kommissarische Direktoren bestellt hatte. Eine gemeinsame Ausstellung mit Niedersachsen musste vorbereitet werden und die vielen nachgeordneten Kultureinrichtungen „sortiert“ werden.

Die Abteilung Kultur des Rates der Stadt erwies sich als ein aufgeblähter Apparat mit viel wenig beschäftigtem Personal, z.B. Kulturkabinetten in allen 4 Stadtbezirken, dazu von Stadt und Bezirk, deren Mitarbeiter jetzt fast alle übernommen werden wollten, aber: an welchem Ort und mit welchen Aufgaben? Gleichzeitig wollte ich soviel Kultur wie möglich erhalten, was im Nachhinein betrachtet auch gelang. Dennoch kam stereotyp in der Öffentlichkeit der völlig unberechtigte Vorwurf, die Kultur „ginge den Bach runter“ und die Jugendclubs würden geschlossen. Das letztere war zwar nur im Falle der Betriebsjugendclubs so, aber diese feine Unterscheidung hätte zu viel Mühe gemacht. Bei den vielen Interviews mussten die Äußerungen wohl überlegt sein, denn die Journalisten neigten zu Auslegungen bis zur Sinnentstellung, was wieder öffentliche Vorwürfe nach sich zog.

Gute und auch weniger gute Ratgeber aus Niedersachsen halfen (oder aber verunsicherten). Unser Amateurstatus, wenn auch untersetzt mit viel gutem Willen und Wollen, wurde uns im Gedankenaustausch immer wieder bewusst. Hohe Erwartungen mussten enttäuscht und Personalquerelen geschlichtet werden – was hatte ich doch in den 30 Dienstjahren als Lehrer für ein verhältnismäßig ruhiges, überschaubares und mit viel Freude an der Arbeit erfülltes Leben eingetauscht gegen Hektik, Ärger, einen 12-Stunden-Arbeitstag und ausgefüllte Wochenenden. Aber diese turbulente Zeit – und das habe ich schon damals empfunden – war die beste Zeit in meinem Leben. Was für Gestaltungsmöglichkeiten ergaben sich auf

kulturellem Gebiet für diese Stadt und welche interessanten Menschen lernte ich kennen. Der Ärger wurde oft auch durch wohlthuende Anerkennung kompensiert. Am 7. Juli begannen zwar die Schulferien und ich war durch einen Autokauf (in Hamburg, kein Trabbi!) wieder mobiler, aber Urlaub war jetzt nicht drin (na ja, 5 Tage in Hamburg, einige Ausflüge). Es war auch alles viel zu aufregend, aber jetzt wurde der „Planet Kultur“ überschaubarer.

Heute resümiere ich, dass ich in diesen Anfangsjahren natürlich auch Fehler gemacht und nicht alles durchschaut habe, aber kraft meiner Stellung und einer Portion Frechheit, jedoch mit viel Gestaltungswillen einige Weichen gestellt habe für den Erhalt kultureller Vielfalt in dieser Stadt.

Tilman Tögel, Stendal

Herbst 89 – Beginn einer neuen Zeitrechnung

Ich war sauer. Gerade hatte ich in den Westnachrichten gehört, dass sich in Schwante bei Berlin eine sozialdemokratische Partei in der DDR gegründet hat. Ich wusste davon nichts. Gerne wäre ich dabei gewesen, denn seit einigen Wochen hat auch mich diese Unruhe gepackt. Das war am 7. Oktober 1989.

Begonnen hat diese Unruhe mit denen, die sich über Botschaften den Weg in das andere Deutschland bahnen wollten. Ich wollte nicht weg, sondern hier etwas ändern. Die Regierung war alt, die Wirtschaft am Boden, die Sowjetunion scheinbar bereit, Veränderungen zuzulassen. Wenn wir nur wollten. Und ich wollte dies nicht immer Anderen überlassen. Lange Jahre hat man nur zugeschaut, seine Nische gesucht und gemeint, es hat ja sowieso keinen Zweck. Eigentlich hatte es schon etwas eher angefangen. Mehr durch Zufall bin ich am 14.3.89 im Uchtspringer Kultursaal in eine „Wahlertagung zur Beratung über die Kandidaten des Wahlkreises für den Kreistag Stendal“ geraten. Die so genannte Nominierung der Kreistagskandidaten war ein Witz. Selbst elementarste demokratische Regeln wurden nicht eingehalten, von einer völlig überforderten Sitzungsleitung einmal völlig abgesehen. Ein Blick in das DDR-Wahlgesetz zeigte mir am nächsten Tag, dass selbst gegen dieses mehrfach verstoßen wurde. Am 1.4.89 schrieb ich eine Eingabe an die Bezirkswahlkommission. Am 14.4.89 gab es mit mir eine 2 ½ -stündige Aussprache durch leitende Funktionäre des Rates des Kreises Stendal, die in einem Brief an den Rat des Bezirkes u.a. folgende Bewertung aufzeichneten: „Zur konkreten Anwendung des Wahlgesetzes wurden Herrn Tögel anhand der einzelnen Paragraphen konkrete Hinweise gegeben, die er nicht in jedem Fall akzeptierte.“ Ging auch nicht, denn die Diskussion drehte sich im Kreise. Ich sollte nicht verstanden werden, wollte nicht akzeptieren, brach dann meinerseits wegen offensichtlich unüberbrückbarer Auffassungsgegensätze das Gespräch ab, denn wegen des obligatorischen Kaffees musste ich dringend auf die Toilette. Natürlich ging ich zur Wahl, benutzte, quer durch den Saal gehend, die Kabine und war dann bei der Stimmenauszählung mit dabei. Genutzt hat es natürlich nichts.

Der Sommer 89 war heiß. Ein noch heißerer Herbst sollte folgen. Die Abstimmung mit den Füßen begann. Anfang September erhielt ich durch Bekannte den Aufruf zur Gründung des Neuen Forums und den Aufruf der Initiativgruppe „Sozialdemokratische Partei in der DDR“. Nach programmatischen Aussagen folgten die Adressen von Martin Gutzeit, Markus Meckel, Ibrahim Böhme und Arndt Noack. Klare Forderungen und vor allem das Ziel, sich in einer verbindlichen Organisationsform zusammenzufinden, ließen mich eher zum zweiten Aufruf tendieren, zumal ich mit Sozialdemokratie durch Westnachrichten gut vertraut war. Ich versuchte, zu Markus Meckel Kontakt aufzunehmen, da er als einziger der Unterzeichner in erreichbarer Nähe wohnte. Nach mehreren vergeblichen Versuchen erreichte ich ihn telefonisch und wir vereinbarten einen Termin. Ende September fuhr ich zu Markus Meckel nach Niederndodeleben bei Magdeburg. Es war eher ein unverbindliches Gespräch, mit dem Ergebnis, dass er mich über weitere Aktivitäten informieren wollte. Es war klar: Er kannte mich nicht und traute mir nicht über den Weg. Er wollte nicht riskieren, dass die Staatssicherheit zuviel von den Vorbereitungen erfuhr. Dass die Stasi von Ibrahim Böhme bestens informiert wurde,

ahnte niemand. Gleich nach der SDP-Gründung am 7.10., mein Ärger war noch nicht völlig verraucht, telefonierte ich erneut mit Markus Meckel und er bot mir an, am 14./15.10. bei einem ersten DDR-weiten Treffen des gerade gewählten SDP-Vorstandes und weiteren Aktiven in Niederndodeleben dabei zu sein.

Es war ein spannendes Wochenende. Fast der gesamte neu gewählte SDP-Vorstand war in Meckels Pfarrhaus versammelt. Martin Gutzeit, Stephan Hilsberg, Konrad Elmer, Angelika Barbe, Frank Bogisch und neben weiteren Vorstandsmitgliedern noch 10 – 15 engagierte Neu-SDP-Mitglieder. Warum Ibrahim Böhme nicht dabei war, weiß ich heute nicht mehr. Steffen Reiche (später Minister im Land Brandenburg) nutzte einen Privatbesuch bei seiner Großmutter im Westen, um für die SDP zu werben. Am Sonntagmittag verfolgten wir in Meckels Wohnzimmer seinen Auftritt bei Werner Höfers „Internationalen Frühschoppen“.

An Schlaf war kaum zu denken. Heftig wurde diskutiert, ob und in welcher Form der DDR-Regierung die Parteigründung offiziell mitgeteilt werden sollte, welche Strukturen aufgebaut werden mussten und welche speziellen ostdeutschen Themen in die SDP-Programmatik Eingang finden müssen. Lange wurde über das Wort „Sozialismus“ diskutiert. Hauptforderungen aber waren Rechtsstaatlichkeit, Gewaltenteilung, Versammlungsfreiheit, parlamentarische Demokratie und Parteienpluralität, die es jedem Bürger erlauben, ohne Angst seine Meinung öffentlich zu vertreten. Soziale Marktwirtschaft, Streikrecht, unabhängige Gewerkschaften, Religionsfreiheit, Gleichberechtigung von Frauen, Wehrersatzdienst, Ökologie und Pressefreiheit waren weitere uns heute selbstverständlich erscheinende Forderungen. Damals waren diese Forderungen Wunschdenken!

Andere Forderungen sind es heute noch: Entmilitarisierung der Gesellschaft und des Gebietes der DDR, Schaffung einer europäischen Friedensordnung, in der Warschauer Vertrag und NATO überflüssig sind, gerechter Handel mit Entwicklungsländern und Solidarität mit unterdrückten Völkern und Minderheiten.

Martin Gutzeit hatte einen Computer mit. Für damalige Verhältnisse ein recht leistungsfähiger Rechner aus dem Westen samt Nadeldrucker. Da ich der Einzige war, der leidlich Maschine schreiben konnte, saß ich bis tief in die Nacht am Computer und schrieb Adressenlisten, ein Kurzprogramm und andere Papiere, die gleich hektographiert (diese lilafarbenen, nach Spiritus riechenden Vervielfältigungen) allen Anwesenden in größerer Anzahl mit in ihre Heimatorte gegeben wurden. Auch einen Aufruf zur Gründung unabhängiger Gewerkschaften schrieb ich ab, der am 17.10.89 im „VEB Geräte- und Reglerwerk Wilhelm Pieck“ in Teltow verteilt wurde.

Mit Sicherheit wurde auch dieses Treffen von der Stasi überwacht. Keiner wusste, was passiert, wenn wir wieder nach Hause fahren würden. Aber in unserer euphorischen Stimmung machten wir uns darüber keine Gedanken. Mir ist auch nicht bekannt, dass einer der Teilnehmer Schwierigkeiten bekam.

Nach diesem Wochenende nahm ich für mich in Anspruch, im Norden des Bezirkes Magdeburg das erste SDP-Mitglied zu sein. Als Aufgabe nahmen wir mit, Gleichgesinnte zu finden und eine Parteistruktur aufzubauen. Dies war nicht ganz einfach, da wir als Neugründung weder über Büros oder Versammlungsräume verfügten, noch hauptamtliche Mitarbeiter oder in Organisation und Pressearbeit erfahrene Mitglieder hatten. Staatliche Institutionen, Zeitungen, selbst die Kirchen

waren verunsichert, was sie genehmigen bzw. unterstützen konnten oder durften. Damals arbeitete und wohnte ich in Uchtspringe (Kreis Stendal) im dortigen Krankenhaus. Die Aufgeschlossenheit der damaligen Klinikleitung, insbesondere des damaligen Ärztlichen Direktors Dr. Gottfried Tuchscheerers, ermöglichte mir schon zu einem sehr frühen Zeitpunkt eine politische Betätigung.

Zuerst sprach ich Kollegen und Bekannte an. Es dauerte auch nicht lange, da meldeten sich die ersten Interessenten per Post. Erstaunt war ich darüber, dass sich einige Bekannte, mit denen eigentlich immer Einigkeit über die Ablehnung des Systems bestand, plötzlich in völlig anders orientierten Oppositionsgruppen fanden. Nach einigen Vorgesprächen gründete sich am 10. November 1989, einen Tag nach dem Fall der Berliner Mauer, in meinem damaligen Büro in der „Technischen Leitung“ der SDP-Ortsverband Uchtspringe. Am 15.11. teilte ich dies offiziell dem dortigen Rat der Gemeinde mit. Das war also der erste SDP-Ortsverein in der Altmark! Anwesenheitslisten, Protokolle oder ähnliches darüber besitze ich nicht mehr. Da es noch keine weiteren Ortsvereine gab, waren am Anfang auch Stendaler in Uchtspringe Mitglied. Außer einigen Uchtspringern sind mir als Gründungsmitglieder Reiner Instenberg, Gerhard Miesterfeldt und Pfarrer Rufried Maurer aus Letzlingen in Erinnerung. Neben Forderungen, die wir für eine Betriebsversammlung des Krankenhauses am 17.11.89 formulierten, waren wir insbesondere an einem schnellen Aufbau der Parteistruktur interessiert. Deshalb erweiterten wir unser Betätigungsfeld und nahmen als „Initiativgruppe des Kreises Stendal und Gardelegen zur Gründung der Sozialdemokratischen Partei (SDP)“ aktiv die Vorbereitungen für die Gründung eines Kreisverbandes in Angriff.

Ein Termin jagte den anderen. Am 18.11.89 gründete sich der SDP-Regionalverband in Magdeburg. Viele Altmärker waren unter den Erstunterzeichnern. Die Begrüßungsrede hielt ein Mann, der sich heute nicht mehr vorstellen muss. Er begann seine Rede mit folgenden Worten: „Mein Name ist Dr. Wilhelm Polte ...“. Zur Vorbereitung der Gründung des Regionalverbandes und dann als Vorstandsmitglied fuhr ich regelmäßig nach Magdeburg und Niederndodeleben. Die Sitzungen dauerten unendlich lange. Unerfahren in Demokratie wie wir waren, erarbeiteten wir uns mühsam jeden Satz und jede Geschäftsordnungsregelung. Wenig ist mir davon in Erinnerung. Eingepägt hat sich mir eine Sitzung in der Kellerbar von Willi Polte und eine Begegnung, als ich kurz nach Mitternacht auf der Heimfahrt war. Zwischen Lüderitz und Dolle, mitten auf der Heidehochfläche begegneten mir ein DDR-Militär-Lkw und ein Kranwagen, die beide auf einen Weg in das Truppenübungsplatzgelände einbogen. Und dies bei strömenden Regen. Ich habe kurz gezögert und überlegt umzukehren, um zu ergründen, wo die Fahrzeuge hinwollten, war aber dann doch zu ängstlich dem Lkw zu folgen. Bis heute bin ich der Meinung, dass die gähnende Leere, die bei der Besetzung der MfS-Kreisdienststelle Anfang Dezember in Stendal vorgefunden wurde, auch darin eine Ursache hat! Neben anderen Demonstrationszügen hat die Besetzung der MfS-Kreisdienststelle in der damaligen Thälmannstraße einen besonders starken Eindruck bei mir hinterlassen. Das Gebäude war dicht von Protestierenden Stendalern umlagert, und es gab kaum ein Durchkommen. Im Innern des Gebäudes waren die Mitarbeiter der Dienststelle versammelt, die sich nicht trauten, durch die aufgebrauchte Menge hindurch das Gebäude zu verlassen. Es folgten Verhandlungen, an denen maßgeblich Dr. Manfred Urban vom Neuen Forum und Probst Eberhard Schmidt beteiligt waren. Dr. Volkmar Lischka, Arzt aus Uchtspringe und Vertreter der SDP des Bezirkes Magdeburg am zentralen Runden Tisch zur Auflösung des MfS/AfnS,

versuchte, die Menge zu beruhigen, um den Stasimitarbeitern ein gefahrloses Verlassen des Gebäudes und damit dessen Übergabe zu ermöglichen.

Nach der Maueröffnung am 9. November änderte sich das Leben radikal. Samstags fiel die Schule aus, da fast alle Familien das Wochenende nutzten, um in den Westen zu fahren, Verwandte oder Bekannte zu besuchen oder einfach nur die Orte zu sehen, deren Namen man meist nur aus den Verkehrsdurchsagen des NDR kannte. Die Menschen standen in den grenznahen Orten Schlange, um 100,00 DM Begrüßungsgeld zu bekommen. Bei der Öffnung des provisorischen Übergangs Zicherie-Böckwitz warteten begeisterte Niedersachsen auf uns Altmärker und reichten für die Kinder Schokolade, Obst und Spielsachen durch die Autofenster. Eine besondere Kuriosität gab es bis Mitte Dezember '89: DDR-Bürger konnten seit dem Mauerfall eigentlich problemlos in den Westen fahren. Die eigentlich notwendigen Stempel in den Personalausweisen wurden kaum kontrolliert. Bundesbürger allerdings, mussten die gleiche Beantragungsprozedur durchlaufen wie vor dem Mauerfall. Es war für sie also praktisch unmöglich, kurzfristig in den Osten zu fahren, außer sie hatten bereits ein Visa für den so genannten „kleinen Grenzverkehr“. Dies war auch der Grund dafür, dass am 4. Dezember 4 Vertreter des Regionalvorstandes unter Führung von Willi Polte (Markus Meckel war kurzfristig verhindert) nach Hannover zum Niedersächsischen Landtag fuhren, um Gespräche mit der SPD und den Grünen zu führen. Die getrennten Gespräche mit den damaligen Fraktionsvorsitzenden Johannes Bruns (SPD) und Jürgen Trittin (Grüne) waren völlig unterschiedlich. War der eine eher hanseatisch korrekt, ging es bei dem anderen locker und unkonventionell zu. Ein für mich wichtiges Ergebnis brachte dieser Tag: Ich vereinbarte mit Jürgen Trittin die Bildung einer Arbeitsgruppe zur Begleitung des bereits damals geplanten Baus der Schnellbahnverbindung Hannover-Stendal-Berlin. Einen Monat später, am 5. Januar 1990, traf sich diese Gruppe, knapp 15 Leute aus Niedersachsen, den Bezirken Magdeburg und Potsdam, das erste Mal in Uchtspringe. Bereits damals forderten wir:

1. den Verkehrserhalt aller Fernzüge in Stendal,
2. die Einhaltung der Umweltverträglichkeit schon in der Bauphase und
3. den Ausbau des Nahverkehrs.

Erstauen bei den Westkollegen der Gruppe rief hervor, dass wir eine hohe Akzeptanz und Einflussmöglichkeit bei den Verantwortlichen der Reichsbahn erreichten. Diese konstruktive Zusammenarbeit währe allerdings nur solange, bis die leitenden Reichsbahnplaner feste Arbeitsverträge mit der Planungsgesellschaft Schnellbahnbau (PGS) in der Tasche hatten.

Am 4. Dezember 1989 fand noch ein weiteres Treffen statt. In Stendal trafen sich in den Räumen der katholischen St.-Annengemeinde am Mönchskirchhof interessierte Stendaler zur Gründung eines Stendaler SDP-Ortsvereins. Der Raum war überfüllt und viele der Anwesenden unterschrieben die Gründungsurkunde, die leider nur noch in Kopie vorhanden ist, da das Original bei einem Einbruch entwendet wurde. Am gleichen Abend wurde Reinhard Weis zum Vorsitzenden gewählt, der dann bis zu seiner Wahl in die erste (und letzte) frei gewählte Volkskammer am 18. März 1990 diese Funktion wahrnahm.

Ein besonders beeindruckendes Ereignis brachte der 19. Dezember. Kurzfristig war der SPD-Bundesparteitag nach Berlin verlegt worden. Auf der Rückfahrt von Berlin machte Willy Brandt in Magdeburg Station. Zum ersten Mal erlebte ich die geballte

Masse der Medien. Der Regionalvorstand, dessen Mitglied ich war, hatte Gelegenheit, vor der Kundgebung auf dem Domplatz intern mit Willy Brandt und seinen damaligen, uns fast völlig unbekanntem, Begleitern ein internes Gespräch zu führen. Dies fand im Roncallihaus in Magdeburg statt. Der Eingang war dicht von Fernsehteams und Fotografen belagert, als Willy Brandt mit Markus Meckel, Gerhard Schröder und Rudolf Scharping (damals beide Oppositionsführer in Niedersachsen bzw. Rheinland-Pfalz) von Willi Polte begrüßt wurden. Erstaunlich, wie geistig rege dieser große alte Mann war. Ohne erkennbare Probleme meisterte er die Hektik, war er in der Lage, teilweise gleichzeitig gestellte Fragen gut durchdacht zu beantworten. Erstaunlich auch die körperliche Leistungsfähigkeit, mit der er die folgende Kundgebung durchstand.

Damit ging ein ereignisreiches Jahr zu Ende. Niemand hätte zu Beginn des Jahres 1989 geglaubt, welche Entwicklung die DDR nehmen würde, zu welchen Aktivitäten die Bürger in der DDR fähig sind. Ein solch radikaler gesellschaftlicher Wandel, friedlich und ohne einen Tropfen Blut zu vergießen, war einmalig in der deutschen Geschichte.

Die Weihnachtsfeiertage ließen uns ein wenig Luft holen. Es begann ein neues Jahr voller politischer Entscheidungen. Hoffnung, Erfolg und Enttäuschung lagen dicht beieinander. Ein Ereignis, ein Termin oder eine Wahl folgte der anderen.

Johannes Rau war, als er am 8.2.90 – im strömenden Regen – vom Balkon des Stendaler Rathauses zu tausenden Altmärkern sprach, fasziniert von der Begeisterung, die ihm die Menschen auf dem Marktplatz entgegenbrachten, und wir waren voller Hoffnung auf gute Wahlergebnisse.

Am 10.2.90 wurde ich auf einem Kreisparteitag in Uchtspringe zum SPD-Kreisvorsitzenden gewählt, hatte damit die Verantwortung für die Vorbereitung und Kandidatenfindung für die Volkskammer- und Kommunalwahlen, für den weiteren Aufbau der Struktur und Organisation. Die bei den Volkskammer-, Kommunal-, Landtags- und Bundestagswahlen 1990 erreichten Ergebnisse für die SPD entsprachen nicht den Erwartungen. Nie hätte ich gedacht, dass sich das politische System im Osten Deutschlands so schnell an das der Bundesrepublik anpasst, dass die Menschen ihre Entscheidung nach oberflächlichen Slogans oder billiger Wahlwerbung treffen. Aber nach dem Fall der Mauer, der Währungsunion und der staatlichen Einheit war das politische Interesse der großen Masse genauso schnell erloschen, wie es im Herbst 89 aufgeflammt war. In der Altmark hatten wir trotzdem einige Erfolge. Reinhard Weis und Volker Stephan wurden in die Volkskammer gewählt. Gerhard Miesterfeldt wurde Stellvertreter des Landrates und Karl-Heinz Reck (Salzwedel) sowie mir gelang der Einzug in den Landtag.

Es war eine großartige Erfahrung, aktiv an solchen gesellschaftlichen Veränderungen mitwirken zu können, als politisch Ungeübter im Oktober 90 in den Landtag gewählt zu werden, plötzlich an wichtigen Entscheidungen beteiligt zu sein, eigene Vorstellungen in die Politik einzubringen und damit Verantwortung zu übernehmen. Eine neue Zeitrechnung hatte begonnen.

Rosemarie Hajek, Wittenberg

SPD-Geschichte in der Region Wittenberg, Roßlau und Coswig

Am 4. Dezember 1989 gründeten 11 Männer und Frauen aus Wittenberg und Umgebung eine SPD-Basisgruppe im „Hans-Heinrich-Frank-Club“.

Der Gründungsort, auch „Klub der Intelligenz“ genannt, war gleichzeitig der Versammlungsort der Aquarianer/Terrarianer im Kulturbund der DDR, eine der wenigen Nischen im System. Sieben Gründungsmitglieder gehörten diesem Verein an. Der Vorsitzende war Hans-Werner Rudloff.

Wir kannten uns schon seit Jahren. Uns einte das Ziel, das Herrschaftsmonopol der SED zu brechen, mitzubestimmen und einen Neuaufbau zu organisieren. Ich sehe uns noch im August 1989 mit Hans-Werner und Mathias Keller (Zoohändler und Aquarianer) in Pülzig im Garten sitzen, darüber philosophierend, wie wir leben wollten und was uns daran hinderte. Wie könnte es uns gelingen, mit unserer Stimme Einfluss auf Entscheidungen zu bekommen?

Wir wollten über einen „verbesserten Sozialismus“ der Bürgerbewegungen hinaus und fühlten uns durch den Wunsch nach Demokratie noch fester miteinander verbunden. Vor allem, wir wollten im Land bleiben.

Es gab nur eine Alternative, mit Gleichgesinnten eine demokratische Partei in der Region zu gründen.

Die Thesen im SDP-Grundsatzpapier, das wir seit Oktober 89 bei den Montagsdemos in Leipzig verteilten, kamen unseren Vorstellungen am nächsten. Und so gründeten wir, dem Aufruf von Martin Kölz aus Halle folgend, die SPD-Basisgruppe und wählten Hans-Werner Rudloff zu unserem Vorsitzenden.

Mit Wut im Bauch, geballten Fäusten, aber einem klaren Kopf überwandern wir unsere Angst, übten den aufrechten Gang und die freie Rede, eigneten uns nach 56 Jahren Diktatur, in der die SPD verboten war, das Rüstzeug einer Demokratie an.

Unsere erste öffentliche Veranstaltung im Kulturhaus „Maxim Gorki“ war ein voller Erfolg. Sogar in der Presse wurden wir wahrgenommen. Gestärkt und selbstbewusster gingen wir an unsere nächsten Aufgaben.

Eine Parteistruktur musste aufgebaut werden, um unter anderem die Teilnahme der SPD an den „Runden Tischen“ zu legitimieren.

Die nun existente Basisgruppe hatte das Ziel, die Grundlage für die Gründung von Kreisverbänden und Ortsvereinen zu schaffen.

So entstanden innerhalb weniger Wochen die Kreisverbände Wittenberg (1. Vorsitzender Hans-Werner Rudloff) und Roßlau (1. Vorsitzender Klaus Hajek) und Ortsvereine, so der SPD-OV Coswig unter Vorsitz von Reiner Bütow, der OV Roßlau, Vorsitzender Horst Pfefferkorn, der OV Roßlau Land, Vorsitzende Rosemarie Hajek, und der OV Wittenberg unter Vorsitz von Hans-Werner Rudloff.

Wenige Wochen haben damals das Leben völlig verändert. Die Gründerzeit, die Zeit des Aufbruchs war für viele von uns die glücklichste, die am intensivsten gelebte, wenn auch anstrengendste Zeit unseres Lebens.

Vor 20 Jahren fielen Anfang und Ende zusammen.

Fast vergessen ist die Zeit des blauen Ormigabzugs, des vielfach abgeschriebenen SPD-Grundsatzpapiers auf der Schreibmaschine, das Verteilen der Papiere in Wittenberg, Roßlau, Coswig und Leipzig, das Treffen an Küchentischen, in Kirchen und Hinterhöfen.

Viele von uns haben in den ersten Monaten Aufgaben übernommen, über die sie selbst hinauswuchsen und haben ungeahnte Fähigkeiten freigesetzt.

In den Landkreisen Wittenberg, Roßlau (später Anhalt/Zerbst) war die SPD stets eine wichtige politische Kraft in den Parlamenten auf Kreis- und Ortsebene. In zahlreichen Kommunen standen 1990 SPD-Bürgermeister an der Spitze, so Eckhard Naumann in Wittenberg, Manfred Ertelt in Coswig, Gisela Gebauer in Cobbelsdorf, Erich Ziemer in Serno oder Sabine Beichel in Jeber-Bergfrieden. Dieses war damals unser Ziel. Wir haben uns früh auf den Weg gemacht, uns organisiert, unsere Stimme erhoben und manche sind dabeigeblichen.

Mitglieder der „Ersten Stunde“

- Hans-Werner Rudloff: Erster Sprecher der SDP-Basisgruppe Wittenberg, Erster Vorsitzender des KV Wittenberg, 2009: Invalide.
- Klaus Hajek: Erster Vorsitzender des KV Roßlau (3.3.1990) und 1. Vorsitzender des KV Anhalt-Zerbst (9.7.1993). Er war seit 1990 bis zur Auflösung des LK stellv. Landrat, 2009: Beamter in der KV Wittenberg.
- Manfred Ertelt: Gründungsmitglied des OV Coswig und 1990 zum Bürgermeister von Coswig gewählt, 2009: nicht mehr berufstätig.
- Wilfried Freidank: Herausgeber der „Coswiger Zeitung“, Gründungsmitglied der SDP-Basisgruppe, 2004 verstorben.
- Horst Pfefferkorn: Erster Vorsitzender des OV Roßlau, nicht mehr berufstätig.
- Rosemarie Hajek: 1990 Mitglied der Volkskammer und Mitglied des Landtages von Sachsen-Anhalt, SPD-Ortschaftsrätin in Cobbelsdorf, nicht mehr berufstätig.
- Gerd Jungmann: Gründungsmitglied des OV Coswig, seit langem Vorsitzender des OV Coswig, nicht mehr berufstätig.
- Ulrich Köhler: Gründungsmitglied des OV Roßlau, dessen langjähriger Vorsitzender und Stadtratsvorsitzender in Roßlau, nicht mehr berufstätig.
- Reiner Bütow: Erster Vorsitzender des OV Coswig, gewählt am 08.02.1990, Gründungsmitglied des OV Coswig, nicht mehr berufstätig.

Alle hier erwähnten Initiatoren der „Ersten Stunde“ sind dabeigeblichen, haben Verantwortung übernommen und sind fast alle Mitglieder der SPD.

Chronik der Altkreise Anhalt/Zerbst und Wittenberg

Oktober 1989	Teilnahme an den Montags-Demos in Leipzig, Verteilung des Statuts der SDP
04.12.1989	Konstituierende Sitzung der SDP-Ortsgruppe Wittenberg Roßlau
16.12.1989	Aufruf von Martin Kölz aus Halle, Basisgruppen zu gründen und Delegierte zur 1. Tagung des Koordinationsausschusses am 6.1.1990 zu schicken
20.12.1989	Erste öffentliche Veranstaltung der SDP im Kulturhaus „Maxim Gorki“ in Wittenberg
27.12.1989	Erste Mitgliederversammlung der SDP Basisgruppe Roßlau
29.12.1989	Erste Zusammenkunft des „Runden Tisches“ in Roßlau
04.01.1990	Gründung des SDP-Kreisverbandes Roßlau in der Pülziger Gaststätte
10.01.1990	„SDP zur deutschen Frage“, MZ-Artikel und Flugblatt von Hans-Werner Rudloff, Str. der Neuerer 201, Wittenberg, Erster Sprecher der SDP Kreis Wittenberg
12.01. – 14.01.1990	Delegiertenkonferenz der SDP in Berlin, Teilnahme Klaus Hajek
03.03.1990	Erste Delegiertenkonferenz des SPD-KV Roßlau im Volkshaus Coswig – Klaus Hajek 1. Vorsitzender des KV
a..1990	Wahlen zur Volkskammer – Kandidatin: Rosemarie Hajek
09.07.1993	Gründungsparteitag des Kreisverbandes Anhalt-Zerbst der SPD in der Villa „Musik und Kunst“ in Zerbst
03.12.1999	Feier „10 Jahre SPD“ in Wittenberg (Schlosscafe)

Gründungsgeschichte des Ortsvereins und Kreisverbandes (Unterbezirk) Quedlinburg

In Vorbereitung dieses Berichtes gingen meine Gedanken häufig zurück in den Herbst 1989. In meinen Erinnerungen steht die Freude über die unblutige Revolution eindeutig im Vordergrund.

Unvergessen ist der Abend des 9. November, als die Nachricht von der Maueröffnung über die Medien verbreitet wurde. Es war unser Sportabend und nach dem die Meldung bekannt wurde, war an Volleyballspielen natürlich nicht mehr zu denken.

Zuerst unfassbar - und die Sorge, die Stasi würde das nicht so hinnehmen -, dann überwältigend.

Es setzte eine Eigendynamik ein, die in nie für möglich gehaltenem Tempo zur staatlichen Vereinigung führte. Diese Dynamik wurde durch Versprechen West, wie auch Erwartungen Ost beschleunigt.

In der damals herrschenden Euphorie war für Skepsis und Nüchternheit wenig Platz. Ich erinnere mich, dass in den zahlreichen Zusammenkünften zur Wiedergründung der SDP/SPD die Spannung körperlich fühlbar war.

Ein starker Wille, unsere Errungenschaft der demokratischen Mitbestimmung beim Um- und Ausbau des neuen Staates zu nutzen, beherrschte die Gründungsmitglieder.

So wurden am 05.12.1989 der SDP-Ortsverein Quedlinburg und der SDP-Kreisverband Quedlinburg als Einheit gegründet.

Am 30.01.1990 fand die 1. Kreisdelegiertenkonferenz statt. Hier kam es dann zur Trennung in Ortsverein und Kreisverband. Die Frauen und Männer der ersten Stunde waren unter anderem:

Willi Koch, Ehrenvorsitzender (später), Pfarrer Georg Reißmann, Ute Claus, Bernhard Claus, Rolf Toepke, Hans-Joachim Scherlach, Rainer Kersten.

Dank allen Mutigen der Wendezeit! Es war eine Zeit des Kommens und Gehens, aber auch des Findens.

Da gab es Namen wie

Jörg Hasenheyer, der bald zur CDU wechselte,

Andreas Golemba, der 1. Kreisvorsitzende, der vor der Wende aus Leipzig auftauchte und genauso plötzlich verschwand. Es gab aber auch viele, die nach der Zeit der Besinnung zu uns kamen und heute noch bei uns sind.

Hans-Joachim Scherlach amtierte dann bis zur Neuwahl als 1. Kreisvorsitzender.

Am 16.09.1990 erhielt Ernst Franke vom Ortsverein Güntersberge das Vertrauen der Mitglieder des Kreisverbandes.

Im Herbst 1992 wurde ich als Vorsitzende des nach westdeutschem Vorbild neugebildeten Unterbezirk Harz gewählt, der aber bald wieder umstrukturiert und in die späteren Kreisverbände untergliedert wurde.

Anfangs riss man uns die Flugblätter aus den Händen. Doch nachdem Mitte Januar 1990 Oskar Lafontaine warnend den Finger hob, wendeten sich viele Menschen der CDU zu: „Die CDU, die hat das Geld.“ Aus heutiger Sicht („schwarze Kassen“!) können wir sagen, die Wähler wussten gar nicht, wie recht sie hatten.

Diese geschilderten Ereignisse dürfen nicht darüber hinweg täuschen, dass hier eine neue Partei organisatorisch bei Null anfang. Wir konnten uns nicht auf festgefügte Strukturen stützen, wie die so schnell gewendeten Blockparteien. Große Unterstützung gab es aus Celle: Infos über Parteiarbeit, Material, wie Papier, und vor allem einen Kopierer. In den Erzählungen der Gründungsmitglieder werden besonders die Aktivitäten von Franz-Dieter Fuchs hervorgehoben.

20 Jahre sind ein guter Anlass für einen Rückblick und auch einen Ausblick. Uns wird sehr schnell klar, dass 20 Jahre nach der Wiedergründung unserer Partei die Freude und Euphorie von damals auch ins Verhältnis gerückt werden muss zu den Problemen und den Ängsten von heute.

Es ist ungemütlicher und konfliktreicher geworden. Mit billigem Benzin ist es aus. Und die einst bestaunten Parlamentsdebatten haben ihre Faszination verloren. Die Menschen erleben sich als Kostenfaktor. Und das Schlimmste für viele: die Entwicklung scheint unbeeinflussbar.

Der Begriff „Perspektivlosigkeit“ macht die Runde, bedingt vor allem durch die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit. Das gesellschaftliche Klima wird neben dem Aufbauwillen, der vielerorts jetzt zu spüren ist, geprägt durch Individualisierung, Entsolidarisierung und Demokratieskepsis.

Diese Stimmungslage darf aber keinesfalls den Blick trüben. Wir müssen die enormen Fortschritte registrieren, die in den vergangenen Jahren erreicht worden sind. Unsere Städte und Dörfer haben ein neues Kleid erhalten, die Infrastruktur entwickelt sich. Und wir konnten mitgestalten. Als Beispiele kann ich die Entwicklung des wirtschaftlichen und touristischen Zentrums in Harzgerode nennen oder den Einsatz vor Ort für eine Landesgartenschau.

Der SPD-Kreisverband hat die vielfältigsten Felder belegt. Er hat diesbezüglich Veranstaltungen organisiert, Kontakte zu den Bürgermeistern der Kommunen aufgebaut, um sich ihrer Probleme anzunehmen. Aber wir haben es auch verstanden zu feiern – hier möchte ich nur an das Brückenfest in Quedlinburg mit Renate Schmidt als Gast erinnern.

Ziel muss es sein, unsere Ortsvereine weiter zu stärken. Sie sind unser Fundament. Hier ist Politik zum Anfassen möglich.

Die SPD stellte und stellt: Bürgermeister, eine nicht unerhebliche Zahl an Gemeinde- und Stadträten, eine starke Kreistagsfraktion, die Stadtratsvorsitzenden in Quedlinburg und Ballenstedt, den Kreistagsvorsitzenden in der zweiten Legislaturperiode, Landräte, Bundestags- und Landtagsabgeordnete. Das sind gute Voraussetzungen für die Verwirklichung unserer Ziele.

Wenn wir von den Menschen bei uns erwarten, dass sie sich einmischen, müssen wir ihnen eine Perspektive geben. Das Trennende ist weniger Ost und West, Arme oder Reiche. Der Riss, der durch unsere Gesellschaft geht, trennt die, die Arbeit haben von denen, die arbeitslos sind.

Die Veränderungen der vergangenen 20 Jahre waren immens. Ich nenne nur die Stichworte Wandel der Arbeitszeit, Reform der sozialen Sicherungssysteme, Reform des Steuersystems.

Unsere demokratische Gesellschaft muss in der Lage sein, sich selbst zu erneuern. Diese Veränderungen müssen transparent gemacht werden. Wir stoßen immer wieder auf massive Widerstände, wenn wir die Menschen zu spät oder gar nicht in die Entscheidungsprozesse einbeziehen. Die Chance des Wandels besteht. Und die Verpflichtung, dabei mitzutun. Diese Verantwortung müssen wir transportieren. Erfolgreich werden wir nur sein, wenn es um Inhalte statt um Personen geht, wenn die Menschen in Ost und West diese Veränderungen gemeinsam und in Einheit angehen.

Ergänzung zu Bianka Kachel:

Hans-Joachim Scherlach/**Gedächtnisprotokoll**

(Anmerkung Dr. Fikentscher: Das Beispiel zeigt, wie schwer es heute bereits ist, Fakten von damals festzuhalten.)

Um den 20.10.1989 erstes Treffen im Jugendclub Kleers in Quedlinburg und Einwohnern des Kreises, die an einer Veränderung in der DDR interessiert sind und gleichzeitig Sympathisanten der SPD sind.

Ende Dezember 1989 ca. 250 registrierte Mitglieder (nach meiner Erinnerung)

06.01.1990 großes Stadtfest in Quedlinburg. Einladungen ergingen an viele Orte im benachbarten Westgrenzgebiet.

Erste Kontakte zum SPD-Ortsverein Celle.

Das Stadtfest sollte ein Dankeschön an die Bewohner des westlichen Grenzgebietes für die freundliche Aufnahme in westdeutschen Orten nach dem Mauerfall sein.

Mitte Januar 1990 Treffen der SPD des Kreises mit dem SPD-Ortsverein Celle in einer Heimschule bei Celle (Freitag – Sonntag):

1. Schulung für SPD-Mitglieder.
2. Samstag großes Freundschaftsfest mit Unterstützung durch den Ortsverein Celle werden Flugblätter und Handzettel gedruckt und in Quedlinburg verteilt.

30.01.1990: Im Kreisbetrieb für Landtechnik findet eine öffentliche Gründungsversammlung des SPD-Ortsvereins Quedlinburg statt:

Jörg Hasenheyer, 1. Ortsvorsitzender, Georg Reißmann, 2. Ortsvorsitzender.

Gründung des SPD-Kreisverbandes:

Andreas Golemba, 1. Vorsitzender, Hans-Joachim Scherlach, 2. Vorsitzender, Harald Toepke, Geschäftsführer (April).

Große Aktivitäten des Kreisvorstandes zur Gründung weiterer Ortsvereine im Kreisgebiet, besonders in: Ballenstedt, Westerhausen, Königeroode, Timmenrode, Neudorf.

Anfang bis Mitte März 1990: Jörg Hasenheyer tritt aus der SPD aus (ging zur CDU).

Mitte April 1990: Andreas Golemba verschwindet. H.-J. Scherlach führt als stellvertretender Vorsitzender die Geschäfte. 14.07.: H.-J. Scherlach wird zum amtierenden Vorsitzenden vom Kreisvorstand gewählt.

Februar 1990: H.-J. Scherlach vertritt den Kreis Quedlinburg auf dem Parteitag in Leipzig.

Birgit Voigt und H.-J. Scherlach wurden durch den Parteitag in Halle Anfang Februar als Beisitzer in den Bezirksvorstand Halle gewählt.

Bei den Kommunalwahlen kann die SPD 22 % der Stimmen im Kreisgebiet auf sich vereinen. H.-J. Scherlach wird Vorsitzender der SPD-Kreistagsfraktion. Auf dem konstituierenden Kreistag fällt der Landratskandidat der CDU/FDP Jörg Hasenheyer durch. SPD-Kandidat Hosbach wird zum Landrat gewählt. Nach 4 Wochen gibt er auf und tritt zurück. Nachfolger wird Herr Mahlo.

August 1990: Landesparteitag in Quedlinburg. Vereinigung der Bezirke Magdeburg und Halle zur SPD Sachsen-Anhalt.
H.-J. Scherlach wird in den Bundesparteirat gewählt.

Ernst Franke wird Ende September Kreisvorsitzender.

Friedel Meinecke, Bernburg

Neugründung der SPD in Bernburg

Wie war das vor nunmehr 20 Jahren mit der Neugründung der SPD in Bernburg? Wer kann Auskunft geben, wer hat eventuell noch Unterlagen aus dieser Zeit? Nachdem ich einige Ereignisse aus dem Herbst 89 recherchiert habe, gehen meine Gedanken zurück in diesen besonderen Herbst.

Was ist alles geschehen, wie erinnere ich mich persönlich an diese Ereignisse?

Im Juli 1989 war ich zu einem Verwandtenbesuch in der Bundesrepublik. Er herrschte ja „Tauwetter“ im Rahmen des Helsinki-Prozesses. Verwandtenbesuche waren für Verwandte ersten Grades möglich geworden.

Ich hatte mir eine Gastritis eingefangen, musste einige Tage das Bett hüten, konnte nicht zum vorgeschriebenen Termin zurückfahren.

Also Anruf bei der Ständigen Vertretung der DDR in Bonn und die Umstände geschildert. Ergebnis: So freundliche Leute hatte ich noch gar nicht erlebt: Aber natürlich sollte ich mich vor der Rückreise ordentlich auskurieren, man würde auch das VPKA Bernburg informieren, dass ich erst später mich zurückmelden könne. Aber selbstverständlich werden sich aus dieser Verspätung keinerlei Nachteile ergeben.

Mit der Benachrichtigung der Familie zu Hause war das schon ein bisschen schwieriger, denn ein Telefon war ja nicht vorhanden.

Auskuriert sind wir dann im August in den Urlaub in die Slowakei zum Wandern gefahren, nicht nach Ungarn. Wir hatten zwar davon gehört, dass es ein Loch im Zaun gab, dass in den Botschaften Ausreisewillige festsaßen. Wir wollten aber bleiben.

Im September 1989 bekam ich Besuch aus Berlin. Mein alter Wander- und Bergsteigerfreund Christian Schultze aus Berlin, mit dem ich schon einige Touren durch Rumänien gemacht hatte, besuchte mich, und wir machten dann gemeinsam eine Tour über den Hohnerücken mit entsprechendem Brockenblick.

Christian erzählte mir dann, dass es in Berlin Leute gibt, die sich zusammenschließen. In diesem Zusammenhang fiel das erste Mal der Begriff Neues Forum. Er hätte bereits dort unterschrieben und wollte wissen, wie ich dazu stehe.

Aber bald überschlugen sich die Ereignisse: Zuerst die Friedensgebete in Leipzig und die Demonstrationen danach, die Ereignisse in Dresden bei der Zugdurchfahrt der Botschaftsflüchtlinge aus Prag nach Hof. Heute bedauere ich es, damals kein Tagebuch geführt zu haben.

Jetzt habe ich in den Lokalausgaben Bernburg der „Freiheit“ des Herbstes 89 recherchiert und musste feststellen, die Friedensgebete vom 23.10. in der Martinskirche und am 27.10. in der Kirche Sankt Bonifatius habe ich nicht wahrgenommen. Erst am 30.10. habe ich gemerkt, die Protestwelle ist auch in Bernburg angekommen.

Das entscheidende Ereignis war für mich aber der Dialog am 03.11. auf dem Marx-Engels-Platz. Hier kann ich mich sogar noch an Einzelheiten erinnern.

Am 21.12.89 erschien in der Lokalausgabe der „Freiheit“ folgender Artikel:

„SDP jetzt auch in Bernburg

Bernburg. Am 14. Dezember 1989 fand in Bernburg die Gründung des Ortsvereins der SDP statt. Zahlreiche politisch interessierte und den sozialdemokratischen Ideen nahestehende Bernburger Bürger unterzeichneten die Gründungsurkunde.

Die SDP versteht sich als eine demokratische Partei, welche für alle Schichten der Bevölkerung offen ist. Die Parteiarbeit beruht auf der von der Basis ausgehenden und alle Ebenen von dorther bestimmenden innerparteilichen Demokratie.

Unsere Partei steht in der 125-jährigen Tradition der deutschen Sozialdemokratie und betrachtet sich als Schwesterpartei der SPD in der Bundesrepublik.

Die SDP tritt für eine parlamentarische Demokratie und Parteienpluralität ein.

Es wird eine ökologisch orientierte soziale Marktwirtschaft mit gemischter Wirtschaftsstruktur und unterschiedlichen Eigentumsformen angestrebt.

Wir sind für die Einigung der deutschen Staaten und Europas, jedoch gegen einen sofortigen Anschluß der DDR an die Bundesrepublik.

Wir rufen alle uns politisch nahestehenden Bürgerinnen und Bürger auf, den Weg zur SDP zu finden.

Die nächste Mitgliederversammlung findet heute um 18 Uhr im Lokal Bräustübl, Kustrenaer Straße statt.

P. Eckert, 1. Sprecher“

Initiator der Neugründung war Walter Baake, den Artikel für die Zeitung schrieb damals Peter Eckert als frisch gewählter 1. Sprecher.

Am 28.12. erschienen unter der Rubrik „Kurz notiert“ die Kontaktadressen für Interessenten: Walter Baake, Hallesche Straße 84g, Uwe Sandmann, H. Warnke Str. 14, Reiner Reinwart, W.-Pieck-Boulevard 30, Steffen Stein, Stiftstraße 77.

Über den Verlauf der 2. Versammlung sollte in der nächsten Ausgabe berichtet werden. Der Bericht erschien aber sehr viel später.

Walter Baake hat noch viele Jahre im Ortsverein Bernburg aktiv mitgearbeitet. Die anderen Namen sind mir kein Begriff mehr.

Ich selbst kam erst am 01.02.1990 zur SPD, nämlich über die Adresse von Peter Eckert. Für den 01.02. war eine Mitgliederversammlung im „Haus des Handwerks“ angekündigt. Ich kann mich erinnern, der Saal war mit etwa 50 Personen besetzt.

Plötzlich hieß es, der öffentliche Teil ist nun beendet, Nichtmitglieder möchten doch bitte den Saal verlassen.

Klaus Gürtler, einer der Mitbegründer vom 14.12., reichte mir einen Aufnahmeantrag, ich unterschrieb und war Mitglied der SPD.

Der nichtöffentliche Teil war natürlich aus heutiger Sicht Unsinn. Schließlich wollten wir eine Partei mit entsprechenden Mitgliedern werden. Aber wir mussten erst noch sehr viel lernen. Übrigens, die Gründungsurkunde ist vorhanden, die weitere Entwicklung muss noch recherchiert werden. Dass die Entwicklung und die damals handelnden Personen einmal interessieren würden, haben wir nicht bedacht. Vor uns standen nur immer die unmittelbar nächsten Aufgaben. Aber das kann man ja nachholen.

Übrigens: Meinen Wander- und Bergsteigerfreund Christian habe ich erst wieder im Fernsehen gesehen. Er war inzwischen in der Volkskammer in der Fraktion der SPD und Parlamentarischer Staatssekretär im Finanzministerium. Zwei Sozialdemokraten hatten sich unabhängig voneinander in der SPD wieder gefunden.

Ereignisse des Herbstes 1989 in Bernburg

- 23.10. 1. Friedensgebet in der Martinskirche,
120 Teilnehmer
- 27.10. 2. Friedensgebet in der katholischen Kirche Sankt Bonifatius,
400 Teilnehmer
- 30.10. 3. Friedensgebet in der Martinskirche,
anschließend Demo mit etwa 1000 Teilnehmern zur SED-Kreisleitung in
der Friedensallee – Rufe: „Rose raus“, „Wir sind das Volk“. SED-Kreis-
chef Rose stellt sich auf dem Marx-Engels-Platz etwa 400 Bürgern zum
Gespräch
- 03.11. Dialog auf dem Marx-Engels-Platz mit etwa 13.000 Teilnehmern und
der politischen Spitze von Stadt und Kreis
- 06.11. Friedensgebet in der Martinskirche,
Demo mit etwa 4.000 Teilnehmern zur SED-Kreisleitung und zur
Kreisdienststelle des MfS
- 10.11. 2. Dialog auf dem Marx-Engels-Platz,
Bekanntgabe des Rücktritts von SED-Kreischef Rose. Unterschriften-
sammlung durch „Neues Forum“ zur Änderung Artikel 1 der Verfassung
(Führungsanspruch der SED),
5.000 Teilnehmer
- 13.11. Friedensgebet in der Martinskirche,
anschließend Demo zum Rathaus,
600 Teilnehmer
- 27.11. Friedensgebet in der Martinskirche,
anschließend Demo mit etwa 1.200 Bürgern zum Rathaus und zur
Kreisdienststelle des MfS
- 03.12. Menschenkette „Ein Licht für unser Land“ entlang der F 185,
Schwerpunkt am Sodawerk
- 04.12. Friedensgebet in der Martinskirche,
anschließend Demo mit etwa 3.500 Bürgern zum Rathaus, Rufe:
„Wasern weg“, „Schluss mit der SED-Mafia“, „Deutschland einig Vater-
land“, Bürgermeister Wasern stellt sich den Bürgern zum Gespräch
- 05.12. Bürgermeister Wasern erklärt seinen Rücktritt, als Nachfolger benennt
er Melischko
- 06.12. Versiegelung der Kreisdienststelle des MfS Bernburg durch „Neues
Forum“ und andere Bürger
- 11.12. Friedensgebet in der Martinskirche,

anschließend Demo mit etwa 3.500 Bürgern als Schweigemarsch durch Bernburg

- 08.01.90 Friedensgebet in der Martinskirche, anschließend Demo mit etwa 7.000 Teilnehmern zum Markt (alter Markt), Kundgebung gegen Errichtung des „Amtes für Nationale Sicherheit“ in alten Strukturen des MfS
- 15.01.90 Friedensgebet in der Martinskirche, anschließend Demo mit etwa 6.000 Teilnehmern am Brunnen auf dem Markt
- 22.01.90 Friedensgebet in der Martinskirche, anschließend Demo mit etwa 10.000 Teilnehmern am Brunnen auf dem Markt.

Die Friedensgebete in der Martinskirche wurden jeden folgenden Montag bis zu den Wahlen fortgesetzt. Die Teilnehmerzahlen sanken dabei ständig. Aus meinen damaligen Erfahrungen und aus heutiger Sicht könnten die Angaben den tatsächlichen Zahlen entsprechen.

Die Teilnehmerzahlen der Demos scheinen mir sehr hoch zu sein. Das ist aber wohl nicht mehr das Entscheidende. Bei der Interpretation der Zahlen könnte Vorsicht geboten sein. Sie stammen aus den Lokalausgaben der Zeitung „Freiheit“, der Zeitung der Bezirksleitung der SED und der Broschüre „Es galt ein frei Geständnis“.

Die letzte Demonstration wurde am 05.03.1990 auf dem Markt organisiert.

Ralf Mattern/Siegfried Siegel, Wernigerode

Wiedergründung des SPD-Ortsvereins Wernigerode

Kurz nach dem 07.10.1989 (Gründung der SPD in Schwante) besuchte mich Herbert Schneider (Halberstadt) und brachte mir das Papier von Meckel und Böhme: „Bildung einer Initiativgruppe SDP in der DDR“. Erste Überlegungen zur Bildung von Initiativgruppen im Harz wurden angestellt. Auf schmalen Ormig-Abzügen wurde der Eintritt in die SPD erklärt.

In Wernigerode bildete sich eine Initiativgruppe mit Peter Buchmann, Hans-Ulrich Werther und Siegfried Siegel. In der Folge gab es eine Fülle von vorbereitenden Gesprächen zur Bildung eines Ortsvereins, an denen auch Klaus Fischer (Elbingerode) teilnahm.

Kurz nach dem Mauerfall kam es zu Kontakten zur SPD Goslar/Seesen (Peter Eckart, Sigmar Gabriel, Volker Taube, Hubert Jahns, Rüdiger Wollenschläger) und zur SPD der Partnerstadt Neustadt/Weinstraße (Klaus Lais, Ruth Garching, Wolfgang Reißmann, Ernst Po) mit spontanen Hilfeleistungen inhaltlicher und materieller Art.

Am 13.11.1989 organisierte der damalige Superintendent des Evangelischen Kirchenkreises Wernigerode ein vorbereitendes Treffen in der Superintendentur.

Am 03.12.1989, dem Tag der Brockenöffnung, gab es auf dem Brocken Gespräche zwischen Siegfried Siegel und Joachim Dähnn, sowie Wilfried Obermüller aus Ilsenburg. Zu dieser Zeit hatte die SDP-Initiativgruppe bereits Büroräume in der Villa der SED-Kreisleitung in der Lindenallee bezogen und an den „Runden Tischen“ der Stadt und des Kreises mitgearbeitet. Kontinuierliche Kontakte zu Markus Meckel, Niederdodeleben, und Willi Polte, Magdeburg, wurden unterhalten.

Die Quellen für das politische Engagement der Wernigeröder Initiativgruppe lagen in ihrem evangelischen Selbstverständnis. Seit vielen Jahren arbeiteten sie in Friedens- und Umweltgruppen, sowie im Arbeitskreis „Menschenrechtsverwirklichung in der DDR“ und bei der Bildung des „Neuen Forums“ in Wernigerode unter dem Dach der Evangelischen Kirche mit.

Zum ersten Versuch einer Gründung des SDP-Ortsvereins wurde für den 19.12.1989 in das damalige Kreiskulturhaus, sinnigerweise in der Albert-Bartels-Straße, öffentlich eingeladen. Etwa 100 Interessierte kamen.

Susanne Seils, Magdeburg, und Peter Eckart, Goslar, waren zur Unterstützung angereist. In einer der Zeit angemessenen turbulenten Veranstaltung scheiterte der Gründungsversuch an strittigen Satzungsfragen.

Nach gründlicher Auswertung und guter Vorbereitung wurde erneut eingeladen und so wurde schließlich am 02.01.1990 im Haus der ehemaligen SED-Kreisleitung in der Lindenallee der SDP-Ortsverband wiedergegründet.

Gründungsmitglieder waren:

- Günter Hotopp, Darlingerode
- Birgit Gehrke und Karl Bührig, Drübeck
- Joachim Dähnn und Wilfried Obermüller, Ilsenburg

- Fredi und Markus Fischer, Rübeland
- Thomas Richardt,
- Randolph Brückner,
- Uwe Lemke,
- Edith und Horst Ackermann,
- Wolfgang Grothe,
- Peter Buchmann,
- Hans-Ulrich Werther,
- Siegfried Siegel aus Wernigerode.

Der gewählte Vorstand bestand aus:

- Birgit Gehrke (Schatzmeisterin),
- Peter Buchmann und Hans-Ulrich Werther, Sprecher,
- Siegfried Siegel, Geschäftsführer.

Für die verschiedenen Politikfelder wurden Verantwortliche bestimmt.

Eine Woche später konstituierte sich der Kreisverband, inklusive Blankenburg, die im November 1989 bereits einen eigenen Kreisverband gegründet hatten.

Jeden Montag wurde eine Vollversammlung abgehalten. Später dann jeden 1. Montag im Monat. Daraus resultierte schließlich der monatliche Stammtisch des SPD-Ortsvereins, die einzige regelmäßige, öffentliche Veranstaltung einer politischen Partei in der Stadt.

Bis Anfang März 1990 wuchs die Mitgliederzahl des Ortsvereins auf 65 Mitglieder an. In intensiver Arbeit gelang es in den ersten Wochen des Jahres 1990 eine ganze Reihe von Ortsvereinen zu gründen.

Ernst Franke, Güntersberge/Harz

„Januar 1990: Gedanken bei einem Besuch in Hamburg“

Es könnte sein, ich trage Eulen nach Athen. So viel wird geredet, geschrieben, berichtet über die DDR, die Menschen, die Umstände, Befürchtungen und Hoffnungen, über das, was wir wollen oder nicht wollen – wie sollte da einer, der halbwegs um Information bemüht ist, nicht schon längst alles wissen?

Doch jede Information hat, denke ich, etwas Eigenes, ist eine Art Mosaikstein. Jeder mehr macht das Bild vollkommener und das Urteil sicherer. Darauf kommt es wohl entscheidend an.

An einem Schwarzen Brett bei uns war im Dezember zu lesen: „Wir wissen zwar nicht, wo es lang geht, aber wir müssen uns trotzdem beeilen.“

Dieser Satz umschreibt, nur scheinbar humorig, die Sachlage.

Die Schwierigkeiten in allen Bereichen sind enorm. Die Lösungen brauchen Zeit, die wir nicht haben. Wir leben in verzweifelter Hoffnung. Wir müssen hoffen, dass wir es schaffen und zugleich überfällt uns in ruhigen Augenblicken die Angst, wir könnten auf der Strecke bleiben.

Für diejenigen, die die 40 Jahre DDR bewusst erlebt haben, ist die psychische Belastung z.T. beträchtlich. Wenn ich einmal von mir (Jahrgang 1937) reden darf: Das Leben in der DDR hat wohl tiefere Spuren hinterlassen, als mir selbst bewusst ist. Ich war müde geworden an den Umständen, an der Aussichtslosigkeit einer Situation, von der vor noch nicht allzu langer Zeit nur absolute Träumer behaupten konnten, sie würde sich grundsätzlich ändern. So wie die SED-Leute nicht sagen können, sie hätten nichts gewusst von Korruption, Rechtsbeugung und Machtmissbrauch, kann von den anderen keiner behaupten, er hätte gewusst, dass der Wandel kommt.

Das alles ist regelrecht auf uns herabgefallen wie eine reife Frucht. Nur: Der Baum war zu hoch, wir konnten den Reifegrad nicht einschätzen von so weit unten. Logisch: Wir waren darauf nicht vorbereitet.

Die Sorge, die einmalige Chance könnte vertan werden, hat mich dazu gebracht, der SPD beizutreten. Denn wir brauchen nicht nur Leute, die im Mai (Anmerkung der Redaktion: im Januar kannte man als Termin für die Volkskammerwahl noch den 6. Mai) SPD wählen, sondern vor allem welche, die SPD „machen“.

Das ist die Lage allerorten: Sehr viele haben keine Ahnung, wen sie denn wählen könnten. Sie wissen nur, wen sie nicht wählen werden: die SED. Ratlosigkeit gibts dann auch bei der Frage, wer sich den sprichwörtlichen Hut aufsetzt und die Dinge in die Hand nimmt. Weithin sitzen in den Betrieben und Institutionen noch die alten Leute, es bewegt sich nichts.

In stillen Augenblicken überfällt mich auch der Gedanke, ich sei doch von allen guten Geistern verlassen, mir das aufzuladen. Denn ich stehe gerade vor einem beruflichen Wechsel, der seinen Grund hat in dem Bedürfnis nach Ruhe und Distanz (vielleicht ist es wichtig – bisher war ich Pfarrer).

Nun das!

Vorschnell wäre der Gedanke, er kam mir auch schon – es könnte ja gerade richtig sein mit dem Wechsel in dieser Zeit. Ich weiß es nicht.

So vieles weiß ich nicht. Nur eins: Eine Rückkehr zu den Zuständen vor dem 9. November, auch in abgeschwächter Form, wäre für mich und viele andere nicht mehr erträglich. Wer versuchen würde, die Entwicklung wieder umzudrehen, würde die DDR, vor allem die Menschen, vollends demoralisieren bzw. zugrunde richten. Wir haben nur diesen einen Versuch! Es wird die Gefahr von rechts beschworen. Zurzeit sind aber die weit gefährlicher, die abwartend auf Tauchstation liegen und einander Mut machen: in zwei Jahren sind wir wieder dran. Tatsachen müssen also geschaffen werden, die das nicht mehr möglich erscheinen lassen und uns schließlich auch absichern gegen ein denkbares Scheitern Michail Gorbatschows.

Wie aber soll das gehen? Es bleibt uns gar keine Zeit, gründlich zu planen. Der Verlust von täglich ein- bis zweitausend Menschen ist ein lebensgefährlicher Aderlass für die ohnehin strangulierte Republik. Das kann kein halbes Jahr mehr so gehen.

Was also: Wir müssen wohl oder übel, ob gern oder nicht, so schnell wie möglich einen Wirtschafts- und Währungsverbund herstellen und können erst danach überlegen, wie die Politik nach vorwärts aussehen soll. Ich hätte mir gewünscht, es wäre uns Zeit geblieben, den Rahmen abzustecken, in dem sich alles bewegen kann und soll.

Die Eigenständigkeit der DDR ist m.E. nur noch ein Papiertiger. Wir haben gar keine andere Wahl als das Zusammengehen mit der Bundesrepublik angesichts des drohenden Zusammenbruchs unserer Wirtschaft.

Wenn Leute aus Ost und West, ehrlich besorgt um die Entwicklungsländer, sagen, wir sollten doch nicht so egoistisch sein, dann ist das ehrenwert gedacht, aber in der gegenwärtigen Lage unrealistisch. Die Stabilität in der Mitte Europas muss augenblicklich Priorität haben. Sie lässt sich durch moralische Appelle nicht herstellen, und gelegentlich darf einem das Hemd näher sein als der Rock.

In diesem Zusammenhang noch ein weiterer Gedanke zur Einheit der deutschen Teilstaaten: Sie wird zwangsläufig kommen (wie, ist zurzeit völlig unerheblich). Wir befinden uns bereits auf dem Weg dahin. Für mich war die Spaltung immer schon eine politische Dummheit ersten Ranges. Wir haben 1989 wieder da eingesetzt, wo die Entwicklung 1961 unterbrochen wurde – 28 Jahre Verlust.

Wir sollten aber unseren Nachbarn sagen: Ihr könnt ruhig schlafen. Wir versprechen euch, auch ohne Friedensvertrag, dass die Grenzen ein für alle mal festliegen, solange sie noch in einem nicht gänzlich integrierten Europa von Bedeutung sind. Zumal unseren östlichen Nachbarn sind wir in der DDR besonders verpflichtet. Ich meine die Schicksalsgemeinschaft, in der wir gestanden haben und noch stehen. Eine neue Etappe der Geschichtsbetrachtung ist erreicht: Sie bezieht sich nicht mehr nur auf die Zeit 1933 – 1945, sondern entscheidend auf das, was wir einander verdanken. Die Entwicklung zur Freiheit ist das Verdienst aller.

Michail Gorbatschow hat für die Sowjetunion den ersten Schritt getan und damit der stillen Revolution eine realistische Chance gegeben. Die Polen und Tschechoslowaken haben durch ihren Mut und Widerstand uns geholfen und wir ihnen (Deutsche haben zur Freiheit anderer beigetragen!!!). Die Ungarn schließlich machten die Grenzen auf mit damals für uns noch unabsehbaren Folgen.

Nun muss ganz einfach die Angst voreinander aufhören, und wir wollen unseren Preis zahlen. Das geht nicht zu Lasten der „Vertriebenen“, von denen es ja immer weniger geben wird. Neulich wurde in unserer LPG gefragt, wer von den bäuerlichen Mitgliedern sich denn selbständig machen wolle. Keiner will.

Gehts bei manchen von denen, die das Thema „Ostgebiete“ immer wieder aufwärmen, nicht mehr um Besitz-Rechte als um Menschen-Rechte?

Wir wollen mit den unklaren Verhältnissen aufhören. Das können wir, ohne einem Friedensvertrag vorzugreifen. Wenn Europa am Ende eins wird, ist es doch sowieso möglich, dass jeder dort lebt, wo er sich zu Hause fühlt.

Was uns in der DDR-SPD betrifft: Wir kämpfen z.Z. noch wie Amateure gegen Profis, jedenfalls der größte Teil von uns. Das macht uns nicht bange, denn wir sind lernfähig. Aber wir brauchen Hilfe, die wir dankend annehmen. Es muss ja schnell gehen.

Wichtig wäre aber auch noch etwas anderes: Verständnis für unsere „Eigenheiten“, die sich aus der Vergangenheit erklären. Unser Kreisverband (Quedlinburg) hat einstimmig beschlossen, die Anrede „Genosse/Genossin“ auszusetzen. Auch das Wort „Sozialismus“ gebrauchen wir am liebsten gar nicht, desgleichen sind wir allergisch gegen „rot“.

Sozialismus kann ich selbst nur als eine Zielvorstellung begreifen, die aber mit den vorhandenen Menschen so nicht zu verwirklichen ist. Es kann nur annäherungsweise geschehen. Somit wäre Gewalt nötig, deren Folgen wir schmerzlich gespürt haben. Wer in der DDR – oder dann im größeren Rahmen – Sozialismus will, muss wiederum „mauern“.

Wir möchten uns gern auf den Begriff einer „Sozialen Demokratie“ verständigen, die selbstverständlich auch die Verantwortung für die Ökologie und die Entwicklung in der Dritten Welt einschließt.

Das könnte ja für uns Deutsche die Chance sein, gerade da unseren besonderen Beitrag zu leisten. Hier könnte doch m.E. das Ventil sein, über das unsere irgendwann geballte Wirtschaftskraft nicht mehr Sorge hervorruft, sondern Teilhabe ermöglicht. Die Unterstellung, wir würden mit dem Gedanken an eine mögliche staatliche Einheit sofort in den „großdeutschen Wahn“ verfallen, ist schmerzlich und beleidigend. Von Wahnvorstellungen sind die Menschen der DDR in ihrer großen Mehrheit kuriert. Es dient dem Frieden nicht, wenn Extreme als das Normale suggeriert werden oder der Eindruck erweckt wird, wir Deutschen könnten nicht anders, als unbelehrbar zu sein. Ich kann den Zorn vieler Leipziger verstehen, wenn sie sich vehement gegen die Berichterstattung durch ARD und ZDF gewendet haben – das alles hatten wir doch schon mal, ist der nahe liegende Gedanke.

Das ist schlimm und es tut weh.

Meine herzliche Bitte an alle, die auf westlicher Seite Einfluss haben und also Verantwortung tragen: Seid fair mit uns und haltet uns um alles in der Welt aus den

bundesdeutschen Wahlkämpfen heraus. Wir müssen erst unseren Amateurstatus überwinden. Den „aufrechten Gang“, den wir gerade mit Mühe gelernt haben, den wenigstens möchten wir uns bewahren. Das heißt: wir wollen nicht, dass andere für uns reden (mit uns allemal), dass andere uns glauben vertreten zu müssen oder meinen, für uns kämpfen zu sollen und ihren Sieg meinen.

Freilich: Wer so auf den Hund gekommen war wie wir, kann keine große Erwartungen äußern. Trotzdem!

Nachdem ich 12 Tage auf dieser Seite verbracht habe, wird mir erst richtig klar, was da auf uns zukommt. Aber bringen wir's hinter uns. Es kann nur besser werden!

(Der Text entstand anlässlich eines Besuchs in Hamburg – auf Bitten meines Schwagers Reinhold Trinius, MdL in Nordrhein-Westfalen)

Hans-Joachim Becker, Gardelegen

Namen und Daten zur Wiedergründung der SPD im Kreis Gardelegen

- 10.01.1990** Gründung des Kreisverbandes der SDP in Gardelegen
Matthias Baumann, Vorsitzender
Pfarrer Christoph Neumann, 1. Stellvertreter
Dr. Hans-Joachim Becker, 2. Stellvertreter
DM Hergo Wesemeyer, Schatzmeister
Gundula Riecke, Juso
Roland Bosse, Mieste
Walter Mogk, Bismark
- a..1990** Umbenennung in SPD
- 10.02.1990 (?)** Bezirksdelegiertenkonferenz in Magdeburg
17.02.1990 Delegierte aus Gardelegen:
Thomas Voigt, Rechtsanwalt
Carola Poege, Lehrerin
Roland Bosse, Mitarbeiter Textima
Dr. Hans-Joachim Becker, Chefarzt
- 22. – 25.02.1990** 1. Parteitag in Leipzig
Delegierter Dr. Hans-Joachim Becker
- .1990** 1. Kommunalwahl – Kreis, Kommunen
- 28.05.1990** 1. Kreistag im Schützenhaus

Die Neugründung der SPD 1990 in Gommern

1. Gommern – eine kleine Stadt mit großer sozialdemokratischer Tradition

Die Umgebung der Stadt Gommern ist in starkem Maße geprägt von zahlreichen Steinbruchseen. Es handelt sich dabei um tiefe Steinbrüche, die nach dem Ende des Abbaus mit Wasser voll liefen. In diesen Steinbrüchen wurde der so genannte Gommeraner Quarzit abgebaut und in entsprechenden Anlagen weiter bearbeitet. Die Steinbrüche bestimmten früher weitgehend das Leben in Gommern. Der große Bedarf an Baumaterial führte um 1900 zu einem starken Anstieg der Steinbruchindustrie in Gommern.

Die Arbeit in den Steinbrüchen war hart und gefährvoll, die Bezahlung sehr schlecht. Schon früh organisierten sich die Steinbrucharbeiter und kämpften um bessere Lebensbedingungen. Dazu organisierten sie sich in Berufsgenossenschaften und Gewerkschaften wie dem Zentralverband der Maurer oder der Steinbrucharbeiter. Die Arbeit dieser Verbände war auch in Gommern immer eng verbunden mit Kontakten zur sozialdemokratischen Bewegung.

Wegen der schlechten Arbeitsbedingungen kam es immer wieder zu Streiks, die auf beiden Seiten mit erbitterter Härte geführt wurden. Die Steinbrucharbeiterstreiks von 1910/11 wurden in ganz Deutschland bekannt.

Nach dem Fall des Sozialistengesetzes 1890 waren auch in Gommern die Voraussetzungen gegeben für „sozialdemokratische Bestrebungen“. Diese lassen sich bis 1893 zurückverfolgen, zur Gründung einer Ortsgruppe der SPD kam es in Gommern aber erst 1901. Zwar gibt es dafür keinen direkten Beleg, aber es existiert eine Gruppeneaufnahme von 1926, die zum 25-jährigen Bestehen der SPD-Ortsgruppe aufgenommen wurde. Die Ortsgruppe war sehr aktiv und bestimmte das Leben in Gommern maßgeblich. An den Versammlungen der Sozialdemokraten nahmen über 200 Personen teil. Eine sehr aktive Rolle spielte dabei der Maurer, Zigarrenhändler und spätere Gewerkschaftsfunktionär Carl Voigt. Die SPD in Gommern trat in den ersten Jahren vor allem als sozialdemokratischer Wahlverein in Erscheinung. Das Wahlergebnis zur Reichtagswahl 1920 zeigte, wie erfolgreich die SPD in Gommern war:

SPD:	992 Stimmen
USPD:	450 Stimmen
KPD:	39 Stimmen
DNVP:	186 Stimmen
DVP:	166 Stimmen
DDP:	443 Stimmen
Zentrum:	38 Stimmen

Neben der SPD war auch die USDP sehr erfolgreich.

Die Aktivitäten der SPD-Ortsgruppe lassen sich bis 1932 nachweisen, bis sich 1933 die Machtübernahme durch die Faschisten abzeichnete. Gemäß Schreiben des Landrats von Burg vom 02.03.1933 werden alle öffentlichen politischen Versammlungen von KPD und SPD verboten. Am 14.05.1933 erfolgte die Beschlagnahme des Eigentums der SPD-Ortsgruppe Gommern. Die Mitglieder der SPD hatten aber offensichtlich vorgesorgt, denn nur 2,14 RM, Mitgliederliste und Mitgliedsbücher konnten beschlagnahmt werden. Im Juni 1933 wurde die SPD verboten, damit endete vorerst die Tätigkeit der SPD auch in Gommern.

Sofort nach der Beendigung der faschistischen Diktatur durch die totale Niederlage der faschistischen Wehrmacht am 8. Mai 1945 wurden die ehemaligen SPD-Mitglieder wieder aktiv. Am 29.12.1945 fand eine Hauptversammlung der Sozialdemokratischen Partei statt. Die Partei fand viel Unterstützung und wuchs in kürzester Zeit von 24 Mitgliedern im Juni 1945 auf 412 Mitglieder im Dezember. Auf Grund der Erfahrungen in der Zeit des Faschismus gab es starke Bestrebungen zur Herstellung der Einheit der Arbeiterparteien, aber auch viele kritische Stimmen dazu. Auf zentralen Ebenen gab es dazu viele Aufrufe, gemeinsame Beratungen und Konferenzen. Am 02.01.1946 gab ein gemeinsames Rundschreiben des Provinzialverbandes der SPD und der Bezirksleitung der KPD für die Provinz Sachsen an alle Ortsvereine die Losung für 1946 aus: Einheit der Arbeiterklasse, einheitliche sozialistische Arbeiterpartei. Am 30.01.1946 fand eine gemeinsame Mitgliederversammlung von SPD und KPD in Gommern statt zur Frage der Vereinigung beider Parteien mit der Verlesung eines Beschlusses des Bezirksvorstandes der SPD Magdeburg zur Herstellung der Aktionseinheit mit der KPD. Pressestimmen zur Problematik der Vereinigung in dieser Zeit sind durchaus unterschiedlich, von schärfster Ablehnung bis begeisterter Zustimmung. Gleiches trifft zu für die Meinungen ehemaliger SPD-Mitglieder in Gommern.

Am 11.01.1946 fand die 2. und letzte nachgewiesene Vorstandssitzung des SPD-Ortsvereins statt. Im März 1946 kam es dann im Volkshaus von Gommern zum Beschluss zur Vereinigung der Parteien SPD und KPD mit 2 gleichberechtigten Vorsitzenden.

Am 21.04.1946 erfolgte die Gründungsversammlung der SED im „Kaiserhof“ (später „Haus der Einheit“) mit dem symbolischen Händedruck von Walter Kramer (KPD) und Walter Tetzlaff (SPD). Als Vorsitzender wurde Martin Tetzlaff gewählt (ehemals Mitglied Reichbanner)

Die Vereinigung wurde von vielen SPD-Mitgliedern begrüßt, es gab aber auch Widerstand gegen das Zusammengehen mit den Kommunisten und Parteiaustritte und Parteiausschlüsse. Nach der Vereinigung begannen die Verdrängung der SPD durch die Kommunisten und die Repressalien. Damit hörte die SPD in Gommern ein zweites Mal auf zu bestehen.

2. Die allgemeine Situation zur Wende in Gommern

Im Jahr 1989 bestand die DDR 40 Jahre. Es war der Wille von Partei und Regierung, dass das groß gefeiert werden sollte. Der Bevölkerung stand aber nicht der Sinn nach großen Feierlichkeiten. Es bestand eine große Unzufriedenheit mit den Zuständen im Lande, mit der ständigen Entmündigung der Bürger, der sich verschlechternden wirtschaftlichen Lage und der Unterdrückung durch die Sicherheitsorgane. Die Zahl derer, die die Republik verlassen wollten, stieg ständig an. Es kam schließlich zu den katastrophalen Zuständen in den Auslandsbotschaften der BRD, die die Menge der Republikflüchtlinge nicht mehr aufnehmen konnten.

Oppositionelle Gruppen formierten sich, und unter dem Dach der Kirchen kam es, zuerst in Leipzig, aber auch in Magdeburg zu den bekannten Montagsgebeten für die demokratische Umgestaltung der DDR.

In den Monaten Oktober und November spitzte sich die Lage in der DDR zu, die Demonstrationen wurden immer machtvoller.

An den Montagsgebeten ab August 1989 im Magdeburger Dom, die dann in machtvollen Demonstrationen unter dem Motto „Wir sind das Volk“ endeten,

beteiligten sich auch zahlreiche Gommeraner. Alle hatten dabei Angstgefühle, konnte doch keiner sagen, wie der Staat reagierte. Im Nachgang kann man nur sagen, dass es ein Wunder ist, dass solch eine gewaltige Revolution friedlich und ohne Blutvergießen verlaufen ist.

Die Situation in Gommern wurde weitgehend bestimmt von der Situation im größten Betrieb, im VEB Zentralen Reparatur- und Ausrüstungswerk ZRAW für die Erdöl- und Erdgasindustrie der DDR. Es herrschte große Sorge über die Perspektive des Betriebes und des übergeordneten Industriezweigs Erdöl-Erdgas, da keine weiteren Lagerstätten für Erdöl und Erdgas nachgewiesen werden konnten und damit die Existenz des Kombinats und des Industriezweigs auf der Kippe stand. Auf dem „Roten Treff“ am 06.10.1989 wurde mit einem Referat des ZK-Beauftragten (Breite Perspektive für das Kombinat EE und den Stammbetrieb) noch Optimismus verbreitet. Aber bereits auf der gemeinsamen Vertrauensleutevollversammlung am 14.11.1989 gab es dazu sehr kontroverse Diskussionen und unzureichende Antworten. Zu dieser Unsicherheit kam noch die Unsicherheit, wie es mit der DDR weitergehen sollte und die Unzufriedenheit mit der politischen Situation in der DDR.

Im November wurden dann die Betriebsgewerkschaftsleitung des VEB ZRAW abgelöst und im Dezember eine Arbeitnehmerversammlung gewählt. Damit war ein legitimes Organ geschaffen worden, welches bevollmächtigt war, die Interessen der Arbeitnehmer zu vertreten. Das war dringend nötig, denn mittlerweile mehrten sich die Kontakte des Unternehmens zu westdeutschen Firmen, mit denen über zukünftige Zusammenarbeit (Auftragserteilung bis zu eventuellen Firmenübernahmen) verhandelt wurde. Im November, das genaue Datum konnte nicht mehr ermittelt werden, fand in Gommern im Saal der Klubgaststätte eine große Bürgerversammlung statt. Eingeladen hatte der damalige SED-Bürgermeister. Zum ersten Male gab es für die zahlreichen anwesenden Bürger die Möglichkeit, ihre Beschwerden und Meinungen offen und öffentlich auszusprechen. Davon wurde reichlich Gebrauch gemacht, die Diskussion verlief teilweise sehr heftig und auch konträr. Erstmals hatten auch einige Bürger den Mut, sich öffentlich zum „Neuen Forum“ zu bekennen.

Man kann mit Fug und Recht behaupten, dass es vor allem die Mitarbeiter des ZRAW waren, die den Verlauf der Wende in Gommern weitgehend mit bestimmt haben.

Am 09.11.1989 gab G. Schabowski, Mitglied des ZK der SED, auf einer Pressekonferenz die Öffnung der Grenze bekannt. Damit war praktisch das Ende der DDR besiegelt. Keineswegs geklärt war aber, wie es weitergehen sollte. Und da zeigte sich, dass die oppositionellen Gruppen keineswegs eine einheitliche Linie hatten. Sollte die DDR ein selbständiger Staat bleiben und sich aus eigener Kraft reformieren? Sollte sie mit der BRD eine Föderation bilden und sich später mit dieser vereinigen? Oder sollte man sich gleich der BRD anschließen? Es gab keine allgemeingültige Antwort! Die neu entstandenen Oppositionsgruppen wie „Demokratischer Aufbruch“, „Neues Forum“, „Demokratie jetzt“ und andere vertraten dazu durchaus kontroverse Ansichten. Es gab viele, die die Republik tief greifend verändern wollten und deshalb unter keinen Umständen die DDR verlassen wollten und den Ausreisewilligen ein trotziges „Wir bleiben hier!“ entgegensetzten. Aber viele Bürger, vor allem junge Menschen äußerten ihre Hoffnung auch anders und forderten „Kommt die D-Mark, bleiben wir; kommt sie nicht, gehen wir zu ihr!“. Zahlreiche Gommeraner folgten dem Lockruf der D-Mark und verließen das Land.

3. Die Wende und die Neugründung des SPD-Ortsvereins

Die Wende veränderte die politische Landschaft der DDR vollständig. Die bisher allmächtige SED hatte ihre Macht verloren und versuchte, unter verschiedenen Namen zu retten, was noch zu retten war. Die Oppositionsgruppen wie „Demokratischer Aufbruch“, „Neues Forum“, „Demokratie jetzt“ und andere konnten in Gommern nicht richtig Fuß fassen und das politische Geschehen nicht bestimmen. Die ehemaligen in der Nationalen Front vereinten Blockparteien CDU, LDPD, NDPD und DBD hatten der SED ihre Gefolgschaft aufgekündigt und versuchten, sich mit den entsprechenden Parteien aus den alten Bundesländern im Rücken neu zu profilieren. Das war auch für Gommern so.

Diesen Weg konnten aber die Sozialdemokraten nicht gehen, da es sie in der DDR nicht mehr gab. Es gab aber viele, die mit den Sozialdemokraten sympathisierten und sozialdemokratische Ziele verfolgten. Die von der KPD vereinnahmte SPD musste sich auf dem Territorium der DDR neu gründen.

So wurde am 7. Oktober 1989 die SPD als SDP auf dem Gebiet der ehemaligen DDR in Schwante in einem Pfarrhaus neu gegründet. Der Name SDP wurde gewählt, um dem Vorwurf zu begegnen, es handele sich um eine „fünfte Kolonne der West-SPD“ der BRD.

Die Nachricht von der Gründung der SDP verbreitete sich sehr schnell über Freunde, Verwandte und auch über dienstliche Kontakte. Vor allem auch von westdeutschen Gewerkschaftsvertretern, die sehr schnell in den Bezirken und Betrieben der DDR wirksam wurden, kamen zahlreiche diesbezügliche Informationen.

Bis zum Jahresende entstanden Regionalgruppen der SDP in der ganzen DDR, u.a. auch in Ostberlin. Pfarrer Nickel aus Gommern erfuhr davon über den Berliner Theologiestudenten Gunnar Müller, der aus Gommern stammte. Noch im November bat Pf. Nickel Gunnar Müller, seinen Beitritt zur SDP in Ostberlin anzumelden. Auch in der Kreisstadt Burg gründete sich eine SDP-Ortsgruppe. Pfarrer Nickel knüpfte bei den entsprechenden Versammlungen den Kontakt mit aktiven Personen und sicherte sich die Unterstützung für die beabsichtigte Neugründung einer SDP-Ortsgruppe in Gommern.

Die Kunde von der Gründung der SDP verbreitete sich in Gommern sehr schnell. Die Gründung einer Ortsgruppe wurde vorbereitet. Zusammen mit Rolf Bröcker, dem Kantor der Evangelischen Kirche, lud Pf. Nickel zu einer Informationsveranstaltung am 05.01.1990 in den Saal des Evangelischen Gemeindehauses ein, um die Gründung einer SDP-Ortsgruppe (später Ortsverein) vorzubereiten.

Die „Volksstimme“ veröffentlichte am 03.01.1990 folgenden Aufruf:

„Veranstaltungen in Gommern

Einen Informationsabend über die sozialdemokratische Partei der DDR (SDP) wird es am Freitag, dem 05.01. 1990 Uhr im Gemeindesaal der Evangelischen Kirchengemeinde, Kirchplatz 2 geben. Diesem Abend soll bald die Gründung einer Ortsgruppe der SDP folgen. Der evangelisch-katholische Gesprächskreis Gommern zur gesellschaftlichen Erneuerung trifft sich am Donnerstag, dem 04.01.1990 im katholischen Gemeindehaus. Thema dieses Abends: „Allgemeine Menschenrechte und neue Verfassung“. Alle Interessierten sind herzlich eingeladen.“

Der Platz reichte kaum aus für die vielen Menschen, die kamen. Viele stellten den Antrag, Mitglied der SDP zu werden. Unter den Teilnehmern waren nicht nur Gommeraner, sondern auch Bürger aus den umliegenden Orten bis nach Leitzkau

und Dornburg. Die Aufbruchsstimmung war damals sehr stark. Eine Initiativgruppe wurde gebildet, die die Gründung vorbereitete.

Am 05.01.1989 wird dann in der „Volksstimme“ über die Veranstaltung berichtet:
*„Informationsveranstaltung über die SDP in der DDR im Pfarrhaus von Gommern auf Initiative von Pf. Nickel unter starker Beteiligung
Das Mitglied des neu gegründeten Kreisvorstandes der SDP, H.-J. Siebert/Möser erläuterte Gründungsaufruf und 1. Statut der SDP. Erste vorbereitende Beratung zur Gründung eines Ortsvereins (Initiativgruppe). Zur Initiativgruppe gehörten u.a. noch G. Schäfer und G. Hörnke. Mitglieder der SPD, die 1945 der Partei angehörten, beteiligten sich nicht an der Gründung der neuen Ortsgruppe und traten auch kaum in die SPD ein.“*

Ein weiterer Bericht der „Volksstimme“ erfolgte am 12.01.1990:
„SPD in Gommern!

Am Freitag, dem 5. Januar 1990 gab es eine gut besuchte Informationsveranstaltung über die Sozialdemokratische Partei in der DDR (SDP) im Evangelischen Gemeindehaus. Sehr stark war der Wunsch geäußert worden, schnell eine Ortsgruppe der SDP zu gründen. Dabei wurde vor allem auf die bevorstehenden Wahlen am 6. Mai verwiesen. Diese Gründungsversammlung soll heute im Speisesaal der PGH „Frohes Bauen“, Hagenstraße 34 ab 19.30 Uhr stattfinden. Zu Beginn dieser Veranstaltung ist der Beitritt noch möglich. (K.-H. Nickel).“

Auf der Grundlage dieser Informationsveranstaltung erfolgte dann am 12.01.1990 die Gründungsveranstaltung der SDP in Gommern im Kulturraum der Produktionsgenossenschaft des Handwerks (PGH) in der Hagenstraße. Zahlreiche Teilnehmer traten der SDP bei. Auch ein Vorstand wurde gewählt.

Über die Gründungsveranstaltung berichtete die „Volksstimme“ mit einem Artikel vom 12.01.1990

*„Gründungsversammlung im Speisesaal der ehemaligen PGH Gommern und Gründung des SDP-Ortsvereins in Gommern mit Dr. Krause/Möser unter Teilnahme des MdB Rolf Koltzsch (SPD), der von der Veranstaltung zufällig auf der Durchreise erfuhr, und Grüße des SPD-Vorsitzenden Hans-Jochen Vogel ausrichtete. Ihm wurde eine Petition von 300 Mitarbeitern des VEB ZRAW zur Weiterleitung übergeben.
Erster Vorstand: Gerhard Hörnke (Sprecher), Karl-Heinz Nickel, Martina Kreitschi, Erika Singer, Klaus Petersen, Heiner Grüning, Gerhard Schäfer. Nach 44 Jahren wieder SDP in Gommern!“*

Die Anzahl der Mitglieder wechselte in der kommenden Zeit sehr stark. Ende des Jahres 1990 konnte festgestellt werden, dass dem SPD-Ortsverein mehr als 65 Mitglieder beigetreten waren. Allerdings sind in dieser Zeit zahlreiche Mitglieder auch wieder ausgetreten, so dass sich ein Stamm von etwa 40 Mitgliedern im Ortsverein entwickelte.

Neben der SPD-Ortsgruppe in Gommern entstanden weitere im benachbarten Dannigkow und Leitzkau. Die Leitzkauer, Dornburger, Wahlitzer und Karither schlossen sich später der Ortsgruppe in Gommern an.

Das gesamte Geschehen soll nachfolgend über Berichte und andere Hintergrundinformationen deutlich gemacht werden.

Von Pfarrer Nickel war folgendes Informationsblatt veröffentlicht worden:

„ SPD wieder in Gommern nach 44 Jahren

Im bewegten Herbst 1989 fuhrn montags viele Gommeraner nach Magdeburg in den Dom zum Friedensgebet. Unter dem Dach der Kirche begannen die bisher unmündig gehaltenen Bürger des realsozialistischen Staates sich zu äußern. Die ersten Schritte zum aufrechten Gang wurden geübt. Dies geschah dann besonders bei den später sich anschließenden Demonstrationen durch die Stadt Magdeburg. Auch in unserer Stadt erhoben Bürger ihre Stimme, so etwa bei der Einwohnerversammlung in Gommern im November 1989. Und bald gab es auch eine Gruppe Neues Forum in Gommern. Diese Gruppe war aber zu sehr mit Bürgern verschiedener politischer Ausrichtung besetzt, besonders mit Mitgliedern der ehemaligen Blockparteien. Ein wirksames kommunalpolitisches Handeln konnte durch diese Gruppe erst gar nicht richtig beginnen. Aber es gab schon zwei Mitglieder der am 7. Oktober 1989 wiederbegründeten SPD (damals SDP).

Einer der beiden, Karl-Heinz Nickel, gab seine Zurückhaltung, die er bisher wegen seines Berufs (als Pfarrer) geübt hatte, auf und lud ins evangelische Gemeindehaus für den 5. Januar 1990 zu einer Informationsveranstaltung über die SDP ein. Mit dabei war auch gleich Rolf Bröcker. Offensichtlich war die Zeit längst reif für das Wiederaufleben der SPD in Gommern. Der Gemeindesaal fasste kaum die vielen Bürger Gommerns, die geradezu herbei strömten. Auch aus den umliegenden Orten waren interessierte Bürger gekommen.

Ein Mitglied des am Vortag gegründeten Kreisverbandes der SDP, der spätere Kreisvorsitzende H.-J. Siebert aus Möser, erläuterte Gründungsaufwurf und das erste Statut der SDP. Viele Fragen stürmten auf ihn ein. Manches musste noch offen bleiben, stand die SDP doch noch ganz am Anfang. Außerdem befand sie sich in einem halb illegalen Zustand in einem Land, das noch von der SED regiert wurde. Die Eintrittserklärungen wurden H.-J. Siebert geradezu aus der Hand gerissen. Schnell sollte eine Ortsgruppe gebildet werden. Eine Woche später schon sollte die Gründungsversammlung sein. Ein Raum fand sich schnell. Eine Vorbereitungsgruppe wurde auf Zuruf gebildet. Möglichst schnell sollte eine unbelastete Partei auch in unserer Stadt wieder präsent sein und wirken.

Am 12. Januar 1990 war es soweit: nach 44 Jahren Zwangspause gab es wieder die SPD in Gommern!“

Der erwähnte Kontakt zum Mitglied des Bundestages Rolf Koltzsch (SPD) kam auf eine recht kuriose Weise zustande. Er befand sich mit zwei seiner Mitarbeiter auf der Fahrt in den Raum Bitterfeld. Auf Bitten seiner beiden Mitfahrer hielt er in Gommern an der Kirche an, da diese noch nie in der DDR waren und sich im Ort einmal umgucken wollten. Rolf Koltzsch guckte sich bei der Kirche um und fand auch einen Schaukasten und in diesem eine Information, die er hier am wenigsten vermutet hatte: die Einladung zur Gründungsveranstaltung der SDP.

Mit seinen beiden Mitstreitern fuhr er weiter nach Bitterfeld, kam aber am Abend zurück, um an dem Informationsabend teilzunehmen.

Über seine Eindrücke von der Gründungsveranstaltung, aber auch über die großen Probleme bei der Arbeit der neu gegründeten SDP-Ortsgruppe berichtet er im „Tätigkeitsbericht des MdB Rolf Koltzsch 11. Legislaturperiode (Auszüge S. 91 – 93)“:

„Aus einem Brief vom 23.01.1990 an den Parteivorsitzenden Dr. H.-J. Vogel:

....Da mich die Eindrücke meiner letzten Reise (in die DDR) tief bewegt haben, will ich Dir nun einmal kurz meine Eindrücke schildern. Zusammen mit 2 Mitarbeitern meines Bonner Büros habe ich mich am vorletzten Wochenende auf den Weg

gemacht. Es ist uns bei der Planung unserer Reise nicht gelungen, zuvor mit Mitgliedern unserer Schwesterpartei Kontakt aufzunehmen. Also fuhren wir gewissermaßen „ins Blaue“ hinein.

- Die SPD an der Kirchenmauer

Der Zufall verhalf uns dann weiter: In einer 7000-Seelengemeinde (Gommern/Kr. Burg) in der Nähe von Magdeburg wollten wir nach langer Fahrt das Gespräch mit Bürgern suchen. Wir machten an der Evangelischen Kirche des Ortes halt. Im offiziellen Schaukasten an der Kirchenmauer entdeckte ich dann einen ungewöhnlichen Aushang. Dieser rief für den Abend zur Teilnahme an der Gründungsversammlung der SPD auf.

Der Weg führte mich dann weiter ins Pfarrhaus von Gommern. Im Gespräch unterstrich Pastor K.-H. Nickel die wichtige Rolle, die die Kirche in der DDR für die Opposition hat. Er selbst gilt im Ort als „Motor“ der SPD-Gründung. Für ihn waren zwei Köpfe unserer Partei Wegweiser für sein Engagement. Durch Willy Brandt und Erhard Eppler, den er bei einer Kirchentagung in der DDR „live“ erlebte, fühlt er sich mit der SPD eng verbunden.

Selbstverständlich sieht Pfarrer Nickel Probleme zwischen seinem kirchlichen Amt und dem politischen Mandat. Genau aus diesem Grund bat Pfarrer Nickel bei der abendlichen Gründungsversammlung dann auch darum, nicht zum Ortsgruppenvorsitzenden gewählt zu werden. Er gehört jetzt dem Vorstand an.

- Die Gründungsversammlung

Für mich war es eine Selbstverständlichkeit, am Abend nach Gommern zurückzukehren, um an der Gründungsveranstaltung der SPD-Ortsgruppe teilzunehmen. Zahlreiche Eindrücke nahm ich von diesem Abend mit nach Hause. Die Versammlung fand in dem Betriebsraum einer Genossenschaft statt. Hier hatten sich rund 70 Gommeraner versammelt. Die meisten im Alter zwischen Mitte 20 und Ende 50. Mir ist aufgefallen, dass kaum Rentner an diesem Abend zugegen waren.

In einer Begrüßungsrede, um die mich der Versammlungsleiter bat, habe ich, hoffentlich in Deinem Sinne, lieber Hans-Jochen, Grußworte unserer Partei in Deinem Namen überbracht. Dabei habe ich bemerkt, wie wichtig für diese Menschen unsere moralische Unterstützung ist. Spontan kamen Parteifreunde auf mich zu und dankten mir in bewegenden Worten für meinen Besuch. Es war den Mitgliedern der SPD-Gründungsversammlung ein Anliegen, mich regelrecht mit Fragen „zu löchern“. So ging es dabei vorwiegend um den „Bonner Alltag“. Vom „Hammelsprung“ bis hin zur Sitzordnung im Bundestag hatte ich allerhand zu erklären. Ein Thema bewegte die Zuhörer besonders: Sie konnten nicht verstehen, warum die Sitzränge im Bundestag häufig nur so spärlich besetzt sind und sich oftmals so wenige Abgeordnete an den politischen Auseinandersetzungen in einem demokratisch gewählten Parlament beteiligen.

- Parteiorganisation macht Gehversuche

Erschreckend war für mich dann zu erfahren, an welchen Dingen es unserer Schwesterpartei mangelt, um die politische Auseinandersetzung gegen den immer noch mächtigen Parteiapparat der SED-PDS zu führen. Nur einige Beispiele: Das einzige Telefon unter allen Teilnehmern der Versammlung steht im Pfarrhaus – im Büro von Pastor Nickel. Über das Pfarrtelefon halten sie Kontakt zum SPD-Kreisverband in Burg und zu benachbarten SPD-Ortsgruppen.

Es fehlt auch an den simpelsten Dingen – wie Papier und einer elektrischen Schreibmaschine. Selbst die Einladung zu ihrer nächsten Versammlung bereitet den Parteifreunden in Gommern Kopfzerbrechen. Die Heimatzeitung („Volksstimme“) ist noch immer SED-Organ. Um die Voraussetzungen für einen Wahlkampf der

Gommerner SPD zu verbessern, habe ich unseren Parteifreunden spontan zugesichert, ihnen bei einem weiteren Besuch innerhalb der nächsten 2 Wochen aus Eigeninitiative mit Büromaterialien und Wahlkampfmitteln unter die Arme zu greifen. Unsere Parteifreunde, das wurde an diesem Abend deutlich, bauen auf uns. Sie erwarten Hilfe für die Wahl am 6. Mai.

- Parteifreunde für Wiedervereinigung

Der an diesem Abend zum Vorsitzenden gewählte Arbeitsnormierer Gerhard Hörncke übergab mir eine Liste mit 300 Unterschriften aus einem nahe gelegenen VEB Kombinat mit der Bitte, sie an Dich weiterzuleiten. In ihr sprechen sich die Arbeiter eines Konstruktionsbüros für die Wiedervereinigung aus. Überhaupt kam an diesem Abend eine Grundstimmung zum Ausdruck: Die Euphorie über den 9. November ist einer düsteren Einschätzung der Zukunft gewichen.

Die neuen Mitglieder unserer Schwesterpartei sprachen sich ohne „Wenn und Aber“ auch mir gegenüber für eine baldige Wiedervereinigung/Konföderation aus. Nur so sei für sie eine erstrebenswerte Zukunft möglich. Hierzu ein Zitat vom SPD-Gründungsabend in Gommern: „Wenn sich in den kommenden Wochen und Monaten, besonders natürlich am 6. Mai, nichts Grundlegendes in Gommern ändert, dann packen hier viele noch den Koffer und verlassen die DDR“ so Gerhard Hörncke. Seit dem 9. November stehen in Gommern schon wieder 47 Wohnungen leer.

Angst haben unsere Freunde von der Schwesterpartei vor allem vor einer Zersplitterung der Opposition und einer niedrigen Wahlbeteiligung am 6. Mai. Jeder, der nicht wählt, wählt die SED.“

Der Bericht von Rolf Koltzsch, der sich übrigens auch in der Folgezeit dem Ortsverein Gommern sehr verbunden fühlte, ist hier wörtlich übernommen worden, weil er aus der Sicht eines „Unbeteiligten“ geschrieben wurde und ein bezeichnendes Licht auf die Umstände wirft, die mit der Gründung des Ortsvereins verbunden war.

Das Glückwunschs Schreiben von H.-J. Vogel zur Gründung des SDP-Ortsvereins Gommern hat folgenden Wortlaut:

„Dr. Hans-Jochen Vogel

Bonn, den 20. Februar 1990

VORSITZENDER DER SOZIALDEMOKRATISCHEN
PARTEI DEUTSCHLANDS
VORSITZENDER DER SOZIALDEMOKRATISCHEN
BUNDESTAGSFRAKTION

Herrn
Gerhard Hörncke
1. Vorsitzender der SPD-rtsguppe Gommern
Am Weinberg 4a
DDR - 3304 Gommern

Lieber Freund,
zur Gründung eines neuen Ortsvereins der SPD in Gommern, von der mir Rolf Koltzsch dieser Tage berichtet hat, gratuliere ich allen daran Beteiligten sehr herzlich. Es ist auch für uns ermutigend, wie die SPD überall in der DDR wieder an die großen Traditionen der Vergangenheit anknüpft und sich mehr und mehr zur führenden Kraft entwickelt.

Gleichzeitig danke ich auch für die Entschließung, die die Kollegen des Konstruktionsbüros des VEB ZRAW Gommern unterzeichnet und mir übermittelt haben. Wegen unserer Position zu dieser Frage verweise ich auf den anliegenden Text meiner letzten Bundestagsrede.

Alles Gute für Eure Arbeit.

Mit freundlichen Grüßen

Dein

H.-J.Vogel

Die Gründung des SDP-Ortsvereins fand in der Presse ein lebhaftes Echo, wenngleich man bei den Veröffentlichungen in der „Volksstimme“ aber sehr aufpassen musste. Die Zeitung war zwar kein Organ der SED mehr, sondern unabhängig, aber die Redakteure waren dieselben wie bisher.

Am 30.01.1990 berichtete die Volksstimme:

*„Unterstützung zugesichert – Auch in Gommern gründete sich SDP-Ortsgruppe
Mit Rückenwind aus Bonn gründete sich jetzt auch in Gommern eine SPD-Ortsgruppe: Gast bei der Gründungsversammlung war der SPD-Bundestagsabgeordnete Rolf Koltzsch. Vor rund 70 Zuhörern überbrachte der politische Gast aus der Bundesrepublik Grüße vom SPD-Vorsitzenden H.-J. Vogel.*

Die Mitglieder der neu gegründeten SPD „löcherten“ den Abgeordneten des Deutschen Bundestages mit allerlei Fragen, auch zur deutsch-deutschen Beziehung. Dabei sprach sich Rolf Koltzsch in der Gründungsversammlung für sofortige Hilfe der Bundesrepublik aus – und zwar vordringlich zunächst auf den Gebieten Wirtschaft, Umweltschutz und Währung. Gleichzeitig sicherte er der SPD-Ortsgruppe in Gommern seine Unterstützung für den bevorstehenden Wahlkampf zu. Versammlungsleiter Gerhard Hörncke, der später zum Gommeraner SPD-Vorsitzenden gewählt wurde, übergab Rolf Koltzsch eine Liste mit 300 Unterschriften des Konstruktionsbüros des VEB ZRAW Gommern. Diesen Appell hat Mitglied des Bundestages Rolf Koltzsch bereits in Bonn an den SPD-Parteichef Hans-Jochen Vogel übergeben.“

Ein weiterer Bericht der „Volksstimme“ im Januar 1990 lautete wie folgt:

„Gründung der SPD in Gommern

Gommern. Fast 45 Jahre nach dem zweiten Weltkrieg hat sich in Gommern die SPD wieder gegründet. Als ein Ort mit alter sozialdemokratischer Tradition hat Gommern eine sozialdemokratische Partei, die sich alten Grundsätzen verpflichtet fühlt und die sich dynamisch und zukunftsorientiert auf einen grundsätzlichen Neubeginn in der Gesellschaft eingestellt hat.

Die Ortsgruppe Gommern zählt zur Zeit über 50 Mitglieder mit einem aus sieben Parteimitgliedern bestehenden Vorstand. 1. Sprecher der Partei ist Gerhard Hörncke. Ständige Neuaufnahmen zeigen uns, dass ein sehr reges Interesse der Bürger besteht, vor der Wahl ihre Zugehörigkeit zur SPD zu bekunden und durch Engagement die Wahlen am 6. Mai vorzubereiten.

Durch klare Standpunkte zur Wiedervereinigung, zur sozialen Marktwirtschaft, zum demokratischen Rechtsstaat, zur gewerkschaftlichen Mitbestimmung durch unabhängige Gewerkschaften usw. will die SPD den Bürgern Alternativen anbieten, die Vertrauen schaffen. Der Bürger muss nach 40 Jahren Diktatur die Möglichkeit haben, seine Persönlichkeit ohne staatliche und parteipolitische Zwänge zu

entwickeln. Jedes Mitglied unserer Partei ist bereit, Fragen hinsichtlich des Parteiprogramms und kommunalpolitischer Ziele zu beantworten. Die nächste Mitgliederversammlung findet am Donnerstag, dem 8. Februar, um 19 Uhr im Speisesaal der PGH „Frohes Bauen“ Gommern, Hagenstraße 34, statt. (Klaus Petersen)“

Ähnliche Berichte erschienen unter den Titeln „Aufruf der SPD an der Kirche“ und „Parteiarbeit mit dürftigen Mitteln“ im „Herforder Kreisblatt“, der „Kölner Rundschau“ und der „Bonner Rundschau“.

Die oben erwähnte Unterschriftenliste mit 300 Unterschriften, die Rolf Koltzsch übergeben wurde, kennzeichnet die Situation im größten Betrieb des Territoriums, des ZRAW. Die politische Stimmung in Gommern war zur Wende in immer stärkerem Maße davon beeinflusst, dass die Perspektive des strukturbestimmenden Industriezweigs Erdöl-Erdgas in steigendem Maße unsicher wurde. Für ein derart großes Unternehmen gab es in der BRD keine Verwendung. Dazu kam, dass der Industriezweig keine eigenen Erzeugnisse anbieten konnte (er hatte nur für den Eigenbedarf gearbeitet) und keine Absatzmärkte außerhalb des Industriezweigs hatte. Die geologischen Ergebnisse waren in den letzten Jahren rückläufig, so dass auch unter DDR-Bedingungen eine Umstrukturierung erforderlich gewesen wäre. Da die Erkundungsbetriebe meist auch von dieser Problematik betroffen waren, fielen diese als industriezweiggebundene Absatzmärkte weg. Die wegbrechenden Aufträge hatten bereits zu zahlreichen Entlassungen geführt. Sie führten zu Zukunftsängsten in nie gekanntem Ausmaß.

Die Liste, die nicht nur von Mitarbeitern des Konstruktionsbüros, sondern von Mitarbeitern des Gesamtbetriebes unterzeichnet war, kennzeichnet aber auch die Erwartungen, die an die Bundesrepublik als Ganzes gestellt wurden.

Am 13.01.1990 erfolgte die Umgründung der SDP zur SPD auf einer Delegiertenkonferenz in der Kongresshalle am Alexanderplatz in Berlin (ca. 500 Delegierte aus Basisgruppen) unter Teilnahme von Hans-Jochen Vogel.

Unmittelbar nach der Gründungsversammlung der SPD-Ortsgruppe in Gommern trat am 17.01.1990 der neu gewählte Vorstand zu seiner ersten Vorstandssitzung zusammen. Es galt, die ersten Arbeitsschritte festzulegen und die kommenden Wahlen vorzubereiten, vor allem die ersten freien Wahlen zur Volkskammer im März 1990 und die Kommunalwahlen im Mai 1990.

Kurze Zeit später gründeten sich am 07.02.1990 die Jungen Sozialdemokraten Gommern (Juso) in Gommern.

In den Versammlungen, die zuweilen recht lebhaft und manchmal auch kontrovers verliefen, beschäftigte sich der Ortsverein vor allem mit Fragen der Kommunalpolitik, aber auch mit den unterschiedlichen Auffassungen zu politischen Entwicklungen (Konföderation – sofortige deutsche Einheit; wobei letztere Meinung überwog) und vor allem auch mit der Frage, ob ehemalige SED-Mitglieder bei Antragstellung in die SDP/SPD aufgenommen werden sollen. Die Aufnahme von SED-Mitgliedern wurde mit großer Mehrheit abgelehnt.

Der erste Höhepunkt in der Tätigkeit der neu gebildeten Ortsgruppe war die Vorbereitung der ersten freien Volkskammerwahl am 18.03.1990. Zum ersten Male wurde ein echter Wahlkampf durchgeführt. In diesem Wahlkampf standen der neu gegründeten SPD das konservative Bündnis „Allianz für Deutschland“ aus Ost-CDU,

Demokratischen Aufbruch und Deutsche Soziale Union DSU sowie die Liberalen (LDPD, unterstützt von der FDP) gegenüber. Sowohl das konservative Bündnis „Allianz für Deutschland“ als auch die Liberalen konnten auf die Möglichkeiten der ehemaligen Blockparteien zurückgreifen und nützten das auch sehr aus. Das Ergebnis dieser ersten freien Wahl war für die SPD sehr enttäuschend, denn die konservative „Allianz für Deutschland“ siegte hoch mit 48 % aller Stimmen und die SPD gewann nur 22 % aller Stimmen (Liberalen 5 %). Und dabei hatte man für den Abend schon eine Siegesfeier vorbereitet.

Diese Wahlen standen eindeutig unter dem Zeichen der Wiedervereinigung Deutschlands, und es war klar, dass die neu gewählte Volkskammer keine lange Lebenszeit haben würde. Aber in der kurzen Zeit ihres Bestehens hatte sie eine Riesenarbeit zu leisten.

Für die Ortsgruppe blieb keine lange Zeit für das Bedauern über die Wahlniederlage, denn für den 06.05.1990 stand die erste freie Kommunalwahl an.

Vorher musste sie aber noch damit fertig werden, dass am 18.04.1990 der Vorsitzende Gerhard Hörncke als Sprecher zurücktrat. Kurze Zeit danach erfolgte auch der Austritt aus der Partei. Er hat seinen Rücktritt mit seiner großen Unzufriedenheit über die politische Entwicklung begründet. Neuer Vorsitzender wurde Rainer Fiedler.

Im Zuge der Wende hatte die Stadt Gommern Kontakte geknüpft zur Stadt Königslutter in Niedersachsen. Diese Kontakte führten zu einer sehr fruchtbaren Städtepartnerschaft. Davon hatte auch der SPD-Ortsverein einen großen Nutzen, denn der SPD-Ortsverein Königslutter unterstützte unseren Ortsverein in jeder Weise. Es gab sowohl materielle Hilfe, aber vor allem sehr intensive Hilfe bei der Wahlkampfzubereitung. Beinahe noch wichtiger war aber die Information über die Funktion der demokratischen kommunalen Selbstverwaltung, die ja alle nicht kannten. Dazu fand am 28.04.1990 ein sehr intensives Seminar mit dem Partner-Ortsverein in Königslutter zu kommunalpolitischen Fragen als Unterstützung des Wahlkampfes bei der Kommunalwahl statt.

Am 06.05.1990 fand dann die erste Kommunalwahl nach der Wende statt. Der Ortsverein hatte sie sehr sorgfältig vorbereitet, ein gutes Wahlprogramm vorbereitet und propagiert, gute Kandidaten aufgestellt und einen intensiven Wahlkampf geführt. Er hatte sich gelohnt, denn die SPD hatte mit 44,88 % aller abgegebenen Stimmen ein hervorragendes Ergebnis erzielt (CDU 22 %, FDP 10,9 %, PDS 8,9 %). Damit erhielt die SPD 9 Stadträte der insgesamt 20 Stadträte und konnte den Bürgermeister stellen, der damals noch durch den Rat gewählt wurde.

Erster frei gewählter Bürgermeister nach der Wende wurde Dipl.-Ing. Klaus Petersen, der ehemals im ZRAW als Konstrukteur tätig war.

Damit hatte die SPD in Gommern an die sozialdemokratischen Traditionen in Gommern nahtlos angeschlossen.

Dieses Wahlergebnis bedeutete aber auch, dass zukünftig ein Schwerpunkt der Arbeit des Ortsvereins die kommunale Arbeit und die Arbeit mit der Stadtratsfraktion der SPD war. Die erste Fraktionssitzung fand am 14.05.1990 statt, als Fraktionsvorsitzender wurde Karl-Heinz Nickel gewählt. In der ersten Stadtratssitzung wurde dann als Vorsitzender des Stadtrats das SPD-Mitglied Dietrich Rosenbaum gewählt.

Am 03.10.1990 kam es zur deutschen Einheit. Zuvor, am 25.09., vereinigten sich die SPD der ehemaligen DDR mit der SPD in der alten Bundesrepublik.

Das Jahr 1990 wird wohl als Wahljahr in die Geschichte des Ortsvereins eingehen. Am 14.10.1990 fand noch die Landtagswahl für das neu geschaffene Land Sachsen-

Anhalt statt. Mit mehreren Wahlkampfveranstaltungen, und wieder mit Unterstützung des Ortsvereins Königslutter, wurde die Wahl vorbereitet. Bei der Wahlkampfveranstaltung am 13.10.1990 stellte sich der Spitzenkandidat Dr. Reinhard Höppner vor.

Unterstützung bekam die junge Ortsgruppe immer wieder durch SPD-Mitglieder und Ortsvereine aus der alten Bundesrepublik. Es gab viel zu lernen, vor allem die Arbeit auf kommunalpolitischem Gebiet war ja völlig neu. Vom 15. - 17.02.1991 fand ein erstes gemeinsames Seminar mit dem SPD-Ortsverein Koblenz in der Friedrich - Ebert - Stiftung in Freudenberg unter dem Thema „Auf dem Weg zur deutschen Einheit - wirtschaftliche und soziale Probleme und Perspektiven“ statt.

Auf der Mitgliederversammlung am 04.04.1991 hielt Giesela Dittmar, Vorsitzende des SPD-Ortsvereins Königslutter, einen Vortrag über die Grundlagen der Sozialdemokratie.

Auch der persönliche Kontakt mit den westdeutschen Freunden wurde gepflegt. So erfolgte am 26.10.1991 ein SPD-Wandern gemeinsam mit Freunden aus Königslutter.

In den Folgejahren entwickelte sich die Stadt Gommern sehr positiv. Das war weitgehend zurückzuführen auf die Arbeit der SPD-Fraktion und ihres Bürgermeisters Klaus Petersen.

1994 war dann wieder ein sehr arbeitsreiches Wahljahr: Bundestagswahl, Landtagswahl, Kommunalwahlen in Kreis und Stadt fanden statt. Der SPD-Ortsverein war sehr aktiv bei der Vorbereitung der Wahlen und veranstaltete zahlreiche Wahlveranstaltungen, u.a. mit Reinhard Höppner als Gast und mehreren Wahlkampfständen auf dem Wochenmarkt unmittelbar vor der Wahl.

Die zweite Kommunalwahl in Gommern am 12.06.1994 zeigte, dass sich die Arbeit gelohnt hatte und die SPD die gestaltende Kraft in Gommern war: Sie errang 54,7 % aller abgegebenen Stimmen und damit 11 Sitze von 20 im Stadtrat.

Auch bei der dritten Kommunalwahl am 13.06.1999 konnte die SPD mit 51,9 % aller Stimmen ein überragendes Wahlergebnis erzielen. 11 von 20 Sitzen im Stadtrat waren der Lohn für die bisher geleistete Arbeit.

Im Jahr 2000 konnte der SPD-Ortsverein mit einem Empfang sein 10-jähriges Bestehen feiern. Das war Anlass für eine Rechenschaftslegung über 10 Jahre erfolgreicher sozialdemokratischer Kommunalpolitik in Gommern. Folgende Ergebnisse wurden erreicht:

Die Umstellung auf die kommunale Selbstverwaltung erforderte den vollständigen Umbau der Verwaltung und die Schaffung neuer Ämter. Äußeres Zeichen dafür ist auch die Rekonstruktion des Alten Rathauses und der Bezug des neuen Rathauses. Das Gesundheitswesen wurde völlig umgestaltet, anstelle der Poliklinik entstanden zahlreiche Arztpraxen.

Im Bildungswesen ergaben sich zahlreiche Veränderungen. Für unsere Jüngsten haben wir eine neue Grundschule erbaut. Derzeit kämpfen wir darum, dass unser Gymnasium endlich annehmbare Bedingungen erhält.

Als eine der ersten Baumaßnahmen entstand ein neues Altenpflegeheim am Mühlenteich. Das alte Altersheim konnte zu einer Jugendherberge umgestaltet werden.

Für die Jugend konnten zwei Kindereinrichtungen erhalten und an freie Träger übergeben werden. Außerdem entstanden zwei Jugendklubs. Die Disko im Gewerbepark ist in der ganzen Region bekannt.

Die größten Veränderungen ergaben sich auf dem Gebiet der Wirtschaft. Auf dem Gelände des ehemaligen ZRAW entstand ein Industriepark, in dem sich verschiedene kleinere Betriebe ansiedelten. In diesem Zusammenhang entstand auch die neue Zentrale der Telekom, die eine störungsfreie Telefonversorgung für ganz Gommern sichert. Die allgemeine wirtschaftliche Lage hat bei der Firmenansiedlung allerdings zu erheblichen Problemen geführt. Die ehemalige Erdöl-Erdgas GmbH hat leider ihren Firmensitz nach Berlin verlegt.

Die Veränderungen auf dem Gebiet der Wirtschaft haben dazu geführt, dass die Stadt verstärkt mit der Arbeitslosigkeit konfrontiert war. Um die Auswirkungen der Arbeitslosigkeit zu mindern, waren bzw. sind zwei ABM-Betriebe entstanden. Diese ABM-Betriebe haben in Gommern bleibende Spuren hinterlassen, u. a. den Abriss des „Schinders (ehemalige Tierkörperverwertungsanstalt)“ und des ZRAW-Heizhauses, aber auch die Errichtung zahlreicher Sehenswürdigkeiten wie Heidegarten, Feuchtbiotop im Pfarrgarten, Kräutergarten.

Gegenüber dem Industriepark entstand auf der anderen Straßenseite der B 184 ein Gewerbepark mit großzügigen Einkaufsmöglichkeiten, Autohäusern, Ansiedlungsmöglichkeiten für Handwerksbetriebe. Weitere Einkaufszentrum wie Norma-Center und die LIDL-Kaufhalle entstanden im Stadtgebiet. Aus der ehemaligen Klubgaststätte entstand ein Einkaufs- und Gastronomiezentrum.

Durch die Initiativen der Gommeraner Bürger und mit Förderung der Kommune entstand in Gommern ein reges Vereinsleben. Gegenwärtig gibt es 22 Vereine auf kulturellem, sportlichem und sozialen Gebiet.

Gommern ist als touristisches Zentrum attraktiver geworden. Die „Wasserburg“ und der „Robinienhof“ sind überall in der Umgegend bekannt, weitere Hotels und Gaststätten entstanden. Die Umgebung des Kulks wurde erschlossen, als Krönung entstanden dort ein Aussichtsturm, der Heidegarten und der Gesteinsgarten, der Gommern sehr bekannt gemacht hat.

Das Leben in Gommern ist lebenswerter und bunter geworden. Im Rahmen des Förderprogramms „Altstadtsanierung“ sind in der Altstadt zahlreiche Plätze und Gebäude neu gestaltet worden, es entstanden kleine Passagen und zahlreiche Grünflächen. In der Neustadt haben die Förderprogramme der Wohnumfeldgestaltung dafür gesorgt, dass der größte Teil der Neubaugebiete recht attraktiv umgestaltet worden sind. Durch den Neubau des HASTRA-Heizwerks wurde die Fernwärmeversorgung des gesamten Neubauviertels gesichert. Außerdem entstanden in Gommern zahlreiche attraktive Neubaugebiete, wie die Wohngebiete Schenkenteich, Pfingstwiese und Blaurock I und II, Am Walde und am Alten Sägewerk.

Auch die Verkehrsverhältnisse haben sich wesentlich verbessert. Als erstes wurde die Knickstraße ausgebaut, es folgte die Hagenstraße, die Rathenaustraße und die Große und Kleine Gartenstraße. In den letzten beiden Jahren wurde in Zusammenarbeit mit dem Straßenbauamt die B 184 in der Ortslage ausgebaut. Unabhängig davon werden sich die Verkehrsverhältnisse erst dann gründlich ändern, wenn die Ortsumgehung Gommern gebaut wird. Auf dem Gebiet der Abwasserversorgung wurden wesentliche Fortschritte gemacht. Durch eine günstige Gestaltung der Bauvorhaben gelang es, für die Bürger Gommern sehr moderate Preise für Wasser und Abwasser zu sichern.

Für die Freiwillige Feuerwehr in Gommern wurde das Gerätehaus erweitert und rekonstruiert und der Fahrzeugpark erweitert.

Diese erfolgreiche Politik wurde unter der Führung des Bürgermeisters Klaus Petersen, der 2001 in direkter Bürgermeisterwahl mit 80,9 % aller Stimmen für eine weitere Wahlperiode bis zum Erreichen der Altersgrenze 2005 bestätigt wurde, und der sozialdemokratischen Fraktion im Stadtrat auch in den Folgejahren fortgesetzt. Gommern hat seinen Ruf als sozialdemokratische Hochburg in vollem Umfang bestätigt.

Eine Änderung ergab sich erst mit der Bildung der Einheitsgemeinde Gommern 2005. Durch die Eingemeindung umliegender Ortschaften hat sich die Zusammensetzung der Bevölkerung und die Parteienstruktur stark gewandelt. Das Wählerpotential für die SPD wurde kleiner, bei der fälligen Bürgermeisterwahl konnte sich der Kandidat der SPD nicht durchsetzen. Aber auch unter den neuen Bedingungen setzt die kleiner gewordene SPD-Fraktion konsequent ihre bisherige Arbeit fort.

Der vorstehende Artikel stellt einen Auszug aus der Chronik des Ortsvereins der SPD Gommern dar, die vollständige Chronik einschließlich Quellennachweis kann beim Ortsverein abgefordert werden.

Wilfried Obermüller/Achim Dähnn, Ilsenburg

Die Wiedergründung der Ilsenburger SPD

Vorwort von Achim Dähnn

Die kleine Stadt **Ilsenburg** am Fuße des Brockens entwickelte sich in den vergangenen 20 Jahren sehr gut. Einen großen Anteil daran hatte die SPD mit ihrem Bürgermeister Wilfried Obermüller. Er hatte dieses Amt vom 19.12.1990 bis zum 30.06.2009 inne und erreichte bei der Direktwahl Zustimmungen bis zu 74 %. Auch die SPD-Fraktion im Stadtrat kann auf absolute Mehrheiten zurückblicken. Grundlage dafür war offensichtlich von Beginn an ein starker Ortsverein. Eine reichlich bebilderte und mit zahlreichen Fakten versehene Chronik dieses Ortsvereins vom 08.02.1990 – 08.02.2010 liegt nun vor. Sie wurde aufgrund der Bitte des SPD-Landesverbandes zur Vorbereitung „20 Jahre SPD in Sachsen-Anhalt“ von Dr. Joachim Dähnn verfasst, der vom 14.05.1990 bis 30.06.2009 Vorsitzender der SPD-Stadtratsfraktion Ilsenburg war. Leider ist es nicht möglich, diese Erfolgsgeschichte mit all ihren Problemen und auch personellen Auseinandersetzungen hier wiederzugeben. Bei Interesse ist sie jedoch vor Ort sowie im Archiv des SPD-Landesverbandes einzusehen. Hier können wir nur den Gründungsvorgang wiedergeben und – wozu nicht viele Ortsvereine Sachsen-Anhalts in der Lage sind – die Namen und Daten derjenigen, die die SPD in Ilsenburg gegründet und geführt haben.

Am 1. Advent, dem 03.12.1989, erzwangen mehr als tausend vor allem aus Ilsenburg und Schierke kommende Wanderer, die von mehreren Bürgerinitiativen dazu aufgerufen worden waren, durch eine gewaltfreie Demonstration vor dem Eingangstor des ummauerten militärischen Sperrbezirks den freien Zugang zum Brockengipfel. In euphorischer Stimmung feierten Ost- und Westtharzer bei glasklarer Fernsicht auf dem mit einer dünnen Schneeschicht bedeckten Brockenplateau ihre Zusammengehörigkeit. Hier trafen Achim Dähnn, Wilfried Obermüller und Siggie Siegel zusammen, die fest entschlossen waren, Mitglieder der am 07.10.1989 in Schwante bei Berlin neu gegründeten Sozialdemokratischen Partei in der DDR (SDP) zu werden. Siggie, Mitglied der Wernigeröder Initiativgruppe, versprach, Achim und Wilfried zur Gründungsversammlung des Wernigeröder SDP-Kreisverbandes einzuladen. Diese Versammlung fand am 19.12.1989 im Kreiskulturhaus Wernigerode statt. Sie wurde ohne Gründung des Kreisverbandes vorzeitig abgebrochen, aber SDP-Beitritts-erklärungen konnten ausgefüllt und abgegeben werden. (Zu diesem Zeitpunkt bekannte sich die SDP zur Einheit der deutschen Nation unter Beachtung des Selbstbestimmungsrechts der beiden Bevölkerungsteile in der DDR und BRD und hielt eine Wiedervereinigung nicht für sinnvoll. Die monopolistische Marktwirtschaft der BRD sollte nicht übernommen werden. Diese Position vertrat auch die junge Rednerin, eine Mitarbeiterin des Konsistoriums der evangelischen Kirche in Magdeburg. Sie wurde von anwesenden Blankenburgern lautstark beschuldigt, dass sie eine marxistisch-leninistische Vorlesung halten würde. Diese Provokation veranlasste die Versammlungsleitung, die Gründung des Kreisverbandes zu vertagen.)

Auf Einladung der aus Peter Buchmann, Siggie Siegel und Uli Werther bestehenden Initiativgruppe der SDP Wernigerode wurde dann am 2.1.1990 in einem Raum der

SED-Kreisleitung Wernigerode (unter der Büste Ernst Thälmanns, aber nicht unter seiner Schirmherrschaft) der SDP-Ortsverband Wernigerode gegründet und die Initiativgruppe als Vorstand mit Uli Werther als 1. Sprecher gewählt. Diesem Ortsverband gehörten fünfzehn WernigeroderInnen und die Ilsenburger Achim Dähn und Wilfried Obermüller an. Als Gäste nahmen an dieser Gründungsversammlung Dalingeröder SDP-Mitglieder, die zahlenmäßig bereits einen eigenen Ortsverein gründen konnten, und Seesener Sozialdemokraten teil.

Der erste nicht öffentliche Auftritt der SDP in Ilsenburg fand am 8.1.1990 in der Kaserne auf dem Mahrholzberg statt. Dort saßen von 15 bis 17 Uhr Achim Dähn und Wilfried Obermüller mit gemischten Gefühlen den Offizieren der Ilsenburger Grenztruppen gegenüber und erläuterten ihnen das Grundsatzprogramm der SDP, für das sich die Offiziere interessierten.

Schließlich wurde am 10.1.1990 in der damals so genannten „SDP-Baracke“ auf dem Gelände der ehemaligen SED-Kreisleitung der SDP-Kreisverband Wernigerode gegründet, zum dem u.a. die Ortsverbände Benneckenstein, Darlingerode, Elbingerode, Rübeland und der an diesem Abend mit den drei Mitglieder Achim Dähn, Uli Lasar und Wilfried Obermüller neu gegründete SDP-Ortsverein Ilsenburg gehörten. (In Blankenburg war zuvor ein eigener SDP-Kreisverband gegründet worden.) Wilfried Obermüller wurde an diesem Abend 1. Sprecher des Ilsenburger SDP-Ortsvereins und Delegierter des SDP-Kreisverbandes Wernigerode für die Delegiertenkonferenz der SDP vom 12. bis 14.1.1990 in Berlin, bei der die SDP in SPD in der DDR umbenannt wurde.

Zur Vorbereitung der ersten öffentlichen Ilsenburger SPD-Veranstaltung fanden am 20.1. und 27.1.1990 in Achim Dähns Wohnung zwei Mitgliederversammlungen des inzwischen neunköpfigen Ortsvereins statt, an denen Achim Dähn, Ralf Denk, Werner Haberland, Uli Lasar, Wilfried Obermüller und Achim Tholen teilnahmen sowie Udo Hasenbalg und Harald und Dagmar Wittig, die beabsichtigten, gemeinsam dem Ortsverein beizutreten.

Am 1.2.1990 stellte sich er SPD-Ortsverein im vollbesetzten evangelischen Gemeindehaus den IlsenburgerInnen vor, tatkräftig unterstützt von den Bad Harzburger SPD-GenossInnen Günter Kasties, Wolfgang Kullig und Christa Voges. Die Veranstaltung wurde ein voller Erfolg. Mehr als zehn neue Mitglieder wurden aufgenommen. Sie hatte folgende Tagesordnung:

- 1) Begrüßung und Kurzbericht zur Entstehung des Ortsvereins (Achim Dähn)
- 2) Grundsatzprogramm der SPD in der DDR (Achim Dähn)
- 3) Bericht von der Delegiertenkonferenz in Berlin (Wilfried Obermüller)
- 4) Die SPD-Satzung (Wilfried Obermüller)
- 5) Ziele der SPD in der Arbeit (Ralf Denk)
- 6) Grußwort des SPD-Ortsvereins Bad Harzburg (Günter Kasties, Wolfgang Kullig)
- 7) Diskussion und Aufnahme neuer Mitglieder.

Am 3.2.1990 nahm Achim Dähn als Delegierter des SPD-Kreisverbandes Wernigerode an der Bezirksdelegiertenkonferenz in Magdeburg teil, bei der er als Delegierter des SPD-Bezirks Magdeburg für die beiden Parteitage der SPD in der DDR vom 22. bis 25.2.1990 in Leipzig und am 9.6.1990 in Halle gewählt wurde.

Die Wiedergründung der Ilsenburger SPD fand ihren Abschluss mit der nichtöffentlichen konstituierenden SPD-Mitgliederversammlung, die am 8.2.1990 im evangelischen Gemeindehaus in Anwesenheit von 22 der zu diesem Zeitpunkt 25 Ortsvereinsmitglieder stattfand.

Sie hatte folgende Tagesordnung:

- 1) Vorstellung der Mitglieder,
- 2) Wahl des Ortsvereinsvorstandes,
- 3) Bericht von Achim Dähnn über die Bezirksdelegiertenkonferenz,
- 4) Wahl eines Volkskammerkandidaten,
- 5) Erlebnisbericht des SAJ-Mitgliedes Frieda Wagner.

Die geheime Wahl des Vorstandes hatte folgendes Ergebnis:

Vorsitzender: Wilfried Obermüller, 1. Stellvertreter: Achim Dähnn, 2. Stellvertreter: Ortwin Ringleb, 3. Stellvertreterin: Margarete Potutschek, Kassenwart: Ralf Denk, Vorstandsmitglied für Jugendarbeit: Corinna Collette. Ortwin Ringleb wurde Volkskammerkandidat.

Gründungsmitglieder des SPD-Ortsvereins Ilsenburg

Eintrittsdatum	Name	Geburtsdatum
19.12.1989	Achim Dähnn	04.10.1933
01.01.1990	Wilfried Obermüller	26.06.1944
10.01.1990	Uli Lasar	17.10.1953
15.01.1990	Ralf Deuk	28.12.1952
15.01.1990	Gerhard Sarowny	22.09.1920
18.01.1990	Werner Haberland	30.08.1936
18.01.1990	Christa Pohl	25.12.1948
20.01.1990	Achim Tholen	10.06.1946
22.01.1990	Arno Posselt	20.07.1922
01.02.1990	Erika Behrens	19.07.1939
01.02.1990	Katrin Behrens	24.04.1969
01.02.1990	Otto Beusch	06.08.1928
01.02.1990	Corinna Collette	10.04.1971
01.02.1990	Udo Hasenbalg	08.02.1960
01.02.1990	Bernd Knabe	23.10.1959
01.02.1990	Margarete Potutschek	09.06.1941
01.02.1990	Willi Probst	28.02.1924
01.02.1990	Ortwin Ringleb	02.11.1949
01.02.1990	Frieda Wagner	29.10.1913
01.02.1990	Jörg Werner	23.10.1963
08.02.1990	Rudi Borchers	01.01.1943
08.02.1990	Hans Hümer	08.02.1944
08.02.1990	Andreas Huss	1963
08.02.1990	Mario Pollin	12.03.1968
08.02.1990	Horst Wagner	30.12.1937
-----	-----	-----
22.02.1990	Maria Feldheim	09.04.1931
03.03.1990	Jörg Duwald	24.12.1946
03.03.1990	Uwe Zelk	03.12.1963

27.10.1990	Jörg Peters	18.01.1954
09.11.1990	Christa Bendix	09.06.1928
28.02.1991	Hella Hümer	20.04.1947
16.04.1991	Carl Kötzl	27.11.1912
17.04.1991	Heinz Peters	09.08.1919
27.05.1991	Uli Förster	27.06.1954
19.09.1991	Uwe Dannhauer	12.08.1944
13.12.1991	Georg Göbel	11.01.1907
13.12.1991	Eduard Lawnik	25.09.1910

Vorstand des SPD-Ortsvereins Ilsenburg 1990 bis 2005

08.02.1990:

Vorsitzender:	Wilfried Obermüller
1. Stellvertreter:	Achim Dähnn
2. Stellvertreter:	Ortwin Ringleb
3. Stellvertreterin:	Margarete Potutschek
Kassierer:	Ralf Deuk
Vorstandsmitglied für Jugendarbeit:	Corinna Collette.

04.09.1990:

Vorsitzender:	Achim Dähnn
Stellvertreter:	Ralf Deuk
Kassierer:	Udo Hasenbalg
Schriftführerin:	Christa Pokl
Vorstandsmitglied für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit:	Werner Haberland.

25.01.1991:

Kassierer:	Otto Beusch.
------------	--------------

12.06.1992:

Vorsitzender:	Ortwin Ringleb
Stellvertreter:	Uwe Dannhauer
Kassierer:	Otto Beusch
Schriftführerin:	Katrin Behrens
Vorstandsmitglieder:	Erika Behrens, Uli Förster, Werner Haberland.

18.02.1994:

Vorsitzender:	Hans Hümer
Stellvertreter:	Achim Dähnn, Maria Feldheim
Kassiererin:	Christa Bendix
Schriftführerin:	Margarete Potutschek
Vorstandsmitglieder:	Uli Förster, Udo Hasenbalg, Wilfried Obermüller.

23.02.1996:

Vorsitzender
Stellvertreter:

Hans Hümer
Achim Dähnn,
Maria Feldheim
Christa Bendix
Margarete Potutschek
Uwe Dannhauer,
Uli Förster,
Udo Hasenbalg.

Kassiererin:
Schriftführerin:
Vorstandsmitglieder:

18.03.1998:

Vorsitzender:
Stellvertreter:

Hans Hümer
Achim Dähnn,
Corinna Riemenschneider
Christa Bendix
Margarete Potutschek
Uli Förster,
Udo Hasenbalg,
Olaf Schmiedeck.

Kassiererin:
Schriftführerin:
Vorstandsmitglieder:

04.02.2000:

Vorsitzender:
Stellvertreter:

Hans Hümer
Olaf Schmiedeck,
Günter Wohlgemuth
Christa Bendix
Heidi Baumgartl
Uli Förster,
Margarete Potutschek,
Michael Schulze.

Kassiererin:
Schriftführerin:
Vorstandsmitglieder:

01.02.2002:

Vorsitzender:
Stellvertreter:

Günter Wohlgemuth
Hans Hümer,
Michael Schulze
Christa Bendix
Heidi Baumgartl
Margarete Jurkowski-Potutschek,
Gertrud Schmidt,
Monika Wohlgemuth.

Kassiererin:
Schriftführerin:
Vorstandsmitglieder:

13.02.2004:

Vorsitzender:
Stellvertreter:

Günter Wohlgemuth
Hans Hümer,
Michael Schulze
Christa Bendix
Achim Dähnn
Margarete Jurkowski-Potutschek,
Gertrud Schmidt,
Moni

Kassiererin:
Schriftführer:
Vorstandsmitglieder:

Die Entstehung der SDP/SPD in den Bezirken Magdeburg und Halle. Die Entwicklung der Ortsvereine in Dessau, Halle, Magdeburg und Stendal bis zur Gründung des SPD-Landesverbandes Sachsen-Anhalt 1990

Magisterarbeit
zur Erlangung des Grades Magister Artium in den Fächern Geschichte und
Politikwissenschaft an der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg



ingereicht von:

Udo Krause

12. Semester Geschichte/Politikwissenschaft

Matrikelnummer: 172019

Erstgutachter:

Prof. Dr. Mathias Tullner

Zweitgutachterin:

Dr. Roswitha Willenius

Westring 15

39108 Magdeburg

Email: UdoKrause84@aol.com

Magdeburg, den 15. Juni 2010

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	04
2. Der Untergang der DDR und die Gründung der Sozialdemokratischen Partei in der DDR	09
2.1 Vorbedingungen: Die DDR in ihrer Endphase	09
2.1.1 Der Beginn der friedlichen Revolution – Die Kommunalwahlen vom Mai 1989	09
2.1.2 Die Flüchtlingswellen – Ausreise als Mittel der Oppositionellen	11
2.1.3 Die Massendemonstrationen – Eine Protestwelle unkalkulierbaren Ausmaßes	12
2.2 Die Gründung der Sozialdemokratischen Partei in der DDR	16
2.2.1 Die Initiativgruppe zur Gründung einer sozialdemokratischen Partei in der DDR	16
2.2.2 Die Gründung der SDP am 7. Oktober 1989 in Schwante	18
2.2.3 Die Programmatik und der Aufbau der Partei	20
2.2.4 Der Berliner und Leipziger Parteitag vom Januar und Februar 1990	22
3. Die Gründung der SDP/SPD in den Bezirken Magdeburg und Halle am Beispiel einzelner Ortsvereine	27
3.1 Dessau – Sozialdemokratie in der Stadt des Bauhauses	27
3.1.1 Die Gründung der SDP in Dessau	28
3.1.2 Die Entwicklung/Kontinuitätslinien der SDP/SPD im Einheitsjahr 1990	30
3.1.3 Der Einfluss von „Außen“ - Die Kirche, Westkontakte und eintrittswillige ehemalige SED-Mitglieder	32
3.1.4 Zwischenfazit	33
3.2 Halle – Die sozialdemokratische Diaspora	34
3.2.1 Die Gründung der SDP in Halle	34

3.2.2 Die Entwicklung/Kontinuitätslinien der SDP/SPD im Einheitsjahr 1990	37
3.2.3 Der Einfluss von „Außen“ - Die Kirche, Westkontakte und eintrittswillige ehemalige SED-Mitglieder	39
3.2.4 Zwischenfazit	40
3.3 Magdeburg – Einstige Hochburg der Sozialdemokratie	41
3.3.1 Die Gründung der SDP in Magdeburg	42
3.3.2 Die Entwicklung/Kontinuitätslinien der SDP/SPD im Einheitsjahr 1990	45
3.3.3 Der Einfluss von „Außen“ - Die Kirche, Westkontakte und eintrittswillige ehemalige SED-Mitglieder	47
3.3.4 Zwischenfazit	48
3.4 Stendal – Sozialdemokratie in der „schwarzen“ Altmark	49
3.4.1 Die Gründung der SDP in Stendal	50
3.4.2 Die Entwicklung/Kontinuitätslinien der SDP/SPD im Einheitsjahr 1990	52
3.4.3 Der Einfluss von „Außen“ - Die Kirche, Westkontakte und eintrittswillige ehemalige SED-Mitglieder	53
3.4.4 Zwischenfazit	55
4. Epilog: Die Gründung des SPD-Landesverbandes in Quedlinburg am 25. August 1990	57
5. Schlussfolgerungen/Fazit	59
6. Abkürzungsverzeichnis	63
7. Quellen- und Literaturverzeichnis	65
8. Anhang	73

1. Einleitung*

Nach Ende des Zweiten Weltkrieges wurde im Bereich der Sowjetischen Besatzungszone aus der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) und der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED) zwangsvereinigt. Seit diesem Zusammenschluss im Jahr 1946 gab es in der Sowjetischen Besatzungszone und der späteren Deutschen Demokratischen Republik (DDR) keine sozialdemokratische Partei mehr. Im Parteienspektrum der DDR existierten neben der ca. 2,2 Millionen Menschen umfassenden mitgliederstärksten Partei der SED die sogenannten Blockparteien. Im einzelnen waren das: die CDU (die 1945 gegründete Christdemokratische Union im Osten), die LDPD (die 1945 gegründete Liberaldemokratische Partei Deutschlands), die DBD (Demokratische Bauernpartei Deutschlands, 1948 auf Betreiben der SED gegründet um die Landbevölkerung in ihrem Sinne zu binden), die NDPD (1948 auf Betreiben der SED gegründet, um nationale und patriotische Kräfte an sich zu binden). In der Nationalen Front schlossen sich alle DDR-Parteien zusammen und agierten bei Wahlen auf einer gemeinsamen Liste.

Ein wichtiger Ansatz für die Aufarbeitung des Forschungsgegenstandes ist hierbei die Parteienforschung. Sie bezieht sich auf die Entstehung, Entwicklung und Veränderungen politischer Parteien. Die Parteienforschung fragt auch nach theoretischen bzw. ideologischen Grundlagen einer Partei und nach deren Wirkung und gesellschaftlicher Einordnung. Eine politische Partei ist hierbei ein auf verschiedener Weise organisierter Zusammenschluss von Menschen, der danach strebt, politische Macht zu erlangen. In einem Mehrparteiensystem konkurrieren dabei politische Parteien, um Entscheidungspositionen zu besetzen. Eine Partei trägt zur politischen Willensbildung bei und verfolgt dabei ihre sachlichen oder ideellen Ziele. Auch sollte sie eine Verbindung zwischen dem Staat und seinen Bürger sein. Zu unterscheiden sind Parteien von politischen Bewegungen. Eine Bewegung umfasst dabei unterschiedliche Organisationsformen und versucht mit unterschiedlichen Mobilisierungs- und Handlungsstrategien, auf den gesellschaftlichen Wandel einzuwirken. Es wird versucht parteiübergreifend zu agieren und eine Plattform zum Meinungs austausch zu bilden.

Zum 40. Jahrestag der DDR am 7. Oktober 1989, wurde in Schwante die Sozialdemokratische Partei in der DDR (SDP) gegründet. Zudem war diese Gründung die erste und eine der wenigen Parteineugründungen in der Phase des Herbst 1989 und der sog. „Wendezeit“. Kaum eine andere Zeit der Deutschen Demokratischen Republik ist interessanter als die Spätphase der DDR. Mit ihr verbunden ist die Zeit der großen Ausreisewellen, welche im Sommer des Jahres 1989 stattfanden. Diese und Ereignisse wie die Fälschung der Kommunalwahlen im Mai bildeten den Auftakt einer Zeit der Umwälzungen in der DDR, welche schließlich zu deren Untergang führen sollten.

Ein interessantes Phänomen bezüglich der Neugründung dieser sozialdemokratischen Partei ist die Tatsache, dass sie aktiv durch Mitglieder der evangelischen Kirche forciert wurde. Vielfach wurde deshalb die SDP scherzhaft auch als „Pastorenpartei“ bezeichnet. Oft waren Pastoren und andere Kirchenvertreter die Gründer oder Gründungsmitglieder einzelner

** Die hier abgefasste Einleitung und Schlussfolgerungen/Fazit, entstammen der am 15. Juni 2010 an der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg eingereichten Magisterarbeit: „Die Entstehung der SDP/SPD in den Bezirken Magdeburg und Halle. Die Entwicklung der Ortsvereine in Dessau, Halle, Magdeburg und Stendal bis zur Gründung des SPD-Landesverbandes Sachsen-Anhalt 1990“. Betreut wurde diese Arbeit von Prof. Dr. Mathias Tullner und Dr. Roswitha Willenius. Die gesamte Gliederung der Arbeit ist dem hier ebenfalls abgedruckten Inhaltsverzeichnis zu entnehmen.

Ortsvereine. Daher spielen in der Betrachtung dieser Parteigründung auch religiöse Ansichten eine Rolle.

Bezogen auf das Gebiet des heutigen Sachsen-Anhalts, wurde bisher noch nichts Vergleichbares veröffentlicht. Lediglich einzelne von mir betrachtete Orts- und Stadtverbände erstellten selbst Chroniken und Festschriften jeweils zu deren Jubiläen. Beispiele hierfür sind die vorliegenden Materialien des Ortsvereins Stendals sowie des Stadtverbandes Dessau: „10 Jahre SPD Stendal“ und „Von der SDP zur SPD. Gründungsgeschichte der SPD in Dessau vom Herbst 1989 bis Ende 1990“. Weiterhin existiert die vom Stadtverband Halle herausgegebene Publikation „Wende.Punkt Halle. 20 Jahre SPD in Halle“. Darüber hinaus gibt es eine Vielzahl von Publikationen, welche sich mit dem Forschungsgegenstand auf DDR-Ebene befassen und die Entwicklung der Gesamtpartei reflektieren. Beispiel hierfür ist das von Wolfgang Gröf verfasste Werk „In der frischen Tradition des Herbstes. Die SDP/SPD in der DDR. Von der Gründung über die Volkskammerarbeit zur deutschen Einheit“. Des Weiteren erscheinen in regelmäßiger Abfolge von jeweils zwei Jahren, herausgegeben von der Historischen Kommission des SPD-Landesverbandes Sachsen-Anhalt, die „Beiträge zur Geschichte der Sozialdemokratie in Sachsen-Anhalt“.

Ziel dieser Arbeit soll es sein, exemplarisch darzustellen, wie- von den ersten Ortsvereinsgründungen ausgehend bis hin zur Gründung des SPD-Landesverbandes- eine Partei entstanden ist. Dabei wird versucht anhand einzelner Ortsvereine die Entwicklung der SPD Sachsen-Anhalts der Jahre 1989/90 aufzuzeigen. Es ist zweifelsohne nicht möglich, das gesamte Gebiet des heutigen Sachsen-Anhalts flächendeckend zu analysieren. Bei der Auswahl der einzelnen Fallbeispiele wurde versucht, u.a. nach Traditionslinien zu suchen. Magdeburg stellt hierbei historisch gesehen eine ehemalige Hochburg der Sozialdemokratie dar. Halle hingegen kann als ein klassisches Gegenbeispiel angesehen werden. Hier kann man aus historischer Perspektive eher von einer sozialdemokratischen Diaspora reden. Der Stadtverband Dessau wurde zum Teil aufgrund seiner sehr guten Quellenlage ausgewählt. Wie erwähnt existiert hier eine Chronik, welche durch ausgezeichnete Quellenarbeit charakterisiert wird. Aus geographischer Perspektive ist der Ortsverein Stendal in den Kanon aufgenommen worden. Dieser im Norden Sachsen-Anhalts gelegene Ortsverein liegt mitten im ländlichen Raum, zudem in einer struktur- und einwohnerschwachen Region.

Als Quellen liegen für diese Arbeit in gedruckter als auch handschriftlicher Form Plakate, Wahlaufrufe, Gründungsdokumente, Wahlwerbung, Parteikommunikation, Flugblätter usw. vor. Diese Archivalien stammen aus den jeweiligen Stadtarchiven der betreffenden Fallbeispiele, aus dem *Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung* in Bonn und dem Archiv des SPD-Landesverbandes Sachsen-Anhalt in Magdeburg. Weiterhin soll auch auf Quellenmaterial aus dem *Archiv der Bundeszentrale für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (BStU)* mit seinen Außenstellen Magdeburg und Halle zurückgegriffen werden. Ein zu erwähnender Umstand, der die Quellenlage betrifft, ist der, dass ein beträchtlicher Teil leider noch heute nicht zur Verfügung steht. Dieser befindet sich entweder in unerschlossenem Privatbesitz oder noch in der Archivauswertung.

Als zusätzliches Quellenmaterial wurden Interviews erstellt, welche mit Zeitzeugen der betreffenden Ortsvereine oder Stadtverbände geführt wurden. Im Sinne der Zeitgeschichte haben Zeitzeugenberichte eine besondere Bedeutung. Die „Oral History“ ist zu einem festen Bestandteil der Forschung geworden. Bei einer schlechten Quellenlage können die Berichte mitunter die einzige Quelle sein. Jedoch ist die Zeitzeugenbefragung nicht unproblematisch. Jeder Mensch hat eine eigene Wahrnehmung der Ereignisse. Folglich ist immer ein

subjektiver Faktor vorhanden. Dennoch ist für die Aufarbeitung des darzustellenden Untersuchungsgegenstandes eine Befragung von Zeitzeugen unabdingbar und stellt eine Belebung der Geschichte dar. Die Fragen, die den Zeitzeugen gestellt wurden, fließen dabei in die Analyse eines jeden Ortsvereins/Stadtverbandes ein. Aufbauend auf den unseren Zeitzeugen gestellten Fragen ergaben sich verschiedene Parameter. Diese sollen zur besseren Vergleichbarkeit der jeweiligen Fallbeispiele führen. Im Einzelnen ergaben sich folgende Kriterien:

Zunächst ist es wichtig zu hinterfragen welche Gründe dazu führten, in dem gewählten Ort eine sozialdemokratische Partei zu gründen. Hierbei ist zu klären, ob diese Gründe einen traditionellen Hintergedanken hatten, wie man in Magdeburg aufgrund seiner sozialdemokratischen Geschichte vor der Machtübernahme der Nationalsozialisten vermuten könnte. Ein weiteres, eher praktisches Kriterium ist jenes, nach dem organisatorischen Ablauf der Gründung des einzelnen Beispiels zu fragen. Darin inbegriffen ist auch die persönliche Betrachtung der Gründungsmitglieder des Ortsvereins. Darauf aufbauend ist es interessant zu beobachten, wie sich die Partei in den zu analysierenden Orten entwickelt und welchen Wandel diese im Einheitsjahr 1990 vollzogen hat. Auch ist es von Interesse, auf die Außeneinwirkung der Partei einzugehen. Hierbei haben die Hilfe und der Einfluss sowohl der Kirchen als auch vorhandener Westkontakte eine große Bedeutung. Schließlich richtet sich der Blick auf den Umgang mit ehemaligen SED-Mitgliedern, welche in die neugegründete SDP/SPD eintreten wollten.

In einem allgemeinen Teil wird zunächst ein Einblick über die Vorbedingungen erfolgen, die die Endphase der DDR kennzeichneten. Die Ereignisse werden ausgehend von der Kommunalwahl im Mai 1989 in der DDR betrachtet. Bei dieser regte sich zum ersten Mal ein großer oppositioneller Widerstand. Dieser Widerstand kann als Beginn des politischen Niedergangs der DDR gewertet werden und bringt zum ersten Mal den Unmut der sich mit der Lage innerhalb des Staates lebenden Bürger zum Ausdruck. Daran anschließend kam es im Sommer 1989 zu den großen Flüchtlingsströmen, in deren sich mit dem System unzufriedene Bürger mittels verschiedener Möglichkeiten einen Ausweg aus der DDR suchten. Als Beispiele sind hier u.a. die Flucht über Ungarn und die mehrmalige Besetzung der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Prag anzusehen. Als Höhepunkt des politischen Protests sind hingegen die Massendemonstrationen im Herbst 1989 zu werten.

Weiterhin wird auf die Gründung der SDP in ihrer Gesamtheit auf der Ebene der DDR einzugehen sein. Dazu wird anfangs auf die Initiativgruppe zur Gründung einer sozialdemokratischen Partei eingegangen. Diese schon im August des Jahres 1989 existierende Initiativgruppe bereitete schließlich die Gründung der SDP am 7. Oktober 1989 in Schwante, im heutigen Brandenburg gelegen, vor. Weiterer Punkte der Betrachtung werden neben den Zielen der Partei auch deren Programmatik und die wichtigsten Parteitage in Berlin und Leipzig sein.

Im analytischen Teil der Betrachtung wird auf die Fallbeispiele in den einzelnen Bezirken mit den aufgeführten Kriterien einzugehen sein. Jedes Beispiel endet hierbei mit einem zusammenfassenden Zwischenfazit. Ein Bezirk war eine Verwaltungseinheit in der Deutschen Demokratischen Republik. Die Bezirke bildeten zwischen 1952 und 1990 die mittlere Ebene der staatlichen Verwaltung. Durch die Verwaltungsreform von 1952 wurde die DDR in 14 Bezirke eingeteilt, die die Aufgaben der Landesregierungen übernahmen. Sie gliederten sich weiter in Land- und Stadtkreise. Die Bezirke waren nach Bevölkerungszahl, Fläche und Status mit den bundesdeutschen Regierungsbezirken vergleichbar. Sie hatten allerdings weder politische Autonomie wie ein Bundesland der Bundesrepublik Deutschland, noch hatten sie

Selbstverwaltungsrechte. Die beiden Bezirke, mit denen sich die Arbeit beschäftigt, sind die Bezirke Magdeburg und Halle. Hierbei stellte der Bezirk Magdeburg, mit einer Gebietsfläche von 11.526 km² (gegenüber Halle mit 8.771 km²), die größere Verwaltungseinheit dar. Demgegenüber war der Bezirk Halle jedoch mit ca. 1.776.500 Menschen (im Vergleich zu ca. 1.249.500 Menschen), der einwohnerstärkere Bezirk. Aus beiden Bezirken entstand im Zuge der Deutschen Einheit das Bundesland Sachsen-Anhalt.

Der Endpunkt der Abfassung fällt in den August 1990. Dort formierte sich mit der Zusammenführung der beiden SPD-Bezirksverbände Halle und Magdeburg der SPD-Landesverband Sachsen-Anhalt. Als Abschluss der Betrachtung dient ein Epilog über die Gründungsveranstaltung, welche in Quedlinburg stattfand. Dies erfolgt in Verbindung mit einem Ausblick über weitere die SPD betreffenden Ereignisse des Jahres 1990 und darüber hinaus.

Die Arbeit mündet abschließend in das Fazit und in die sich daraus ergebenden Schlussfolgerungen. Zusammenfassend sollen hier die wichtigsten Erkenntnisse miteinander verglichen werden und Anregungen bezüglich weiterer Arbeiten im Sinne der Parteienforschung erfolgen.

5. Schlussfolgerungen/Fazit

Die vorangegangene Analyse zeigt exemplarisch, wie sich einzelne Ortsvereine und Stadtverbände in den früheren Bezirken Halle und Magdeburg gründeten. Ausgehend von den Wahlfälschungen des Jahres 1989 begann der endgültige politische und staatliche Niedergang der DDR. Die Verkettung der Ereignisse wurde durch die folgenden Flüchtlingswellen des Jahres erweitert und kulminierte in den erwähnten Massendemonstrationen. Somit wurde ein Umfeld geschaffen in dem es den Oppositionsgruppen möglich wurde, sich zu etablieren und festzusetzen. Der SDP gelang es dabei eine Partei zu gründen, die wesentlichen Einfluss auf die Geschehnisse bis zur deutschen Einheit haben sollte. Es wurde dargestellt, wie mit der Gründung der Partei auf DDR-Ebene die ersten Gründungen auf Bezirks- und Stadtebene vollzogen wurden und damit eine Etablierung im gesamten Land erfolgen konnte.

Die Analyse zeigt, dass auf unterschiedlichster Art und Weise in den Fallbeispielen Dessau, Halle, Magdeburg und Stendal einzelne Gliederungen der Gesamtpartei entstanden. Da Geschichte immer auch die Geschichte einzelner Personen ist, bildeten die geführten Interviews einen wichtigen Bestandteil der Betrachtungen. Aus den verschiedensten Motiven entschlossen sich die Handelnden, eine sozialdemokratische Partei zu gründen. So waren zum einen die von Willy Brandt angestoßene Ostpolitik und die Leitlinien der westdeutschen Sozialdemokratie die wichtigsten Motive. Auch besann man sich teilweise auf sozialdemokratische Traditionen der früheren Jahre. Alle Gründungsinitiativen mussten von Anfang an ohne Infrastruktur auskommen und sie, im Gegensatz zu den etablierten Parteien, erst mühsam aufbauen. Dieser Fakt sollte sich im bevorstehenden Wahlkampf negativ auswirken. Dennoch stellte die SDP eine wirkliche neue Parteigründung dar und war eine der wenigen Alternativen zur SED und den Blockparteien.

Die Wahlen des Jahres 1990 waren für die SDP landesweit eine herbe Enttäuschung und widersprachen den Erwartungen an diese neue Partei. Auffallend ist jedoch ein Nord-Süd-Gefälle in den Wahlergebnissen. Im Bezirk Magdeburg errang die Partei mehr Stimmen der Wähler als beispielsweise im Bezirk Halle. Umgedreht entstanden die Stadtverbände Dessau

und Halle früher (Ende Oktober), als der nördlicher gelegene Stadtverband Magdeburg und der Ortsverein Stendal (November und Dezember). Auffallend negativ war auch die Entwicklung der Mitgliederzahlen. Die neugegründeten Fallbeispiele konnten in der Regel nur etwas mehr als 10 Prozent ihrer früheren Mitgliederzahlen erreichen. Dieser Umstand hat mehrere Facetten. Zum einen spielen heutzutage Parteien nicht mehr die identitätsstiftende Rolle der früheren Zeiten. Auch andere Parteien haben Probleme, einen großen Mitgliederstamm zu entwickeln. Zum anderen ist auf dem Gebiet der ehemaligen DDR eine fehlende politische Tradition festzustellen. Zu lange dauerte die Herrschaft der SED an, als dass man auf der alten Tradition vor dem Zweiten Weltkrieg aufbauen konnte. Darüber hinaus fehlt das klassische Arbeitermilieu, aus welchem die SPD in der Vorzeit ihren größten Zuspruch errang.

Wie beschrieben, sind auch heute noch viele Gründungsmitglieder politisch aktiv und Mitglieder der SPD. In dieser Hinsicht lässt sich eine Kontinuität feststellen. Wie geschildert, folgten einige Personen einer politischen Laufbahn und gaben ihren früheren Beruf auf. Sie wurden im weiteren Verlauf Mitglied des Bundes- oder Landtages, übernahmen politische Ämter wie das des Oberbürgermeisters einer Stadt, wurden Minister oder übernahmen tragende Ämter innerhalb der SPD. Andere wiederum erklommen nicht die große politische Leiter, sondern zogen sich aus der Politik zurück, übernahmen kleinere Ämter in ihren Stadtparlamenten oder wurden Stadträte.

Alle aufgezeigten Fallbeispiele hatten mehr oder weniger einen äußeren Einfluss. In erster Linie war dies die Kirche. Hierbei muss man zwischen der evangelischen und der katholischen Kirche unterscheiden. Die Opposition der 1980er Jahre fand ihren Handlungsraum unter dem Schutzdach der Kirche, denn diese war die einzige Großorganisation der DDR, die ihre innere Autonomie hatte bewahren können. In der evangelischen Kirche überwog die Tendenz, sich gesellschaftlich zu engagieren, wobei auf katholischer Seite eine politisch zurückhaltende Einstellung vorherrschte. Deshalb bot die katholische Kirche ihr schützendes Dach auch erst Ende Oktober 1989 an. Des Weiteren fehlten dieser Konfession die Symbolfiguren, die öffentlich in Erscheinung traten. Dies bedeutete im Umkehrfall aber nicht, dass keine Katholiken an der Revolution beteiligt waren. Zahlreiche Katholiken gehörten zu den aktivsten des Jahres 1989. Innerhalb der evangelischen Kirche existierte zu dieser Zeit allerdings ein „Kirchenleitung-Basis-Konflikt“. Dies bedeutet, dass die kirchliche Beteiligung an der Revolution „von unten“ kam, also von der Basis. Die Kirchenfunktionäre hingegen gingen einer konfliktvermeidenden Strategie mit dem SED-Regime nach.

Der beschriebene Einfluss, vor allem durch die evangelische Kirche, zeigte sich auch innerhalb der geschilderten SDP-Gründungen. Entweder fand die Gründung in den Räumen der Kirche statt oder Kirchenvertreter waren Gründungsmitglieder, im Idealfall fiel beides zusammen. Die Kirche stellte das oppositionelle Zentrum dar, von welchem aus die Gründungen initiiert wurden. Hilfe aus der Bundesrepublik erteilte die Ortsvereine in der Regel aus den Partnerstädten der jeweiligen Stadt. Diese Hilfe war meist materiell oder äußerte sich in Form der Unterstützung bei den anstehenden Wahlen des Jahres 1990. Die ablehnende Haltung gegenüber ehemaligen SED-Mitgliedern war vollkommen berechtigt. Zum einen aus Gründen des Selbstschutzes, immerhin erklärte man die SED als den größten politischen Gegner. Zum anderen aus taktischen Gründen, da, der politische Gegner im Begriff war, in Wahlkampagnen aus der Aufnahme ehemaliger SED-Mitglieder Profit zu schlagen. Letztendlich blieb es dem Ortsverein überlassen, ob aufgenommen wurde oder nicht.

Der dargestellte Themenbereich zeigt einen großen Bedarf an Aufarbeitung. Im Sinne der Parteienforschung ist auf dem Gebiet des heutigen Sachsen-Anhalts für die Zeit der friedlichen Revolution noch nicht viel erarbeitet worden. Es existieren große Lücken, nicht nur in Bezug auf die Geschichte der SPD in Sachsen-Anhalt, sondern auch in Bezug auf eine Aufarbeitung für alle weiteren Parteien.

Eine mögliche künftige Aufgabe an Historiker ist die Aufarbeitung der SPD-Wiedergründung, nicht nur in exemplarischer Form, sondern in ihrem Gesamtumfang. Zu denken ist hier an eine flächendeckende Schilderung der SDP/SPD-Gründungen im Zuge der Ereignisse der Jahre 1989/1990 in den Bezirken, die heute das Land Sachsen-Anhalt ausmachen. In diesem Sinne stellt die Quellenproblematik dieser Epoche eine besondere Aufgabe an weitere Arbeiten. Schriftliche Aufzeichnung oder Protokolle aus der Gründungsphase sind oft nicht vorhanden oder existieren nur fragmentarisch. Viele wichtige Quelldokumente sind entweder nicht auffindbar oder befinden sich in Privatbeständen einzelner Personen. Die Quellenproblematik spiegelt sich auch in den gesichteten Sachakten des Ministeriums für Staatssicherheit wider, die nicht für eine Verwendung innerhalb des Themas von Nutzen waren. Die Sichtung zeigte nur, dass alle entstandenen SDP/SPD-Gründungen bis einschließlich November unter Beobachtung der Staatssicherheit standen und dass operatives Material angefertigt wurde. Es kam allerdings nicht mehr zu einer Verfolgung der einzelnen Gründungen.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die Sozialdemokratie im Osten Deutschlands wiedererstanden war. Es lässt sich feststellen, dass jeder Versuch in der Geschichte, die Sozialdemokratie zu vernichten misslang. Am Ende wurden jene, die es versuchten, selbst von der Geschichte eingeholt. Zwei Mal wurde die Sozialdemokratie verboten. Zum ersten Mal 1878 im Rahmen des bismarckschen Sozialistengesetzes (Aufhebung 1890), ein weiteres Mal 1933 mit der Machtübernahme der Nationalsozialisten. 1946 erfolgte die erwähnte Zwangsvereinigung von SPD und KPD zur SED. Auch damit wurde versucht, die Sozialdemokratie zu beseitigen. Die Ereignisse von 1989 widersprachen auch diesem Versuch. Was bleibt ist, dass die Idee der Sozialdemokratie immer stärker war.

20 Jahre SPD-Landesverband – Bericht von einem Forschungspraktikum

Das Ziel meines Praktikums beim sachsen-anhaltischen Landesverband der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) besteht darin, für die frühere Geschichte des 1989 wieder gegründeten Landesverbandes (also insbesondere für die Jahre 1990-1994) Recherchen anzustellen. Diese Aufgabe umfasst demnach Archivbesuche, Recherchen in SPD-Regionalgeschäftsstellen und in Bürgerbüros sowie - wie sich während des Praktikums herausstellte - Privatbesuche bei langjährigen Mitarbeitern und Aktiven der Partei. Das Ergebnis meiner Arbeit soll letztendlich eine weiterführende und intensive wissenschaftliche Beschäftigung mit dem Thema vorbereiten helfen. Eine Grundlage dafür wird das Praktikum legen, wenn es im Ergebnis eine möglichst vollständige Literaturliste zur Geschichte des Landesverbandes vorlegt.

Das bisherige Praktikum führte zur Erkenntnis, dass die Aufgeschlossenheit der SPD-Mitglieder dem Projekt gegenüber sehr unterschiedlich ausfällt: Während einige sehr hilfsbereit auf Anfragen zur Unterstützung reagierten und tatkräftig zum Projekterfolg beitrugen, gab es eine Vielzahl, die sich gar nicht erst zurück meldeten. Das ist bedauerlich für die SPD und ihre Aktiven in der Historische Kommission gleichermaßen, da die Unterstützung möglichst vieler die unabdingbare Grundvoraussetzung für eine gründliche Beschäftigung mit der bewegten Geschichte der für Sachsen-Anhalt so wichtigen Partei bildet.

Die eigentliche Praktikumsarbeit begann am 08. März 2010 und wird am 08. Juli 2010 enden. Schon zuvor waren Aufgabenstellung und Zielsetzung des Praktikums in Abstimmung mit der Landesgeschäftsstelle formuliert worden. So konnten bereits im Vorfeld die Online-Archive der Universitätsbibliotheken Halles, Merseburgs und Magdeburgs durchsucht werden. Im besonderen Maße hilfreich erwies sich dabei die Bibliothek der Martin-Luther-Universität Halle- Wittenberg.

Als Praktikumsauftakt besuchte ich Anfang März den ehemaligen SPD-Landesvorsitzenden Dr. Rüdiger Fikentscher. Hier wurde nochmal der Praktikumsrahmen definiert, sowie das umfangreiche Privatarchiv Dr. Fikentschers durchleuchtet und die relevanten Veröffentlichungen schriftlich festgehalten. Um das Ergebnis der Arbeit aufzuwerten, wurde festgelegt auch in überregionalen Wochenzeitungen (Spiegel, Focus, Stern) nach Berichten zu suchen, die sich mit dem SPD-Landesverband Sachsen-Anhalt beschäftigen. Diese Online-Recherche stellte sich aufgrund der Fülle von Artikeln, die beispielsweise Reinhard Höppner oder Rüdiger Fikentscher zitieren, aber dennoch selbst im weiteren Sinne nichts mit der eigentlichen Zielstellung des Praktikums zu tun haben, als langwierig und schwierig heraus. Dennoch konnten auch hier teilweise interessante Artikel und Interviews gefunden werden. Zudem wurde bei dem Treffen mit Herrn Fikentscher festgestellt, dass es diverse, aus Sachsen-Anhalt stammende SPD-Verdiente gibt, deren Veröffentlichungen ebenfalls in das Praktikumergebnis einfließen sollten. Durch Bibliotheksbesuche und Online-Recherche ist dies bereits umfassend geschehen.

Die Resonanz auf meine Anfragen, einen Blick in die Archive der SPD-Geschäftsstellen in Magdeburg, Dessau, Quedlinburg und Wittenberg zu werfen, können insgesamt als durchwachsen bezeichnet werden. Allerdings zeigte sich besonders die Regionalgeschäftsstelle Mitte, vertreten durch Yves Metzinger, sehr kooperationsbereit und so war mein Besuch in der Bürgelstraße sehr ergiebig. Auch der Tipp Herrn Metzingers, die ehemalige SPD-Schatzmeisterin Regine Niemann in Haldensleben zu besuchen, stellte sich als äußerst wertvoll heraus. Dort konnte überraschend viel Literatur gefunden werden, die bei den vorangegangenen Recherchen noch nicht erschlossen worden war. Die noch anstehenden Reisen werden daher, das zeigen meine bisherigen Erfahrungen, zwar quantitativ überschaubare, aber doch interessante Ergebnisse mit sich bringen.

Für die weitere Beschäftigung mit dem Thema über das Praktikum hinaus scheint es nun geboten, über Literatur hinaus auch nach Archivalien zu suchen: Anlaufpunkte könnten dann zum Beispiel das Archiv der Sozialen Demokratie in Bonn und der Landtag von Sachsen-Anhalt sein.

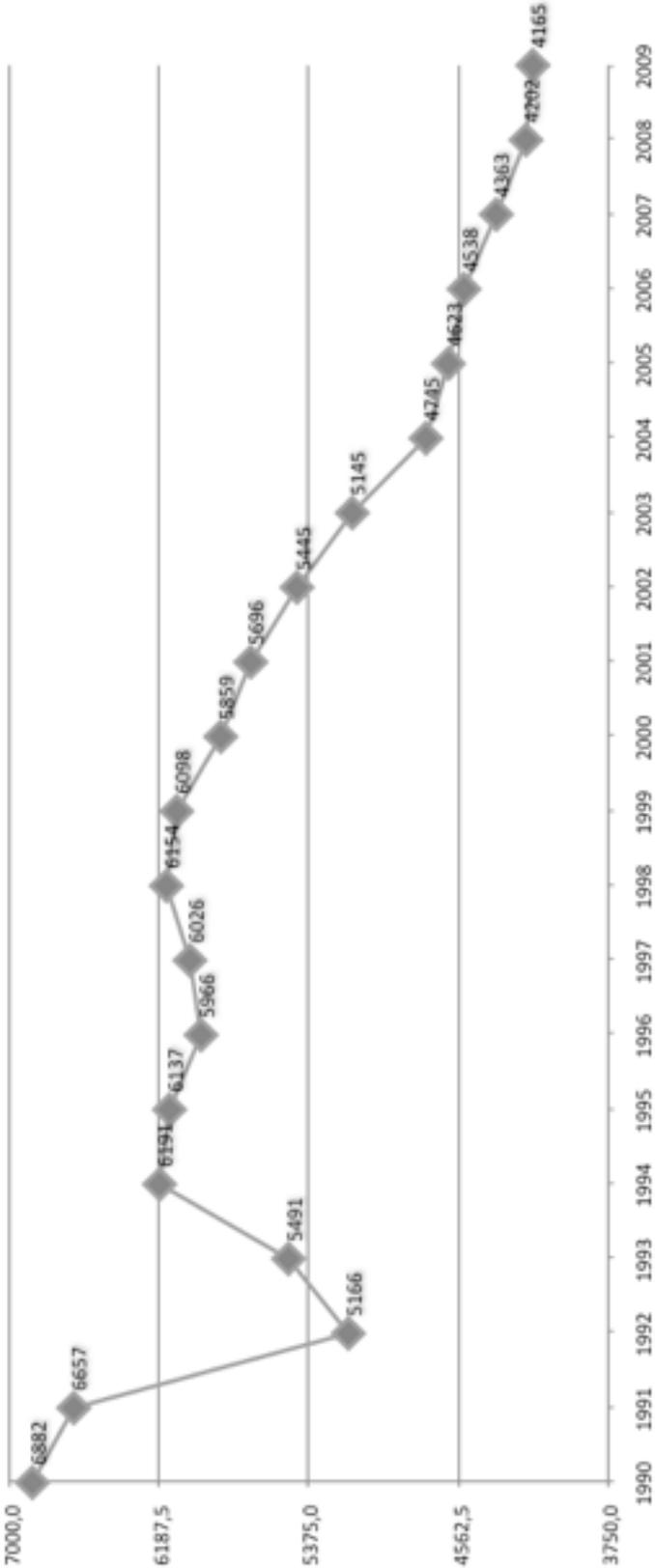
Gründungsdaten

der SPD-Ortsvereine und Kreisverbände in Sachsen-Anhalt

(soweit sie der Historischen Kommission bis zum Redaktionsschluss im Juni 2010 bekannt waren. Ergänzungen oder Korrekturen sind erwünscht.)

Ortsverein/Kreisverband	Gründungstag
Dessau-Roßlau	25.10.1989
Halle	27.10.1989
OG Eisleben	02.11.1989
Genthin	03.11.1989
Halberstadt	19.11.1989
SV Magdeburg/LV	24.11.1989
Merseburg	23./30.11.1989
Stendal	04.12.1989
Wittenberg/Roßlau	04.12.1989
Klötze	05.12.1989
Quedlinburg	05.12.1989
Naumburg	05.12.1989
Nemsdorf (Kreis Querfurt)	06.12.1989
Zeitz	06.12.1989
Bernburg	12.12.1989
Aken	21.12.1989
Wernigerode	20.01.1990
Tangermünde	20.01.1990
Güntersberge	02.01.1990
Ortsgruppe Nordwest (Saalkreis)	04.01.1990
Kreisverband Saalkreis	09.01.1990
Gardelegen	10.01.1990
Gommern	12.01.1990
Schönebeck	13.01.1990
Gerwisch	30.01.1990
Darlingerode	Januar 1990
Gröningen	Januar 1990
Bad Drenburg	Ende Januar 1990
Kötzschau	Ende Januar 1990
Köthen	02.02.1990
Ilseburg	08.02.1990
Hohenberg-Krusemark	04.03.1990
Eickendorf	02.05.1990
KV Westliche Altmark	28.05.1990

Mitgliederentwicklung des SPD-Landesverbandes Sachsen-Anhalt 1990 - 2009



Beiträge zur Geschichte der Sozialdemokratie in Sachsen-Anhalt

Bisher erschienen:

Heft Nr. 1, 2003: 1863-2003: 140 Jahre SPD Historische Spuren in Sachsen-Anhalt

- Dr. Jürgen Glietsch
Vorwort
- Dr. Rüdiger Fikentscher
140 Jahre SPD. Für Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität auch heute

Im Blickpunkt: H a l b e r s t a d t

- Dr. Beatrix Herlemann
130 Jahre SPD in Halberstadt
- Karl Dilßner
Der Arbeiteraufstand in Halberstadt vom 17. – 19. Juni 1953
Zeitzeugenbericht eines Sozialdemokraten

Im Blickpunkt: A n h a l t / D e s s a u

- Helmut Hartmann
Heinrich Peus – ein charismatischer Politiker in Anhalt (1862-1937)
- Andreas Schmidt
Die Wiedergründung der SPD in Dessau 1945
- Helmut Hartmann
Die Neugründung der Sozialdemokratischen Partei in Dessau nach der „Friedlichen Revolution“ 1989

Im Blickpunkt: S o z i a l d e m o k r a t i n n e n

- Dr. Rüdiger Fikentscher
Marie Arning (1887-1957) – eine bedeutende Sozialdemokratin in Sachsen-Anhalt
- Norwin Dorn
Unsere Partei lebt nicht nur von den großen Namen ... zu Therese Kaul aus Halle an der Saale

Heft Nr. 2, 2004: vielfältig und einzigartig

- Dr. Rüdiger Fikentscher
Vorwort
- Dr. Andreas Schmidt
Die Wiedergründung der SPD in Halle
- Christel und Rainer Löhr
Unser Weg in die SPD. Eine persönliche Reminiszenz
- Dr. Beatrix Herlemann
Die Republikschutzorganisation „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“, 1924
gegründet in Magdeburg

- Helmut Hartmann
Junker-Bauhaus-Sozialdemokratie. Ein Kraftfeld der Moderne. Eine Buchbesprechung
- Dr. Rüdiger Fikentscher
Adolf Reichwein (1898-1944) Reformpädagoge – Sozialdemokrat – Widerstandskämpfer
- Helmut Hartmann
Woran sich Karl Elze, wohnhaft in Dessau-Ziebigk, erinnern kann. Ein Beitrag zur jüngeren Geschichte der SPD in Dessau

Heft Nr. 3, 2006: Altes und Neues

- Dr. Rüdiger Fikentscher
Vorwort
- Dr. Rüdiger Fikentscher
Der Bericht von Herrmann Schwarz (1914-1998) über die SPD in Halle 1945/46
- Norbert Bischoff
Evangelische und katholische Christen gemeinsam für die Sozialdemokratie
- Dr. Wilhelm Polte
Mein Weg zur Sozialdemokratie
- Tilman Tögel
Meine Erfahrungen auf dem Weg nach Europa
- Dr. Andreas Schmidt
„Zum 60. Jahrestag der Zwangsvereinigung. 27. Januar 1946 – „Heerschau“ der halleschen Sozialdemokratie im Volkspark“
- Helmut Hartmann
Friedrich Polling (1818-1886) – erster Arbeiterführer in Dessau
- Landesparteitage und Landesvorstände ab 1990

Heft Nr. 4, 2008: Anfänge, Widerstand, Neuaufbau

- Dr. Rüdiger Fikentscher
Vorwort
- Andreas Hermann
Chronik der Atzendorfer Sozialdemokratie von 1981 – 1918
- Petra Grimm-Benne
Hermann Kasten – Erster Bürgermeister der Stadt Staßfurt und Mitglied des Preußischen Landtages
- Helmut Hartmann
Der Sozialdemokrat Gerhard Seger (1895-1967) widerstand den Nazis
- Dr. Andreas Schmidt
Franz Peters stimmte gegen das „Ermächtigungsgesetz“
- Bernd Biedermann
Und plötzlich war alles anders. Erinnerungen an eine stürmische (Wende)Zeit
- Dr. Tilo Heuer
Wie sich mit der Gründung des Ortsvereins Kötzschau mein Lebensweg veränderte
- Christian Hausmann und Stefan Zeitz
Magdeburg in der Tradition sozialdemokratischer Oberbürgermeister

- Dr. Rüdiger Fikentscher
100 Jahre Volkspark Halle
- Die Liedtitel der Falken-Band „Zeit zum Aufstehen“
- Adam-Wolfram-Preisträger 2006
- 31 Ortsvereinsvorsitzende seit 1989 in Halle
- Landesdelegiertenkonferenzen der Jusos in Sachsen-Anhalt